

Preußische Allgemeine



Nr. 24 · 12. Juni 2020

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 €

Was kommt nach „Corona“?

Die Deutschen haben den Lockdown überwiegend geduldig ertragen. Doch was erwarten sie von der künftigen Entwicklung ihres Landes? Antworten auf **Seite 3**



Popstar Der Unternehmer Elon Musk und seine Welt-raumabenteurer **Seite 2**



Geschichte Vor 125 Jahren wurde der Kaiser-Wilhelm-Kanal eröffnet **Seite 10**

CORONA

Warnungen vor Folgen der Restriktionen

Die Stimmen mehren sich, welche vor den negativen Folgen der Corona-Restriktionen warnen. So plädiert der Präsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Reint Gropp, für eine rasche Normalisierung des Alltags. Auf Impfstoffe oder Medikamente zu warten, dauere zu lange. Gropp fordert die Politik auf, das Gesamtbild zu betrachten und nicht allein die Gefahren des Virus.

Auch der in der Debatte bereits hervorgetretene Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer (Grüne) ruft dazu auf, den Blick weiterzufassen. „Wenn in Tübingen die Textilgeschäfte schließen müssen, werden in Bangladesch Näherinnen arbeitslos“, so Palmer in der „Welt“. In Drittweltländern wirke sich die Misere des deutschen Einzelhandels dramatisch aus, mit Hunger und Tod sei zu rechnen.

Schon Ende Mai berichtete der „Stern“ aus einer kalifornischen Klinik. Eine erfahrene Ärztin berichtet, statt der erwarteten Corona-Welle werde man von einer Welle von Suiziden überrollt. In vier Wochen versuchten sich so viele Menschen das Leben zu nehmen wie sonst im ganzen Jahr, Ursache sei der Lockdown. Anders als sonst seien die Suizidversuche zudem nicht oft Hilferufe, die Menschen wollten wirklich sterben.

Aus der Vergangenheit ist gut belegt, dass schwere Wirtschaftskrisen die Suizidzahlen regelmäßig nach oben treiben. So war es auch vor einem Jahrzehnt in den südeuropäischen Staaten zu beobachten. **H.H.**

US-TRUPPEN IN DEUTSCHLAND

Zwischen Wunsch und Wirklichkeit

US-Präsident Trump verärgert wieder einmal das politische Berlin – und legt zugleich die Schwächen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik offen

VON RENÉ NEHRING

Mit seiner Ankündigung, 9.500 der 34.500 in Deutschland stationierten US-Soldaten abziehen zu wollen, hat Donald Trump einen Nerv getroffen. Zugleich hat der Präsident – nach dem Karlsruher Urteil über die EZB-Politik und dem damit verbundenen Kompetenzstreit zwischen den EU-Institutionen und den Nationalstaaten – den Fokus auf ein weiteres strategisches Problem gerichtet: die sicherheitspolitische Abhängigkeit von den USA.

Das Problem ist keinesfalls neu: Spätestens seit der Amtszeit Barack Obamas und der seinerzeit vollzogenen Neuausrichtung der US-Außenpolitik auf das Schwerpunktgebiet Asien („pivot to Asia“) verloren die traditionellen NATO-Bündnispartner in Europa für die Amerikaner sukzessive an Bedeutung.

Zudem wuchs in Übersee der Frust darüber, dass die europäischen Partner – darunter Deutschland – seit Jahren ihrer Verpflichtung, zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts als Beitrag an das Bündnis zu überweisen, nicht nachkommen. Immer wieder hat Trump in seiner Amtszeit auf diesen Missstand verwiesen und gedroht, die US-Truppen abzuziehen, falls sich daran nichts ändern sollte. Sicherheitsexperten wissen, dass auch eine Regierung Hillary Clinton – oder Joe Bi-

den – in dieser Hinsicht für die Europäer unangenehme Gesprächspartner wären.

Um so mehr müssen die deutschen Reaktionen auf die Trumpsche Ankündigung erstaunen. Dass Dietmar Bartsch, Vorsitzender der Links-Fraktion im Deutschen Bundestag, dazu sagt, Berlin sollte die Ankündigung dankend annehmen und mit Trump den Rückzug aller US-Truppen und der US-Atomwaffen aus Deutschland aushandeln – geschenkt.

Fragwürdige Reaktionen

Dass jedoch der verteidigungspolitischen Sprecherin der FDP, Marie-Agnes Strack-Zimmermann, lediglich einfällt, „vermutlich weiß der Präsident der Vereinigten Staaten gar nicht, dass Deutschland der Dreh- und Angelpunkt logistisch und in der medizinischen Versorgung für die US-Armee ist – auch und besonders für Einsätze im Nahen und Mittleren Osten“, zeigt die ganze Hochnäsigkeit in Teilen der deutschen Politik unserer Tage. Ob Frau Strack-Zimmermann im Gegenzug um die Bedeutung der USA für die Sicherheit Deutschlands weiß?

Geradezu abenteuerlich ist die Aussage des SPD-Fraktionschefs Rolf Mützenich – dem immerhin Ambitionen auf die Kanzlerkandidatur im nächsten Jahr nachgesagt werden –, der gegenüber der Funke-Mediengruppe sagte, Trumps Abzugspläne könnten zu einer „nachhaltigen Neuausrichtung der Sicherheitspolitik in

Europa“ führen, in der sich Europa stärker auf sich selbst besinnen müsse. Gerade Mützenich, der einer der wenigen Außenpolitikexperten im Bundestag ist, sollte eigentlich wissen, dass alle bisherigen Bemühungen der Europäer, eine eigene Verteidigungsbereitschaft aufzubauen, seit der Ablehnung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft im französischen Parlament 1954 gescheitert sind.

Zudem muss, wer wie Mützenich von einer Neuausrichtung der Sicherheitspolitik in Europa träumt, den Menschen wenigstens in Grundzügen erklären, wie diese aussehen könnte. Die Realität sieht jedenfalls so aus, dass die Bundeswehr trotz ihres prekären – durch jahrzehntelanges Kaputtsparen entstandenen – Zustands noch immer eine der besten Armeen Europas ist. Die Lage der französischen und der italienischen Streitkräfte ist keineswegs besser, und die Briten – gehören seit Jahresanfang nicht mehr zur Europäischen Union. Der Rest spielt, mit Verlaub, kaum eine Rolle.

Die Wahrheit ist, dass mag jedem einzelnen gefallen oder nicht, dass bis auf weiteres die deutsche und europäische Sicherheit von der Beistandsgarantie der USA abhängig ist. Entsprechend sollten alle Verantwortlichen das Bündnis pflegen – wozu auch das Entrichten der NATO-Mitgliedsbeiträge gehört. Ein sicherheitspolitischer Alleingang würde für die Europäer deutlich teurer werden.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Polen und Deutschland streiten um den Ausbau der Oder **Seite 6**

Kultur

Eine sehenswerte Monet-Ausstellung im Potsdamer Museum Barberini **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Allenstein kämpft mit einer Invasion der Borstenschweine **Seite 13**

Reise

Mit dem E-Bike durch die Oststeiermark und das südliche Burgenland **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer neuen Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

SpaceX Demonstration Mission 2 Die erste bemannte Mission der „Crew Dragon“ zeigt nicht nur, dass die USA wieder Menschen ins All schießen können, sie ist auch eine prestigeträchtige Premiere für die private Raumfahrt

Privater Griff nach den Sternen

Flug einer SpaceX-Kapsel zur Raumstation ISS – Nach dem Erfolg hat Milliardär Elon Musk noch mehr vor

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der letzte Flug eines Space Shuttle endete am 21. Juli 2011. Seitdem musste die US-Weltraumbehörde NASA Plätze in russischen „Soyuz“-Kapseln buchen, wenn sie Astronauten ins All beziehungsweise zur Internationalen Raumstation (International Space Station, ISS) schicken wollte – Kostenpunkt jeweils rund 80 Millionen US-Dollar. Dieser für die Weltmacht USA blamable Zustand endete am 30. Mai dieses Jahres um 15.22 Uhr Ortszeit. Da hob die Raumkapsel „Crew Dragon“ auf Cape Canaveral im Beisein von US-Präsident Donald Trump zu ihrem bemannten Erstflug ab.

Der Mission SpaceX Demo-2 der Astronauten Douglas Hurley und Robert Behnken, die nun für rund drei Monate an Bord der ISS verbleiben sollen, waren ein unbemannter Flug der Kapsel und mehrere Tests der Trägerrakete „Falcon 9“ vorausgegangen, von denen Letztere indes nicht immer erfolgreich verliefen. So kam es am 28. Juni 2015 und am 1. September 2016 zu Totalverlusten aufgrund von Explosionen der Treibstofftanks.

Technisches Neuland

Das bedeutete einen zwischenzeitlichen Imageschaden für die private Raumfahrtfirma SpaceX des kanadisch-US-amerikanischen Unternehmers Elon Musk, die sowohl die „Falcon 9“ als auch die „Crew Dragon“ konstruiert hatte und beide Komponenten nun schließlich im Auftrag der NASA ins All schoss.

Gekrönt wurde der somit doch noch eingetretene Erfolg dadurch, dass SpaceX mit seiner Kreation gleich in mehrfacher Hinsicht technisches Neuland betritt. Zum Ersten verfügt die Kapsel anders als das Space Shuttle über ein sehr effektives Rettungssystem für den Fall von Havarien in der besonders riskanten Startphase. Zum Zweiten können im Gegensatz zum „Soyuz“-Raumschiff und dem US-Vorläufermodell „Apollo“ statt nur drei jetzt sieben Astronauten an Bord genommen werden. Und zum Dritten ist die „Falcon 9“ teilweise wiederverwendbar, denn ihre Erststufe landet weich auf einer schwimmenden Plattform im Ozean.

Die weiteren Pläne von Musk und SpaceX hinsichtlich des Einsatzes der Kap-



Kommerzialisierung bis ins Detail: Statt mit dem bisher üblichen Astrovan erfolgte der Transport der Crew zur Startplattform mit einem modifizierten Tesla Model X

Foto: NASA

sel sind recht ehrgeizig. Ab August soll ein Langzeitflug mit vier Astronauten von rund sechs Monaten Dauer erfolgen. Danach ist für 2021 eine ganz ähnliche Mission vorgesehen, aber diesmal erstmalig auch mit russischen Kosmonauten an

Bord. Damit nicht genug. Für das zweite Halbjahr 2021 hat das private Raumfahrtunternehmen Axiom Space die „Crew Dragon“ gemietet, um damit den ersten kommerziellen Flug mit drei zahlenden Weltraumtouristen zur ISS durchzuführen.

Ende 2021/Anfang 2022 will die Firma Space Adventures eine Kapsel von SpaceX zur Brechung der derzeitigen Höhenrekorde sowohl für private Raumfahrtmissionen als auch für jegliche bemannte Flüge in einer Erdumlaufbahn verwenden.

Mond- und Marsflüge wären möglich

Ebenso hat Musk die Absicht, mit der parallel zur „Falcon 9“ entwickelten „Falcon Heavy“ ins Raumfahrtgeschäft einzusteigen. Deren Erstflug erfolgte am 6. Februar 2018. Seitdem ist die Rakete, die Nutzlasten von knapp 64 Tonnen in den Orbit transportieren kann, das aktuell leistungsstärkste Trägersystem weltweit.

Auf längere Sicht gesehen will Musk dann aber beide „Falcon“-Versionen durch die „Starship & Super Heavy“ ersetzen. Das ist eine wiederverwendbare Rakete samt Raumschiff mit 100 Tonnen Nutzlast, mit der theoretisch auch Mond- und Marsflüge möglich wären. Dieses Tandem würde die USA zum unangefochtenen Meister im Weltraum machen.

Kurzporträts



Der Kommandant der „Crew Dragon“-Mission SpX-DM2, **Douglas Hurley**, nahm im Juli 2011 auch am allerletzten Flug eines NASA-Space Shuttle teil



Um persönlich zugegen zu sein, wenn Amerika wieder aus eigener Kraft Astronauten ins All bringt, reiste US-Präsident **Donald Trump** nach Florida



Aus der Sicht des SpaceX-Gründers und -Hauptes Eigentümers **Elon Musk** ist der Start der „Crew Dragon“ „der erste Schritt zu einem multiplanetaren Leben“

BOEING

Die Konkurrenz aus Chicago

Warum der weltweit zweitgrößte Hersteller von Luft- und Raumfahrttechnik bislang das Nachsehen hatte

Nach der Einstellung der Flüge mit dem Space Shuttle initiierte die US-Weltraumbehörde NASA das Commercial Crew Programm (CCP) samt dem Teilprogramm Commercial Crew Development (CCDev), in dessen Rahmen sie mit mehreren Privatfirmen Verträge über die Entwicklung von neuartigen bemannten Raumfahrzeugen abschloss. In der vorerst letzten Runde des CCDev namens Commercial Crew Transportation Capability (CCtCap) wurden im September 2014 Aufträge in Höhe von 4,2 beziehungsweise 2,6 Milliarden US-Dollar an die Unternehmen Boeing und SpaceX vergeben.

Damit entspann sich naheliegenderweise ein Wettlauf, wer als erster seine

Kapsel samt Besatzung ins Weltall schießen würde, den Elon Musks SpaceX mit dem erfolgreichen Start der „Crew Dragon“ gewann. Boeing lag zunächst ebenfalls recht gut im Rennen und schickte sein siebensitziges Raumschiff CST-100 „Starliner“ am 20. Dezember 2019, also neuneneinhalb Monate nach dem unbemannten ersten Testflug des Konkurrenzmodells „Crew Dragon“, ohne Astronauten ins All.

35 Millionen Dollar Preisdifferenz

Diese Kapsel ist der von SpaceX insofern überlegen, als sie nicht nur im Wasser, sondern auch auf dem Festland niedergehen und zugleich mehrfach verwendet

werden kann. Dem steht allerdings entgegen, dass ein Sitzplatz im „Starliner“ 90 Millionen Dollar kosten wird, während Musk hierfür nur 55 Millionen berechnet. Das kann die NASA jedoch tolerieren, weil die Kosten pro Start und Astronaut im Space Shuttle bei 170 Millionen Dollar lagen, wenn man den heutigen Wert der US-Währung zugrunde legt. Trotzdem steht die Weltraumbehörde der Vereinigten Staaten der Kapsel des Luftfahrtgiganten Boeing skeptisch gegenüber.

Schuld hieran ist der Verlauf des Erprobungsfluges (Mission Boe-OFT) vom Vorjahr. Nach der Trennung des „Starliners“ von der Trägerrakete „Atlas V“ zeigte sich, dass die Steuerungssoftware des

Boeings „Starliner“ hat durchaus auch Vorteile gegenüber der „Crew Dragon“

Gefährtes mehrere gravierende Fehler aufwies, die an jene in dem Verkehrsflugzeug Boeing 737 MAX erinnerten, die zu zwei Abstürzen mit 346 Toten geführt haben. Durch den Übergang zur manuellen Steuerung und das Überspielen eines Software-Updates gelang es zwar, den Verlust des Raumschiffes zu verhindern, doch musste der Flug nach zwei Tagen ohne Ankopplung an die ISS abgebrochen werden.

„Korrekturmaßnahmen“ verordnet

Danach verordnete die NASA Boeing 61 „Korrekturmaßnahmen“, durch deren Umsetzung sich der bemannte Erstflug des „Starliners“ mit vier Astronauten an Bord bis 2021 verzögern dürfte. W.K.

ELON MUSK

Unternehmer mit Faible für die Raumfahrt

Der 1971 in Pretoria geborene und 1988 aus Südafrika emigrierte US-amerikanisch-kanadische Unternehmer und Technikvisionär Elon Musk hat ein Faible für die Raumfahrt. So verfolgt seine seit 2002 bestehende Firma SpaceX das Fernziel, die Kosten für bemannte Missionen ins All derart zu senken, dass es möglich wird, Kolonisten zum Mars zu entsenden.

Das Geld für die Gründung des heute schon höchst profitablen Raumfahrtunternehmens verdiente Musk mit dem Verkauf seiner Anteile am Online-Bezahlsystem PayPal an eBay. 2004 investierte er zudem in den Fahrzeughersteller Tesla, der Elektroautos baut. Das ist aber nicht das einzige Beispiel für die unternehmerische Vielseitigkeit von Musk. Davon zeugen auch weitere von ihm aus dem Boden gestampfte Firmen wie SolarCity, die Solarstromanlagen konzipiert und installiert, OpenAI und Neuralink zur Erforschung Künstlicher Intelligenz, das Medienunternehmen Thud sowie The Boring Company, mit der Musk die Verkehrssysteme der USA durch Hochgeschwindigkeitstunnel revolutionieren will.

All diese wirtschaftlichen Aktivitäten machten Musk, der Volkswirtschaftslehre und Physik studiert hat, zum Milliardär. 2019 stand er mit einem Vermögen von über 20 Milliarden US-Dollar auf Platz 40 in der Liste der reichsten Menschen der Welt, wobei der Löwenanteil seines Geldes in SpaceX steckt. Diese Firma ist inzwischen zum weltweit größten kommerziellen Anbieter von Satellitentransporten in die Erdumlaufbahn avanciert und schickt sich nun mit dem erfolgreichen Start der Kapsel „Crew Dragon“ an, auch zu einem sehr ernstzunehmenden Protagonisten auf dem Gebiet der bemannten Raumfahrt zu werden.

Vergangenen Monat erregte Musk zudem Aufsehen, weil er die anhaltenden Corona-Beschränkungen in Kalifornien wutentbrannt als „faschistisch“ bezeichnete und ankündigte, den Firmensitz und wichtige Produktionsanlagen von Tesla nach Texas oder Nevada verlegen zu wollen. W.K.

Eckpunkte für ein „neues Deutschland“

Die Corona-Krise verwandelt unser Land offenkundig nachhaltiger als anfangs vermutet. Was bewegt die Deutschen? Was erwarten sie von ihren politischen Entscheidern? Und wie stellen sie sich die künftige Entwicklung ihrer Gesellschaft vor? Antworten aus der Perspektive eines Meinungsforschers

VON KLAUS-PETER SCHÖPPNER

Selten hat es im Deutschland der Nachkriegszeit einen stärkeren Meinungswandel gegeben, als durch die Corona-Pandemie: Waren zum Beispiel die Unternehmer in ihren Umsatz- und Gewinnerwartungen zu Jahresbeginn noch sehr optimistisch, urteilten sie plötzlich wie in Schockstarre: Jeder Vierte erwartete im April gerade noch die Hälfte seines Jahresumsatzes 2019. 20 Prozent befürchten gar ihre Insolvenz. Und für fast jeden vierten Arbeitnehmer droht plötzlich im vollbeschäftigten Deutschland das Gespenst der Arbeitsplatzunsicherheit.

Über Nacht in einem anderen Land

Wie passen diese Zahlen zusammen mit der parteipolitischen Kehrtwende, die wir in den letzten Wochen feststellen konnten? Die eben noch mit den Grünen um den Spitzenplatz streitende Union sprang in der Sonntagsfrage von 26 auf 38 Prozent – und käme nunmehr auf doppelt so viele Stimmen wie die Ökopartei. Von Februar bis April 2020 erlebte die Bundesregierung eine Hausse wie nie zuvor: Statt 29 attestieren ihr nun 69 Prozent eine „gute Arbeit“. Der nördlich der Weißwurstgrenze normalerweise eher ungeliebte bayerische Ministerpräsident Söder katapultiert sich an die Spitze der beliebtesten Politiker Deutschlands. Und war bis ins Frühjahr hinein noch von einer „Kanzlerinendämmerung“ die Rede, sind urplötzlich zwei Drittel der Deutschen froh, Angela Merkel zu haben. Ihr „Wir schaffen das“-Mantra drückt den festen Glauben aus, mit ihr gesundheitlich unbeschadet die Corona-Pandemie zu überstehen.

Über Nacht leben wir scheinbar in einem anderen, fast unbekanntem Land, das nach innen geschlossen wirkt und nach außen zum Vorbild wird. Einem Deutschland der Ernsthaftigkeit, klarer Entscheidungen, des Wesentlichen. Wo sonst endlos über das „Klein-Klein“ von Nebenaspekten gestritten wird, fühlen sich lediglich 20 Prozent durch die Corona-Restriktionen bevormundet. Anscheinend ziehen alle an einem Strang, tragen sachlich fundierte Entscheidungen mit.

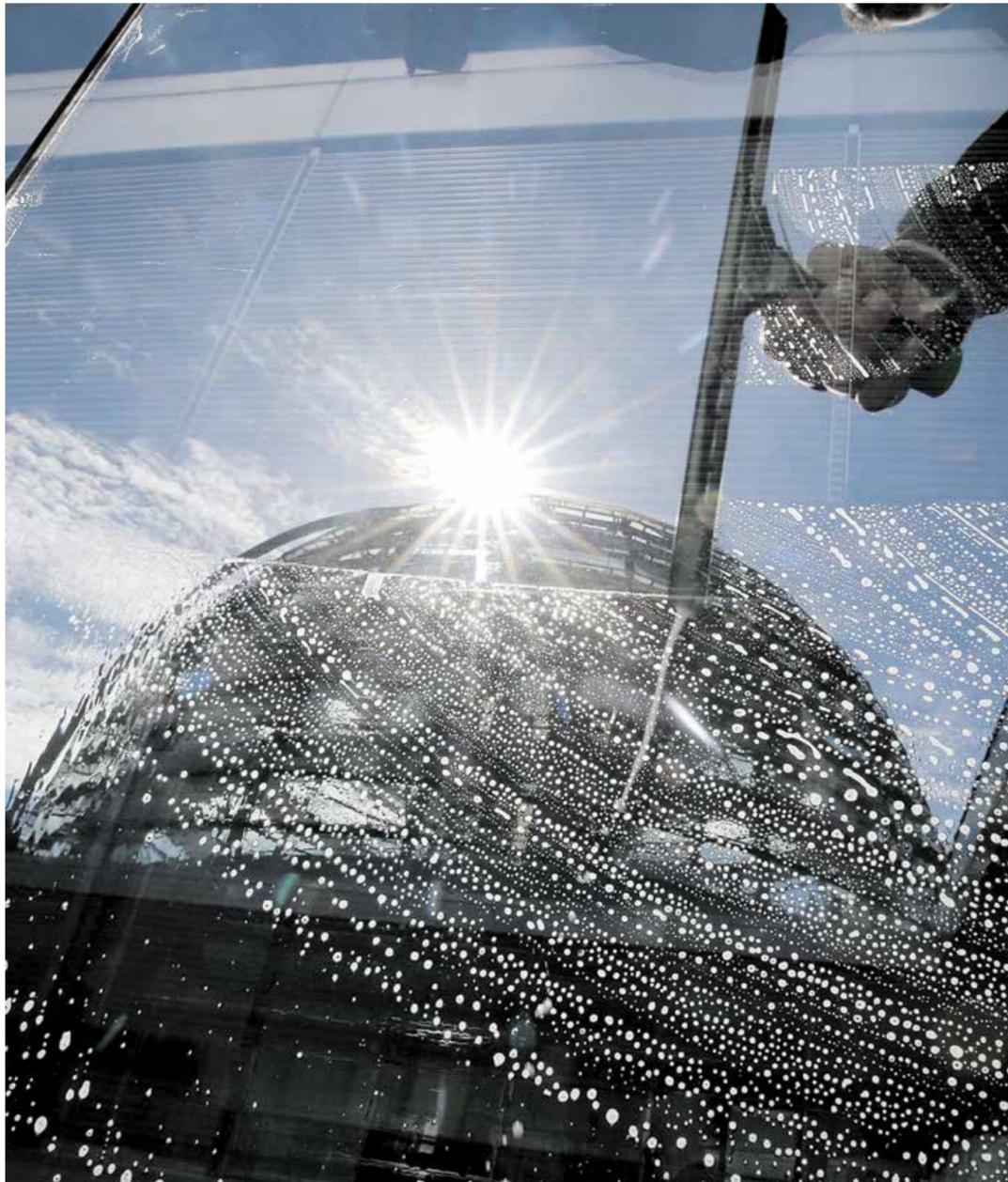
Was aber heißt das für die Zukunft? War „Corona“ Weckruf oder Wendepunkt? Fallen wir „nach Corona“ wieder zurück in den politischen Alltagstrott, obwohl Deutschland für die große Mehrheit von Unsicherheit, zu schnellem Wandel und mangelnder Verlässlichkeit geprägt ist? Oder ist der „Corona-Schock“ stark genug, einen wirklichen politischen Wandel herbeizuführen? Hin zu einem gerechteren, besseren, liebenswerteren, ökologischeren und nachhaltigeren Deutschland, so wie es sich die Mehrheit der Deutschen wünscht? Das aber im eingefahrenen, von Partikularinteressen bestimmten Vor-Corona-Deutschland nie eine Realisierungschance hatte?

Wird der politische Alltag nach Corona ein völlig anderer als bisher? Werden wir dann in einem anderen, im „neuen Deutschland“ leben?

Die „Wir-sind-es-leid“-Stimmung

Für grundlegende Änderungen bedarf es dreier Voraussetzungen: einer weit verbreiteten „Wir-sind-es-leid“-Stimmung, positiver Erwartungen, die den Deutschen die Angst vor einem zu starken Wandel nehmen, und schließlich klarer Vorstellungen eines „neuen“ Gemeinwesens.

Die Gründe für die Wir-sind-es-leid-Stimmung sind vielfältig: Überdruß über unsere Gesellschaft, die durch Unsicherheit, zu große Komplexität und Werteverlust bestimmt wird. In der es scheinbar keine Verlässlichkeit,



Deutschland ist in keinem guten Zustand: Zwei Drittel unserer Bürger denken so. Doch gibt es im „Corona-Deutschland“ wirklich das Gefühl, Kosmetik reiche nicht mehr, eine wirkliche Wende sei vonnöten?

Foto: pa

keit, keine sicheren Fakten mehr gibt. Dann das Gefühl sozialer Spaltungen zwischen Stadt und Land, Alt und Jung, Wohlhabenden und Abstiegsgefährdeten. Eine Welt, in der Lebensleistungen kaum mehr eine Rolle spielen, dafür sich Dreistigkeit, Frechheit und Ellenbogenmentalität durchsetzen. Schließlich das Netz: Qualität und Objektivität haben nur noch eine untergeordnete Bedeutung. Ehrlichkeit bleibt auf der Strecke. Die neuen Medien instrumentalisieren statt zu informieren. Diese Welt macht den meisten Bürgern Angst, was bislang von Politikern und gesellschaftlichen Eliten verkannt wird.

Hin zu Gemeinsinn und Nachhaltigkeit

Keine Frage: Dieses Deutschland ist in keinem guten Zustand: Zwei Drittel unserer Bürger denken so. Doch gibt es im „Corona-Deutschland“ wirklich das Gefühl, Kosmetik reiche nicht mehr, eine wirkliche Wende sei vonnöten? Im Deutschland der Sicherheitsprotagonisten, in dem 70 Prozent Risikovermeider und nur jeder Dritte eher Chancennutzer ist. Jede Wandelabsicht ist hierzulande traditionell mit „Was-gebe-ich-auf?“-Gedanken durchsetzt, so lange wir im Wohlstand leben, uns tagtäglich auf Rechtssicherheit, Freiheit und Selbstbestimmtheit verlassen können – und mit der Frage: Was erhalten wir stattdessen – mit welchen Realisierungschancen?

Wie also könnte ein von der Mehrheit getragenes „neues Deutschland“ aussehen? Mit welchen politischen Grundüberzeugungen, mit welchem Demokratieverständnis, mit

welchen Erwartungen an die Politiker? Diese Ziele wären da besonders wichtig:

- Das Ende der Exzesse: Viele Bürger üben Kritik am „Immer schneller“, „Immer höher“, „Immer weiter“ unseres Alltags. Und beklagen verstopfte Mobilität, synthetische Ernährung, den Verschleiß natürlicher Ressourcen, Pflegenotstand. Ist uns das Leben am Limit, das wir uns mit Leistungsdruck und Respektverlust erkaufen, wert, wesentliche Lebensgrundlagen wie Miteinander, Nachhaltigkeit, Gemeinsinn aufzugeben? Ist persönliche Zufriedenheit anstelle eines vermeintlich größeren Wohlstands nicht der wichtigere Wert? Eine Veränderung des Lebenswandels hin zu Gemeinsinn und Nachhaltigkeit würden drei Viertel der Deutschen gutheißen.

- Neue Politiker in der Nach-Corona-Ära: Die Deutschen wollen ideologische Parteisolddaten durch verantwortungsvolle, kompetente und handlungsstarke Staatslenker ersetzt wissen. Durch Politiker, die Ziele wie soziale Sicherung, Gesundheitsfürsorge, Klima- und Umweltschutz sowie die Spaltung unserer Gesellschaft überparteilich angehen, die charismatisch und durchsetzungsstark sind. Und die die in Zukunft schwierigste Aufgabe meistern: die sozial, ökologisch und ökonomisch verträgliche Refinanzierung der schwindelerregenden Unterstützungsleistungen.

- Ein Kabinett politischer Kompetenz: Warum entscheidet das Parteibuch, nicht Fachwissen über die wichtigsten Positionen deutscher Politik? Wäre es nicht besser, die Wähler würden die Ressortverantwortung nicht

Fallen wir „nach Corona“ wieder zurück in den politischen Alltagstrott, obwohl Deutschland für die große Mehrheit von Unsicherheit, zu schnellem Wandel und mangelnder Verlässlichkeit geprägt ist?

den Parteien nach Proporzschlüsseln überlassen, sondern die Verantwortlichen selbst wählen? Eine „Expertokratie“, also eine Herrschaft des Wissens anstelle des Parteibuchs, würde sich eine übergroße Mehrheit wünschen. Der von den Wählern seit 20 Jahren konstatierte Kompetenzverfall der Politik könnte so eventuell gestoppt werden.

Die „erschöpfte Globalisierung“

- Eine andere Demokratie wagen: Was für ein Unterschied zwischen dem Handling von Energiewende und Corona-Krise: Hier die unendlichen „Nimby“-Diskussionen, Bedenken, Verzögerungen, das Verschieben von Verantwortung – dort die klaren, von 90 Prozent der Bürger akzeptierten Entscheidungen. Es geht also auch anders. Die Deutschen wollen sicher nicht die „Erfolge“ wirtschaftsautoritärer Staaten wie China, sie wollen jedoch klare Entscheidungen, die große Mehrheiten mittragen. Finanzen für die Sache, nicht für die Sache der Gerichte.

- Die „gute“ Wirtschaft: Die Atemmaske als Symbol für die Auswüchse hyperglobaler, kostenoptimierter Produktion hat uns urplötzlich die „erschöpfte Globalisierung“ verdeutlicht: Die Bürger wollen in Schlüsselbranchen keine Produktionsabhängigkeiten für das letzte Quäntchen Gewinnoptimierung. Weil diese schon jetzt nur durch Ausbeutung und Unfairness zu erreichen ist. Unklar ist allerdings, ob nationale oder eher EU-Verantwortlichkeit an deren Stelle tritt.

- Systemrelevanz neu definieren: Was bestimmt den Wert eines Menschen, die Vergütung beruflicher Tätigkeiten? Spätestens seit der Diskussion über die Systemrelevanz pflegerischer Berufe, seitdem lebenswichtige Dienstleister aus den Bereichen Wohnen, Gesundheit, Pflege sichtbar werden, nimmt die Diskussion über berechnete Berufsprivilegien und staatliche Wertschätzung enorm zu. 90 Prozent der Bürger kritisieren das sozial ungerechte Deutschland. Also findet die Forderung nach einer Neujustierung eine breite Unterstützung. Der Gedanke, Unternehmen nicht mehr nur nach ihrer Kapital-, sondern auch nach ihrer Sozialrendite zu bewerten, findet zunehmend Unterstützung. Der Ansatz lautet: Wachstum da, wo es der Gesellschaft dient; Wachstumsverzicht dort, wo Konsumüberfluss sinnlos und die Natur überfordert wird.

Das Lähmende abstreifen

- Schluss mit der Barrieritis: Stark in der Kritik ist auch die deutsche Bedenkenträgerei, also Bürokratie um ihrer selbst willen, zäheste Genehmigungsverfahren, ideologische Grabenkämpfe. Das Behindern und Verhindern, anstatt einfach nur zu machen, kostet uns jährlich die Milliarden, die wir uns nach „Corona“ nicht mehr leisten können. Das Lähmende gilt es abzustreifen, wichtige Ziele in einem Klima von Transparenz, Kompromiss und gegenseitigem guten Willen zu realisieren. Und die Erkenntnis zu verbreiten, dass jeder Bürger in einem Staat an einer Stelle nimmt, andernorts aber auch geben muss.

Die Sache eilt. Ein grundsätzlicher Politwandel hat nur ein begrenztes Zeitfenster zur Verfügung. Nur wenn sich große Probleme aufstauen, sich gemeinsame Ziele entwickeln, das Wollen immer größere Bevölkerungskreise erreicht, kann ein grundlegender Politikwandel ähnlich der Wiedervereinigung gelingen. Ehe Wille und Engagement wieder einschlafen. Viel Zeit ist da nicht mehr ...

• Klaus-Peter Schöppner ist seit 2014 Geschäftsführender Gesellschafter des Meinungsforschungsinstituts Mentefactum. Von 1990 bis 2013 war er Geschäftsführer von TNS Emnid.
www.mentefactum.com

● MELDUNGEN

Farbiger löst Tumult aus

Stuttgart – In der Innenstadt von Stuttgart hat ein junger Mann einen größeren Polizeieinsatz und tumultartige Szenen provoziert. In der Nacht vom 30. auf den 31. Mai hat der 18-Jährige zunächst den Notruf angewählt und gemeldet, er sei angestochen worden. Eine entsandte Streifenwagenbesatzung stellte dann allerdings fest, dass der Jugendliche mit dunkler Hautfarbe unverletzt war. Als die Einsatzkräfte daraufhin die Personalien wegen des Vortäuschens einer Straftat aufnehmen wollten, eskalierte die Lage. Der Mann leistete so massiv Gegenwehr, dass die Polizisten ihn zu Boden bringen und ihm Handschellen anlegen mussten. Im Laufe des Einsatzes umringten Hunderte Schaulustige die Beamten und beschimpften sie als Rassisten. Erst durch den Einsatz von fast 30 Streifenwagenbesatzungen gelang es der Polizei, die Situation in den Griff zu bekommen. Nach ersten Ermittlungen geht das Polizeipräsidium Stuttgart davon aus, dass der 18-Jährige die Situation absichtlich herbeigeführt hat. N.H.

Böll-Stiftung in der Insolvenz

Potsdam – Die dem Bündnis 90/Die Grünen nahestehende Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg hat am 25. Mai einen Insolvenzantrag gestellt. Gemessen am Jahresumsatz gehörte die parteinahe Institution in den vergangenen Jahren zu den größten im bundesweiten Verbund der Heinrich-Böll-Stiftungen. Bereits im vergangenen Jahr war bekannt geworden, dass sich der in Potsdam ansässige eingetragene Verein in finanziellen Schwierigkeiten befindet. Berichtet wurde in diesem Zusammenhang, dass die Böll-Stiftung Brandenburg umfangreiche Drittmittelprojekte mit Fördermitteln erworben habe und für einige große Projekte in finanzielle Vorleistung gegangen sei. Durch die Corona-Krise sollen nun zudem Veranstaltungen ausgefallen sein, für die bereits Kosten angefallen sind. Nach eigenen Angaben will die Stiftung ihre bildungspolitische Arbeit unter den Bedingungen der Insolvenz fortsetzen. N.H.

Berlin wird unmodisch

Berlin – Deutschlands bislang bedeutendste Modemessen fanden bislang im Rahmen der Fashion Week in Berlin statt. Doch verliert die Hauptstadt zwei der prestigeträchtigsten Aushängeschilder. Die Modemessen Premium und Neonyt werden vom kommenden Sommer an in der Messehauptstadt Frankfurt am Main gezeigt. Für Berlin ist das ein unschätzbare Verlust, zogen diese Messen als Zugpferde der Fashion Week pro Saison mehr als 70.000 Besucher in die Stadt und sorgten in Hotellerie und anderen Dienstleistungen für Einnahmen in Höhe von 240 Millionen Euro. Unter dem Dach der Mercedes-Benz-Fashion-Week werden die Modeschauen weiterhin zweimal jährlich im Winter und im Sommer in Berlin stattfinden, dann aber in deutlich abgespeckter Form. Wegen der Corona-Krise wurde die für Anfang Juli geplante Fashion Week bereits vorzeitig abgesagt. tws



Corona geschuldet: Um genügend Abstand wahren zu können, tagt der Landtag von Rheinland-Pfalz in der Rheingoldhalle

Foto: pa

LANDTAGSWAHLEN

Wahlkampf in Corona-Zeiten

Wie andere setzen auch die Parteien auf Digitalisierung, um trotz Abstandsgebot arbeiten zu können

VON PETER ENTINGER

Im kommenden Frühjahr wird in drei Bundesländern gewählt. In Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg wählen die Bürger am 14. März, in Thüringen voraussichtlich am 25. April. Und im Juni ist mit Sachsen-Anhalt ein viertes Bundesland an der Reihe. Doch wie der Wahlkampf in Corona-Zeiten stattfinden soll, ist unklar.

In den vergangenen Wochen sorgte eine Meldung aus Baden-Württemberg für Aufsehen. Die Sozialdemokraten teilten mit, dass sie bisher kaum Kandidaten für die Landtagswahl im kommenden Jahr nominiert haben. In jedem Kreis müssen Kandidaten in einer Wahlversammlung bestimmt werden. Immerhin gibt es im Musterlände keine Landesliste, das macht die Sache zumindest insofern etwas einfacher. Die Bewerber müssen bis zum 14. Januar bestimmt sein. Spätestens nach der Sommerpause sollen die Versammlungen stattfinden, die jeweiligen Konzepte müssen aber mit den Gesundheitsämtern abgestimmt werden.

In Baden-Württemberg beginnen die Parteien in aller Regel bereits ein Jahr vor dem Wahltermin damit, ihre Kandidaten

zu bestimmen. Aufgrund der Corona-Pandemie wurden alle Termine verschoben. Die Zeit wird knapp. Nun drücken die Parteien aufs Tempo. Doch noch immer gilt das Gebot, Abstand zu halten. Mindestens 1,50 Meter sollen zwischen den einzelnen Personen liegen. Derzeit machen Bilder die Runde von Kommunalgremien, die in großen Hallen tagen und sich nur per Mikrofon verständigen.

Am 14. März gehen die Wahlen los

In Rheinland-Pfalz hat die oppositionelle CDU bereits überlegt, ob sie ein Fußball-Stadion anmieten soll, um die mehreren Hundert Delegierten ordnungsgemäß unterzubringen. Saft und Kaffee sollen die Mitglieder gleich selbst mitbringen. Ein Spezialfall ist Thüringen. Nach dem Wahldebakel von Ministerpräsident Bodo Ramelow soll der Landtag Anfang Januar aufgelöst werden. Danach blieben den Parteien nicht einmal drei Monate, um ihre Bewerber zu küren. In Rheinland-Pfalz, wo Wahlkreisandidaten und die Landeslisten gewählt werden müssen, wird ein solch kurzer Zeitraum nicht ausreichen.

Noch sei es machbar, betonen die Parteien unisono. Doch was passiert, sollte es

im Herbst oder im Winter eine zweite Infektionswelle mit weiteren Ausgangsbeschränkungen geben? Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ gibt auf diese Frage eine niederschmetternde Antwort: „Die Folge wäre ein Wahlchaos, wie es die bundesrepublikanische Demokratie wohl noch nicht erlebt hat.“

Beim Blick auf die anstehenden Wahlkämpfe wird deutlich, wie weit Deutschland in Sachen Digitalisierung hinterherhängt. Die Satzungen der Parteien und das Wahlrecht schreiben Präsenzveranstaltungen vor, Online-Abstimmungen sind

bislang rechtlich nicht möglich. „Wir müssen uns Gedanken machen, wie wir mittelfristig digitale Wahlparteitage ermöglichen. Dazu muss es Gespräche mit allen Parteien geben. Im digitalen Zeitalter brauchen wir eine digitale Demokratie“, sagte der rheinland-pfälzische SPD-Generalsekretär Daniel Stich dem „Spiegel“.

Bundestagswahl im Herbst 2021

In Berliner Koalitionskreisen wächst die Unruhe spürbar. Im Herbst soll nämlich der neue Bundestag gewählt werden. Um diese Abstimmung nicht zu gefährden, soll in ein laufendes Gesetzgebungsverfahren die Möglichkeit eingebracht werden, Bundestagswahlen künftig in Notlagen wie etwa Pandemien als reine Briefwahlen durchzuführen.

Doch damit wäre die Frage der Aufstellungsversammlungen noch nicht geklärt. CDU-Rechtsexperte Ansgar Heveling will den Verzicht auf physische Anwesenheit bei der Bewerberauswahl nur als „absolute Ausnahme“ zulassen. SPD und Grüne wollen ihre Satzungen so weit ändern, dass die Parteien ihre Kandidaten im Notfall in einer Kombination aus digitaler Versammlung und Briefwahl aufstellen können.

„Wir müssen uns Gedanken machen, wie wir mittelfristig digitale Wahlparteitage ermöglichen“

Daniel Stich
SPD-Generalsekretär
in Rheinland-Pfalz

LINKSPARTEI

Absturz durch Generationenwechsel?

Helm und Schatz statt Wolf und Bluhm an der Fraktionsspitze im Berliner Abgeordnetenhaus

Der Rücktritt der bisherigen Doppelspitze der linken Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus sorgt für Unmut in der Landespartei. Ihren Rückzug begründeten der 1962 in Frankfurt am Main geborene Udo Wolf und die ebenfalls 1962 in Berlin zur Weltgekommene Carola Bluhm damit, dass es nach vielen Jahren im Amt Zeit sei, loszulassen und einen personellen Wechsel zu vollziehen.

Offenbar ohne vorab die Fraktion einzubinden, präsentierten die beiden auch gleich zwei Nachfolgekandidaten. Innerhalb der Berliner Linkspartei hat diese Art der Nachfolgeregelung für nur mühsam unterdrückte Verärgerung gesorgt. Zur

Verärgerung über diese Art der Nachfolgeregelung kommen Zweifel, dass die inzwischen gewählte neue Doppelspitze genug politische Erfahrung mitbringt.

Zwei 57-Jährige gingen

Der 50-jährige Carsten Schatz gilt als Generalist und war bislang im Haushalts- und Europaausschuss sowie im BER-Untersuchungsausschuss aktiv. Der gebürtige Thüringer wird dem pragmatischen Teil der Partei zugerechnet und ist seit 2013 Mitglied des Abgeordnetenhauses. Deutschlandweit war Schatz der erste Parlamentarier, der offen über seine HIV-Infektion gesprochen hat.

Wesentlich mehr Aufsehen als die Wahl von Schatz erregte die von Helms. Die 33-jährige Feministin war bis 2014 Mitglied bei den „Piraten“ und trat erst 2016 in die Linkspartei ein. Schwerpunkte der Parlamentsarbeit der gebürtigen Rostockerin waren bislang die Medienpolitik und „Strategien gegen Rechts“.

Im Berliner Abgeordnetenhaus gilt Helm zwar formal als Vertreterin Neuköllns, allerdings kann die Parlamentarierin sich kaum auf die Unterstützung ihres Neuköllner Bezirksverbands stützen.

Bundesweit bekannt wurde die Synchronsprecherin, Sängerin, Schauspielerin und politische Aktivistin durch eine Aktion

im Jahr 2014, als sie sich in Dresden mit entblößtem Oberkörper und der Parole „Thanks Bomber Harris“ öffentlichkeitswirksam in Szene setzte.

Abzuwarten bleibt, wie die Personalentscheidung im Wahljahr 2021 bei den Stammwählern der Partei ankommt. Als das Institut YouGov die Wählerschaft der Linkspartei im Jahr 2017 analysierte, stellte es fest, dass 49 Prozent 55 Jahre oder älter sind.

Als Themen, die für Wähler der Linkspartei besonders relevant sind, ermittelte YouGov die Bereiche soziale Sicherheit, Rente und Altersvorsorge sowie Gesundheitsversorgung. Norman Hanert

BERLINER SENAT

Verkehrswende im Handstreich

Angeblich vorübergehende Zusatzwege sollen auf Kosten des Autoverkehrs dauerhaft werden

VON NORMAN HANERT

Führende Köpfe der Berliner Grünen sehen die Corona-Krise offenbar als Chance, in der Verkehrspolitik lang gehegte Ziele durchzudrücken. Derzeit wird im Schnellverfahren der Straßenraum zugunsten von Radfahrern umverteilt. Leidtragende sind nicht nur Autofahrer.

Abermals ist es der grün regierte Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, der in Berlin eine Vorreiterrolle spielt. Als durch die Pandemiebeschränkungen der Autoverkehr massiv zurückging, nahm der Bezirk Ende März am Halleschen Ufer den Autofahrern eine Fahrspur weg und richtete stattdessen einen Radweg auf der Straße ein. Im Eiltempo wurde mit gelben Markierungen und rot-weißen Warnbaken der Straßenraum neu verteilt.

Als Begründung führte der Bezirk an, zur „Infektionsschutzvorsorge“ müsse der ohnehin beschlossene Radwegeausbau beschleunigt werden: Fahrradfahrer und Fußgänger könnten durch die „temporären“ Radwege die pandemiebedingte Abstandsregelung besser einhalten, so die Argumentation.

„Auf möglichst vielen Strecken“

Was im Amtsdeutsch als „Einrichtung von pandemieresilienter Infrastruktur in Form von temporären Radverkehrsanlagen“ bezeichnet wird, breitet sich im Stadtgebiet immer mehr aus. Mehrere Bezirke haben inzwischen mehr als zehn der sogenannten Pop-Up-Radwege eingerichtet, Anmeldungen für weitere 25 Abschnitte liegen vor. Nun plant die Verkehrsverwaltung unter Senatorin Regine Günther (Grüne), das Provisorium zu einer Dauereinrichtung zu machen.

Obwohl die Fahrradwege ursprünglich nur bis Ende Mai getestet werden sollten, hat die Senatsverkehrsverwaltung das Projekt inzwischen bis zum Jahresende verlängert. Bereits Ende Mai hatte die Verwaltung signalisiert, die provisorisch eingerichteten Radfahrstreifen sollten „auf möglichst vielen Strecken“ durch dauerhafte Lösungen ersetzt werden.

Positiv über die Berliner „Pop-Up-Radwege“ hat sich die „Deutsche Umwelthilfe“ geäußert. Der umstrittene Abmahnverein empfahl das Kreuzberger



ADAC protestiert: „Provisorischer“ neuer Radweg in Berlin-Kreuzberg

Foto: imago images/Hoch Zwei Stock/Angerer

Beispiel sogar als bundesweites Vorbild. Starke Zweifel am Nutzen des Vorgehens hat dagegen der ADAC. Volker Krane, Verkehrsvorstand des ADAC Berlin-Brandenburg, warf dem Berliner Senat vor, eine Notsituation auszunutzen, um Gruppeninteressen zu verfolgen. Auf der Grundlage eigener Vor-Ort-Zählungen bezweifelt der Automobilklub auch, dass sich die Anteile von Autoverkehr und Radverkehr tatsächlich so weit verschoben haben, dass nun quasi im Schnellverfahren der Straßenraum neu verteilt werden muss. Festgestellt hatte der ADAC bei seiner Zählung, dass siebenmal mehr Pkw als Radler unterwegs waren.

Auch der Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB), Christian Amsinck, warf der Senatsverwaltung für Verkehr vor, „im Handstreich“ den Verkehrsraum in Berlin umzubauen, ohne dabei die Belange der Wirtschaft zu berücksichtigen. Tatsächlich steht durch die eilig eingerichteten

Radwege nicht nur Pkw-Fahrern weniger Platz zur Verfügung, sondern auch Paketdiensten, Lieferanten und dem öffentlichen Nahverkehr. Massive Probleme für Linienbusse durch lange Warteschlangen vor Ampeln werden bereits aus der Kantstraße und der Neuen Kantstraße gemeldet. Zieht man die Parkplätze und die neu eingerichteten Radwege ab, bleibt für den fließenden Verkehr in den beiden viel befahrenen Straßen häufig nur noch eine Spur pro Richtung.

„City-Maut“ gegen Berufspendler

Mittlerweile wird die Corona-Krise noch für ein anderes Wunschprojekt der Grünen als Argument genutzt: Fraktionschefin Antje Kapek nutzt Folgen der Pandemie als Argument für die Einführung einer Straßennutzungsgebühr für die Berliner Innenstadt. Angesichts starker Einnahmeverluste im öffentlichen Personennahverkehr in den vergangenen Monaten sagte Kapek: „Wir haben bereits jetzt eine

Finanzierungslücke von 1,9 Milliarden Euro bei der BVG.“ Um den zusätzlichen Geldbedarf aus dem Landeshaushalt zu decken, will Kapek die „City-Maut“ oder eine verpflichtende Nahverkehrsabgabe für alle Berliner einführen.

Welche Kosten auf Autonutzer durch eine Innenstadt-Maut zukommen könnten, macht ein kürzlich vorgelegtes Diskussionspapier des Wissenschaftszentrums Berlin deutlich. Die Autoren des Papiers schlagen einen dreijährigen Modellversuch innerhalb des Berliner S-Bahn-Rings vor.

Der Preis einer Maut-Tageskarte für Autofahrer würde sich dabei am Tarif einer Tageskarte für den öffentlichen Nahverkehr orientieren. Schon jetzt wären dies fast neun Euro, hinzu kämen noch Parkgebühren von zwei Euro je Stunde. Mit den genannten Beträgen wäre das Thema Autofahren in der Berliner Innenstadt insbesondere für weniger betuchte Berufspendler vermutlich erledigt.

„FRIDAYS FOR FUTURE“

Klima-Aktivisten wollen eigene Partei gründen

Die Berliner Grünen könnten bald Konkurrenz im eigenen Lager bekommen

Die von der grünen Verkehrssenatorin Regine Günther angeordnete Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 Kilometer pro Stunde in der Leipziger Straße hat nur eine Reduzierung der Stickoxid-Belastung von vier Prozent erzeugt. Die Einschränkungen durch die Corona-Seuche hingegen ergab eine Verringerung um 15 Prozent. Der SPD-Abgeordnete Sven Kohlmeier fordert daher ein Ende der Geschwindigkeitsbeschränkung: „Für Pendler aus den Außenbezirken ist die Leipziger Straße wichtig. Es braucht neue Ideen der grünen Verkehrssenatorin statt ideologisches Festhalten an Tempo 30.“

Besonders radikale Kreise gehen in die entgegengesetzte Richtung. Ihnen reichen die Maßnahmen Günthers inzwischen nicht mehr aus. Aus dieser Richtung reifen Bemühungen heran, eine „Klimapartei“ in Berlin zu gründen. Die

neue Gruppierung „radikal:klima“ will die neue Partei gründen. Antonio Rohrßen, ein Sprecher der Gruppe, sagt: „Wir müssen davon ausgehen, dass, wenn wir jetzt hier in diesen privilegierten Gesellschaften nicht aktiv werden, in einigen Jahrzehnten Hunderte Millionen von Menschen ihre Heimat verlieren werden, ihre Gesundheit, ihr Zuhause, und das möchte ich auf jeden Fall verhindern.“

„Wir müssen die da wachrütteln“

Der 26-jährige Politikwissenschaftler warnt, dass Hitze und Trockenheit vor Ländern wie Deutschland nicht halt machen würden und beklagt: „Klimaschutz ist nicht im Parlament angekommen.“ Jeannette Krüger, eine 30-jährige Projektmanagerin, trauert den „Fridays-for-Future“-Zeiten nach: „Wenn man denkt, wie viel Power da auf der Straße ist. Letztes Jahr

waren 250.000 Menschen auf der „Fridays-for-Future“-Demonstration, und was ist im Abgeordnetenhaus angekommen?“ Krüger: „Wir müssen Partei werden und wir müssen die da drinnen wachrütteln.“

Linkes Lager würde neu verteilt

Eine neue „Klimapartei“ dürfte ihr Wählerpotenzial wohl zulasten der Grünen gewinnen. Grünen-Fraktionschefin Antje Kapek macht diese Aussicht bereits Sorgen: „Die Gefahr besteht natürlich schon, gerade wenn es um den Run aufs Rote Rathaus geht. Da zählt am Ende jede Stimme. Und da muss ich sagen, ist eine grüne Regierende Bürgermeisterin, die sich radikal für Klimaschutz einsetzt, natürlich hilfreicher als mehrere Parteien, die sich gegenseitig Konkurrenz machen.“

Rohrßen entgegnet, eine zweite Partei – neben den Grünen – schwäche den Kli-

maschutz nicht. Sobald die Corona-Seuche das zulasse, solle es einen Gründungsparteitag geben.

Gut möglich, dass eine solche neue Partei – vorausgesetzt, sie nimmt den Grünen genug Stimmen ab – ins Parlament gelangt. Insbesondere die SPD dürfte darüber nicht traurig sein. Denn die neue Gruppierung könnte die Stellung der Grünen im linken Lager der Hauptstadt schwächen. Bei der jüngsten Umfrage Ende April lagen die Grünen mit 21 Prozent nur noch zwei Prozentpunkte hinter der SPD, die derzeit mit Michael Müller den Regierenden Bürgermeister stellt. Nicht auszuschließen ist, dass die Grünen bis zur Wahl im Herbst 2021 die SPD überholen und Anspruch auf den Posten des Regierungschefs anmelden. Es sei denn, eine neue Konkurrenz vermasset ihnen den Weg nach oben. Frank Bücker

KOLUMNE

Das Kreuz als Krönung

VON VERA LENGSELD

Das Berliner Schloss steht, zumindest von drei Seiten, wieder in alter Schönheit in der Mitte von Berlin. Mit der Schlossbrücke, dem Alten Museum, dem Dom und dem rekonstruierten Lustgarten bekommt man eine Ahnung von der einstigen Schönheit der Hauptstadt. Dabei kann man vergessen, welche Kämpfe es gekostet hat, der entkernten Mitte ihre Seele wiederzugeben.

Bekanntlich hatte die SED-Führung das Schloss abreißen lassen, obwohl es den Krieg mit nur geringen Schäden überstanden hatte. Es ist dem Berliner Kunsthistoriker Richard Hamann zu verdanken, dass einige Kunstwerke und Bauelemente des norddeutschen Barockgebäudes gerettet wurden. Er barg mit seinen Studenten während der wochenlangen Sprengungen erhalten gebliebene Stücke. Wegen der heftigen Proteste gegen den Abriss gab es auch einen staatlichen Auftrag, Kunstwerke zu erhalten. Die wurden aber einfach auf einem offenen Lagerplatz abgelegt. Ihre Spur verlor sich nach 1965.

Nur das Eosander-Portal sollte bewahrt werden, weil Karl Liebknecht am 9. November 1918 auf dessen Balkon die sozialistische Republik ausgerufen hatte. Es sollte später das zu errichtende Staatsratsgebäude zieren. Leider ging die Bergung schief, deshalb nahm man das erfolgreich abgebaute Portal IV und gab es als Eosander-Portal aus.

Lange war die in Marx-Engels-Platz umbenannte Leerstelle ein Aufmarschgebiet für die obligatorischen Demonstrationen. Dann wurde Mitte der 70er Jahre der Palast der Republik gebaut, das wichtigste Prestige-Objekt der SED-Führung. Bei Veranstaltungen der DDR-Bürgerbewegung in Berlin wurden deshalb immer selbstgefertigte Postkarten des Schlosses verkauft, als Symbol des Widerstands. Nach der Vereinigung entstand sofort eine Initiative für den Wiederaufbau des Schlosses. Die SED-PDS mobilisierte alle Kräfte zum Erhalt des Palastes. In dieser Auseinandersetzung siegten die Schlossbefürworter, aber die Schlossgegner gaben nie auf. Als letzten Akt versuchten sie, das Kreuz auf der Schlosskuppel zu verhindern. Ein christliches Symbol passe nicht zum geplanten Humboldt-Forum. Aber nun krönt das Kreuz den wiedererstandenen Bau und kündigt von unseren christlichen Wurzeln.

MELDUNG

Linke-Politiker droht Rauswurf

Forst – Die beiden Vorsitzenden des märkischen Landesverbands der Linkspartei, Anja Mayer und Katharina Slanina, fordern ein Partei-Ausschlussverfahren gegen Ingo Paeschke, den Fraktionschef im Stadtrat von Forst (Spree-Neiße). Linkspartei und AfD hatten im Mai einem Antrag der Fraktion „Gemeinsam für Forst“ zugestimmt, einen neuen Jugendklub in der Stadt zu bauen. Anschließend hatten die drei Fraktionschefs das Projekt auf einer gemeinsamen Pressekonferenz vorgestellt. Daraufhin gestellte Rücktrittsforderungen hatte Paeschke abgelehnt. Dem angedrohten Partei-ausschlussverfahrens sehe er gelassen entgegen, so der Fraktionschef. N.H.

● MELDUNGEN

Kanada eskaliert

Ottawa – Im Fall der in Kanada festgehaltenen Huwawei-Finanzchefin Meng Wanzhou droht eine Eskalation im angespannten Verhältnis zwischen dem nordamerikanischen Staat und der Volksrepublik China. Der Supreme Court of British Columbia wies Ende Mai den Antrag von Wanzhou auf Einstellung des Verfahrens ab. Die Tochter des Huawei-Gründers Ren Zhengfei ist im Dezember 2018 auf Betreiben der US-Behörden in Vancouver verhaftet worden. Die US-Regierung wirft Wanzhou Betrug im Zusammenhang mit der Umgehung der Iran-Sanktionen vor und verlangt die Auslieferung. Die Führung in Peking hatte nach der Verhaftung der Chinesin Importbeschränkungen auf Raps aus Kanada verhängt. Offiziell begründete China den Schritt mit „Bedenken wegen Schädlingsbefall“. Seit eineinhalb Jahren sitzen zudem in der Volksrepublik zwei Kanadier in Haft, die beschuldigt werden, die nationale Sicherheit Chinas gefährdet zu haben. N.H.

Quotenkiller Klimawandel

Washington – In den Vereinigten Staaten sind Klimaaktivisten alarmiert. Nur noch wenige US-Bürger interessieren sich für die von ihnen prognostizierte Klimakatastrophe und die von ihnen geforderte Klimapolitik zu deren Verhinderung. Unverblümt spricht der Deutschlandfunk in seiner Berichterstattung über die USA vom Klimawandel als Quotenkiller. Die entsprechenden Kreise fürchten nun, dass die Medien diesem Desinteresse mit weniger Berichterstattung zu dem Thema Rechnung tragen könnten. Dem soll ein internationales Medienkartell entgegenwirken, das trotz mangelnden Interesses der Öffentlichkeit das Thema am Köcheln hält. Die deutschen Zeitungen „taz“ und „Stern“ sind dabei, doch selbst US-Medien wie die „New York Times“ oder die „Washington Post“ lehnen ab. Sie scheuen den Vorwurf des Aktivismus. Der unter anderem für deutsche Organe wie die „Zeit“ oder den „Spiegel“ schreibende Initiator des Kartells, Mark Hertsgaard, kann das nicht verstehen. Seinen Worten zufolge endet nämlich die Verpflichtung von Medien zum Abbilden beider Seiten einer Debatte dort, wo die eine Seite nicht den Stand der Wissenschaft respektiert, und das sei beim Klimawandel der Fall. M.R.

Eklat um Gastbeitrag

New York – Mit der Begründung, die Zeitung müsse auf ihren Meinungsseiten weltanschauliche Vielfalt widerspiegeln, hatte der für diese Seiten bei der „New York Times“ („NYT“) zuständige Mitarbeiter James Bennet dem Trump-freundlichen republikanischen Senator Tom Cotton die Möglichkeit zu einem Gastkommentar eingeräumt. Das wurde ihm zum Verhängnis. Ihr Herausgeber, Arthur Gregg Sulzberger, hat nämlich nun die Trennung von Bennet bekannt gegeben. Selbst der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland wertet in einem Kommentar dieses als „Beweis ... wie voreingenommen auch liberale Medien sind“. M.R.

NATURSCHUTZ VERSUS WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

Streit um Oderausbau

Umweltschützer fordern von der Bundesrepublik und Brandenburg Druck auf Polen

VON NORMAN HANERT

Naturschutzverbände und auch die Verwaltung von Deutschlands einzigem Flussauen-Nationalpark „Unteres Odertal“ sind durch polnische Pläne zum Ausbau der Oder alarmiert. In einer gemeinsamen Erklärung haben deutsche und polnische Umweltverbände vom Bund und dem Land Brandenburg mehr Einsatz zum Schutz der Oder gefordert. In der Pflicht sehen die Verbände dabei insbesondere Brandenburgs Ministerpräsidenten Dietmar Woidke (SPD), den Koordinator für die deutsch-polnische Zusammenarbeit. Unmittelbarer Anlass für die gemeinsame Erklärung der Umweltverbände ist ein positiver Umweltbescheid, den der Umweltdirektor in Stettin erteilt hat. Die polnischen Ausbaupläne sehen eine Modernisierung der Buhnen und eine Vertiefung des Flussbettes vor.

Modernisierung der Buhnen

Das Vorhaben geht auf eine Vereinbarung zurück, die Bundeskanzlerin Angela Merkel im Jahr 2015 zusammen mit dem damaligen Bundesverkehrsminister Alexan-

der Dobrindt und dem polnische Umweltminister Maciej Grabowski getroffen hat. Im Blick hatten beide Seiten damals die Verbesserung des Hochwasserschutzes an der Oder im Abschnitt zwischen Frankfurt und der Ostseemündung. Der Fluss soll eine tiefere Fahrrinne erhalten, um so bessere Einsatzbedingungen für Eisbrecher zu schaffen.

Allerdings gibt es inzwischen deutliche Hinweise, dass es der polnischen Regierung unter dem Etikett „Hochwasserschutz“ nicht nur um Eisbrecher, sondern eigentlich um die Frachtschifffahrt auf der Oder geht. So wollte die Deutsche Bahn im Jahr 2018 bei Küstrin zwei Eisenbahnbrücken der ehemaligen Preußischen Ostbahn neu bauen. Die Pfeiler der Brücke, über die bis 1945 noch Expresszüge zwischen Berlin und Königsberg führen, sind mittlerweile rund 150 Jahre alt. Das Warschauer Binnenschifffahrtsministerium blockierte allerdings das Neubauvorhaben der Deutschen Bahn, indem es eine größere Durchlasshöhe forderte, damit auch Containerschiffe die neue Oderbrücke passieren können. Seitdem liegt das Projekt erst einmal auf Eis. Verzögert wird damit auch der Plan, die Ostbahn von Berlin über Küstrin

bis nach Landsberg an der Warthe zu elektrifizieren.

Vertiefung des Flussbettes

Naturschützer beidseits der Oder befürchten sogar, dass die polnischen Pläne Schä-

den anrichten, die nicht mehr gut zu machen sind. Die Oder gilt als einer der letzten frei fließenden naturnahen Flüsse in Europa. Dirk Treichel, Leiter des Flussauen-Nationalparks „Unteres Odertal“, warnt, dass durch den Ausbau auf der östlichen Seite der Oder insgesamt wichtige Lebensräume entlang des bisher weitgehend naturbelassenen Flusses verschwinden werden. Vor dem Umweltausschuss des Potsdamer Landtags sagte Teuchel Anfang Juni, die polnischen Pläne seien aus Sicht der Nationalparkverwaltung nicht mit der Wasserrahmenrichtlinie und den Naturschutzrichtlinien der EU vereinbar.

Eine ähnliche Einschätzung haben der Deutsche Naturschutzring (DNR) und der BUND Brandenburg. Carsten Preuß, Vorsitzender des brandenburgischen Landesverbands des BUND, erklärte: „Der BUND Brandenburg hat gegen den positiven Umweltbescheid des Umweltdirektors in Stettin Widerspruch eingelegt, auch um vor einem polnischen Verwaltungsgericht klageberechtigt zu sein. Wir fordern auch von Dietmar Woidke, sich als Ministerpräsident und Koordinator für die deutsch-polnische Zusammenarbeit schützend vor die Oder zu stellen.“

„Wir fordern auch von Dietmar Woidke, sich als Ministerpräsident und Koordinator für die deutsch-polnische Zusammenarbeit schützend vor die Oder zu stellen“

Carsten Preuß
Vorsitzender von
BUND Brandenburg



Gilt als einer der letzten frei fließenden naturnahen Flüsse in Europa: Die Oder

Foto: imago images/Schöning

MACHTKAMPF IN TOGO

Erzbischof kämpft gegen die Familiendiktatur

Wegen Einmischung in die Politik: Verhöre und Hausarrest für den 90-jährigen Philippe Kpodzro

In der ehemaligen deutschen Kolonie Togo wird seit dem Jahre 1967 von derselben Familie beherrscht. Der derzeitige Präsident Faure Gnassingbé (54) trat nach dem Tod seines Vaters Gnassingbé Eyadema, der das kleine westafrikanische Land 38 Jahre lang mit eiserner Faust regiert hatte, sein Amt 2005 mit Hilfe des Militärs an. Togo ist zusammen mit der Bongodynastie in Gabun Afrikas langlebteste Familiendynastie.

Im Vorfeld der Präsidentschaftswahl vom 22. Februar taten die Behörden alles, um eine Wiederwahl des Amtsinhabers zu gewährleisten. Die Wahlkommission, Justiz und die staatlichen Medien sind in der

Hand der Präsidentenfamilie. In einer Erklärung vom 21. November 2019 übten die togolesischen Bischöfe im Hinblick auf die für Februar 2020 geplanten Präsidentschaftswahlen heftige Kritik an den führenden Politikern des Landes. Opposition und Kirche forderten wiederholt, die Amtszeit des Präsidenten per Verfassung zu begrenzen. Als bei den Wahlen am 22. Februar kirchliche Wahlbeobachter ausgeschlossen und die frühzeitige Bekanntgabe von regionalen Wahlergebnissen eingeschränkt wurde, witterten nicht nur Kirchenvertreter Wahlbetrug.

Zum Hauptkämpfer für Demokratie in Togo ist der Alt-Erzbischof von Lomé,

Philippe Kpodzro, geworden. Die katholische Kirche ist mit 25 Prozent größte organisierte Religionsgemeinschaft im Lande, noch vor dem Islam mit 15 Prozent. Der Alt-Erzbischof begann mit 90 Jahren Wahlkampf für den Oppositionskandidaten Agbéyomé Kodjo zu machen. Dabei kritisierte er die Landesregierung und die Familiendynastie der Gnassingbés scharf. Bei den Wahlen hatte Oppositionspolitiker Agbéyomé Kodjo nach offiziellen Angaben 18,4 Prozent der Stimmen erhalten und lag damit klar hinter Amtsinhaber Faure Gnassingbé (72,4 Prozent). Befragungen an den Wahlkabinenausgängen deuteten jedoch einen Stimmenanteil von 60 Prozent für

Kodjo an. Nach der Wahl bezeichnete Kodjo sich als „demokratisch gewählten Präsidenten“ und wurde daraufhin festgenommen. Auch Kpodzro war stundenlang verhaftet worden. Wegen seines hohen Alters wagte man nicht, ihn ebenfalls zu verhaften. Bischof Kpodzro wurde ausgiebigen Verhören unterzogen und zeitweise unter Hausarrest gestellt. Kritik an der aktuellen Situation äußerten Amnesty International und lokale Menschenrechtsorganisationen. Kodjo wurde am 24. April zwar wieder frei gelassen, aber inzwischen wieder verhaftet. Ein Antrag auf Neuauszählung der Stimmen oder Neuwahlen wurde vom Obersten Gericht abgelehnt. Bodo Bost

VON BODO BOST

Noch bevor der Kommissionsplan der Europäischen Union für die Corona-Hilfen abgesegnet ist, verraten Italien und Spanien, die zwei Hauptempfängerländer, was sie damit machen wollen: nämlich Steuergeschenke verteilen und ein bedingungsloses Grundeinkommen garantieren. Dabei heißt der Plan „Reparieren und Vorbereiten für die nächste Generation“.

Der italienische Außenminister Luigi Di Maio hat den Kritikern des EU-Kommissionsplans schon vor dessen Verabschiedung viel Stoff und Argumente gegen den Plan geliefert. Die EU-Zuwendungen von 750 Milliarden Euro, von denen Italien allein 172 Milliarden bekommen soll, davon 82 Milliarden in Form von direkten, nichtrückzahlbaren Zuschüssen, sollen nämlich in erster Linie für Steuergeschenke verwendet werden, erklärte er.

Bei der Verwendungszweckbestimmung der EU-Hilfen sind die Italiener bedeutend schneller als bei ihrer Antwort auf die Corona-Pandemie, da ließen sie wertvolle Zeit verstreichen, die nach Wochen der Untätigkeit zu vielen Opfern führte. „Lasst uns einen Teil des Geldes aus dem Wiederaufbaufonds zur Reduktion der Steuerbelastung verwenden“, schrieb Italiens Außenminister Di Maio auf seiner Facebook-Seite.

Dabei hat der EU-Rat noch gar nicht über die Gelder beschlossen, und vier Ländern – die sogenannten Sparsamen Vier Österreich, Niederlande, Schweden und Dänemark – sind noch strikt dagegen.

Aber nicht nur Italien beweist bei der Verwendung der Zuschüsse eine erstaunliche, sonst bei Reformen kaum bekannte Schnelligkeit. Auch die Linksregierung Spaniens möchte mit den EU-Hilfsgeldern abkassieren und damit zweckentfremdet ein bedingungsloses Grundeinkommen finanzieren. Dass dieses zukünftige spanische Grundeinkommen höher liegt als das derzeitige Durchschnittseinkommen in einigen osteuropäischen EU-Ländern, die allerdings ihren Beitrag jetzt zum spanischen Grundeinkommen leisten sollen, kümmert die Spanier nicht.

Im Rahmen des von Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron entworfenen und von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen präsentierten EU-Wiederaufbaufonds im Umfang von 750 Milliarden Euro würde Rom am meisten von allen EU-Ländern profitieren. Italien, das nur elf Prozent zum EU-Haushalt beiträgt, würde allein 23 Prozent des EU-Hilfspakets einkassieren.

Für Deutschland sind die Zahlen umgekehrt. Die Bundesrepublik soll als Zahlmeister der EU fast 30 Prozent einbezahlen und nur fünf Prozent davon zurück-



Freut sich schon auf die Geldgeschenke aus Berlin: Italiens Außenminister Di Maio (vorne l.) und Bundesaußenminister Maas (r.)

EU-WIEDERAUFBAUFONDS

Eine Fiskalunion durch die Hintertür

Italien und Spanien reiben sich bei den Milliardenhilfen zur Bekämpfung der Corona-Folgen die Hände. Beide Länder wollen das Geld zweckentfremden

erhalten. Der Mittelfluß aus Deutschland wäre so groß, dass auch Frankreich noch Nettoleistungen erhalten würde, sozusagen als Dank für Macrons hartnäckigen Einsatz für diese Mittel, was sich ja mindestens auch auszahlen soll.

Steuergeschenke für Italiener

Die Steuersenkungen, mit denen Di Maio die italienische Wirtschaft ankurbeln will, müssen in erster Linie die Steuerzahler der übrigen EU-Länder finanzieren. Twitter-Meldungen des italienischen Politikers der Fünf-Sterne-Bewegung verstärken die Zweifel der österreichischen, schwedischen, dänischen und niederländischen Regierungen, welche befürchten, die Hilfsgelder könnten in den Empfängerländern des Südens unproduktiv versickern, statt die überfälligen Reformen zu beschleunigen.

Vor allem Österreich sperrt sich gegen eine rückwärtsgewandte „Schuldenunion“, die als großes Zukunftsprojekt erkaufte wird. Ein Reformversprechen gilt in Italien gemeinhin nur so lange wie eine Regierung hält, und die haben im Durchschnitt der letzten 60 Jahre nie länger als ein Jahr gehalten.

EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen möchte mit den Hilfsgeschenken den EU-Binnenmarkt ankurbeln, davon würden dann alle profitieren, auch die leistungsstarken Exportnationen im Norden, argumentierte die ausgebildete Ärztin. Diese Milchmädchenrechnung, die besagt, dass die Reichen den Armen zunächst das Geld schenken sollen, damit diese später ihre Waren bei ihnen kaufen, ist fast schon so logisch wie die Pläne des ehemaligen Kellners Di Maio, die geschenkten Gelder als Steuergeschenke für

die korrupte Wirtschaftselite im eigenen Lande zu belassen.

Immerhin soll Deutschland, das 250 Milliarden Euro in den Fonds einbezahlen soll, 28,8 Milliarden Euro für Digitalisierung und Klimaschutz von der EU zurückbekommen. Die restlichen Gelder, die Deutschland für diese Zukunftsausgaben benötigt, soll es sich aus seinen eigenen Steuereinnahmen holen. Das aber brauchen Italiener und Spanier nicht tun.

Eine Frage bleibt nur noch: Wieso wird diesmal Griechenland nicht zu den Hauptempfängerländern der EU-Hilfen gehören? Haben die Griechen etwa aus dem letzten Euro-Rettungsschirm gelernt, als es im Gegenzug einen Teil seiner Budgethoheit abgeben musste, und sind sie durch diese Kontrollmechanismen des ESM deshalb besser durch die Corona-Krise gekommen? Es scheint so.

KURZARBEIT

Fünfmal so viel wie in der Weltfinanzkrise 2008/09

Das Ifo-Institut hat Zahlen zu den Folgen von Corona für die deutsche Wirtschaft vorgestellt

Eine Berechnung des Ifo-Instituts offenbart nun erstmals die unmittelbaren Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Wirtschaft. Fast fünfmal so viele Arbeitnehmer wie in der Finanzkrise 2008/2009 waren im Mai in Kurzarbeit, nämlich 7,3 Millionen. „Diese Zahl war noch nie so hoch“, sagt Ifo-Arbeitsmarktexperte Sebastian Link mit Blick auf die Statistik. Es gibt kaum Bereiche, die derzeit nicht betroffen sind.

Jeder zweite Betrieb ist betroffen

Spitzenreiter sind die Gastronomie mit 99 Prozent der Betriebe und die Hotels mit 97 Prozent. Ähnlich stark betroffen ist die Schlüsselbranche Automobilbau mit 94 Prozent. Auch die Reisebranche ist mit

mehr als 90 Prozent stark tangiert. Der Durchschnitt über alle Branchen hinweg liegt bei 50 Prozent. „Das schlägt alle Zahlen aus der Finanzkrise von 2009“, sagte Ifo-Experte Klaus Wohlrabe der Nachrichtenagentur Reuters. Wohl auch deshalb wird derzeit in Berlin so erbittert um Subventionen für die Autobauer gerungen. Wenig betroffen sind derzeit nur Steuerberater, Rechtsanwälte, Chemie-Hersteller sowie der gesamte medizinische Sektor.

Am stärksten sind die Auswirkungen in den leistungsstarken süddeutschen Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg mit 54 beziehungsweise 53 Prozent zu spüren. Am Ende der Ifo-Skala liegen Thüringen, Sachsen und Sachsen-

Anhalt mit 43 Prozent sowie Rheinland-Pfalz und das Saarland mit 39 Prozent.

Das deutsche Konzept der finanziell abgedeckten Arbeitszeitreduzierung gilt inzwischen international als Erfolgsmodell. Alle im Bundestag vertretenen Parteien betonten die Wichtigkeit dieses Instruments.

Mehrkosten höher als Rücklagen

Allerdings ging die Regierung im März zu Beginn der Pandemie noch von maximal drei Millionen Kurzarbeitern aus. Die Mehrkosten, die der Staat zu tragen hat, schätzt die BfA auf mehr als 30 Milliarden Euro. Das würde die Rücklagen der Behörde übersteigen, die derzeit bei rund 27 Milliarden liegen.

Die Ifo-Forscher gehen zudem davon aus, dass auf eine Phase mit vielen Kurzarbeitern eine mit einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosenzahlen folgen wird. „Kurzarbeit ist für die Betriebe eine Brücke über eine Zeit niedriger Umsätze“, sagte Wohlrabe. „Sollten die Umsatzaufälle aber länger andauern, werden auch Arbeitsplätze ganz wegfallen.“

Aufgrund der Coronavirus-Pandemie ist die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland im Mai erneut gestiegen. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BfA) waren bundesweit 2,8 Millionen Menschen ohne Job und damit fast 170.000 mehr als im April. Die Arbeitslosenquote stieg im Mai um 0,3 Prozentpunkte auf 6,1 Prozent.

Peter Entinger

● MELDUNGEN

NFC als Kostenfalle

Frankfurt am Main – Nach Angaben der EURO Kartensysteme GmbH nutzen hierzulande immer mehr Verbraucher die Möglichkeit, ihre Einkäufe an der Ladenkasse mit Girocards zu bezahlen, die über eine sogenannte NFC-Funktion verfügen. Diese Karten ermöglichen über eine Nahfeldkommunikation ein kontaktloses Bezahlen, sodass die Girokarte nicht mehr in ein Lesegerät eingeschoben werden muss. Laut den Daten von EURO Kartensystem war 2019 mit einem Anteil von 26,6 Prozent der Gesamttransaktionen bereits mehr als jede vierte Transaktion kontaktlos. Allerdings entdecken auch immer mehr Banken und Sparkassen die kontaktlosen Bezahlvorgänge als Möglichkeit für Zusatzeinnahmen. So stellte das Verbraucherportal „biallo.de“ fest, dass von 820 Finanzinstituten 401 Gebühren für kontaktlose Kartentransaktionen berechnen. N.H.

Hoffnung für Arbeitsmarkt

Nürnberg – Nach Auffassung von Arbeitsmarktexperten wird die Lockdown-Krise in Deutschland weitaus weniger auf den Arbeitsmarkt durchschlagen als in anderen Ländern, etwa Spanien oder die USA. Das hat verschiedene Ursachen Ein Grund: Durch die Überalterung des Volkes gehen mehr Menschen in Rente als junge Arbeitskräfte nachrücken. Wenn demnächst die Babyboomer in Scharen den Arbeitsmarkt verlassen, wird sich dieser Trend noch verschärfen. Viele Unternehmen tendieren daher dazu, ihre Mitarbeiter auch in anhaltend eingetübter Wirtschaftslage zu halten. Die meisten der derzeit 7,3 Millionen Kurzarbeiter können sich gute Hoffnungen machen, bald wieder in Vollzeit zu arbeiten, statt nach Auslaufen des Kurzarbeitprogramm schließlich auf der Straße zu landen. H.H.

Skepsis trotz Kursanstieg

Frankfurt am Main – Trotz deutlich gestiegener Aktienkurse bleibt die Stimmung unter deutschen Anlegern verhalten. Dies ergab eine Umfrage des „Handelsblatts“. Seit seinem tiefsten Einbruch am 16. März auf 8.255 Punkte ist der deutsche Aktienindex Dax um rund die Hälfte seines Werts auf über 12.000 Punkte nach oben geschossen. Normalerweise ist die Stimmung an den Märkten nach solch einem Anstieg blendend. Doch das ist diesmal anders. Zukunftsangst überwiegt vor allem bei Privatanlegern, da noch nicht absehbar ist, wie die Entwicklung nach den Corona-Maßnahmen weitergehen wird. Die Zahl der Pessimisten wird sogar größer, wie die „Handelsblatt“-Umfrage ergeben hat. Viele Anleger fürchten demnach, dass sie ihre in der jüngsten Erholungsphase eingefahrenen Kursgewinne wieder verlieren könnten. Institutionelle Investoren wie etwa große Fonds sind etwas positiver gestimmt. Von ihnen wollen 20 Prozent in dem kommenden drei Monaten Wertpapiere kaufen und 16 Prozent Positionen verkaufen. 64 Prozent geben sich indes noch unentschieden oder wollen erst einmal abwarten. H.H.

KOMMENTAR

Namens-Narreteien

ERIK LOMMATZSCH

Paul von Hindenburg, Generalfeldmarschall und später Reichspräsident der Weimarer Republik, im Übrigen auch unterstützt von der SPD, war einst gefragter Namenspatron für Straßen, Plätze und Bauwerke. Auch Ehrenbürgerwürden gab es reichlich für ihn. Einen prominenten Platz nimmt er nun seit geraumer Zeit auf der Liste derjenigen ein, deren Persönlichkeit in der veröffentlichten Meinung für so untragbar gehalten wird, dass die Namenstilung alternativlos erscheint.

Den Einwänden, dass eine historische Person in den Gegebenheiten der jeweiligen Epoche zu sehen ist, dass es Gründe für die Namenswahl gab und eine weit zurückliegende Benennung keinesfalls mit einer unreflektierten Anbetung des Namensträgers verbunden sein muss, scheint die intellektuelle Spannweite der heutigen Traditionsscharfrichter nicht gewachsen zu sein.

Es muss auch nicht immer Hindenburg sein. Kaiser Wilhelm II. bietet sich ebenfalls an, zumal er als die noch wesentlich größere Nummer gilt. Die Westfälische Wilhelms-Universität Münster (WWU), neugegründet 1902, erhielt 1907 den Namen des Kaisers. Den führt sie, mit siebenjähriger Unterbrechung, bis heute. Allerdings mit reichlich Unbehagen.

Seit 2018 hat sich an der WWU eine Arbeitsgruppe dem Problem gewidmet. In ihrem Abschlussbericht empfiehlt sie jetzt, sich „öffentlich und offensiv“ der Frage zu stellen, wie es mit der Gegenwartseignung der Majestät als Namensgeber so aussieht. Der Uni-Senat folgt dem, zumal die Arbeitsgruppe festgestellt hat, dass der Hohenzollern-Kaiser „überaus militaristisch, antislawisch und geradezu obsessiv antisemitisch“ gewesen sei, „darin teils seine Zeitgenossen überragend“. Der Bericht weist schon deutlich darauf hin, dass die Diskussion „einst eine Namensänderung unumgänglich“ machen könnte, zumal diese „schon jetzt erneut in benennbaren Kreisen der Studierendenschaft für dringlich gehalten wird“.

Die „Auseinandersetzung“ mit den „Untragbarkeiten“ des Kaiserreichs scheint Fahrt aufzunehmen. Dies gilt insbesondere für das Kolonialwesen. Die Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Mitte hat bereits 2018 – noch nicht vollzogene – Umbenennungen im Afrikanischen Viertel beschlossen. Zwar gilt Gustav Nachtigal (1834–1885) als

maßgeblicher Afrikaforscher, der zudem – zeituntypisch – der dortigen Bevölkerung gerade nicht vorurteilsgeprägt entgegentrat. Dennoch soll der Nachtigalplatz künftig Bellplatz heißen, nach einem König des Duala-Volkes in Kamerun. Bei der Idee für die Petersallee – künftig geteilt in Anna-Mungunda-Allee und Maji-Maji-Allee – wurde peinlicherweise übersehen, dass bereits 1986 eine „Umwidmung“ stattgefunden hatte. Der Name Peters bezieht sich seitdem nicht mehr auf den Gründer von Deutsch-Ostafrika, Carl Peters (1856–1918), sondern auf den Juristen Hans Peters (1896–1966), der im Widerstand gegen Hitler engagiert war.

Institut bald ohne Koch?

Die neueste Initiative im „Kampf“ gegen die koloniale Vergangenheit geht von Jürgen Zimmerer aus, Professor für die Geschichte Afrikas. Der Name Robert Koch war in den letzten Monaten im Zusammenhang mit dem Robert-Koch-Institut (RKI) und der Corona-Krise in den Medien dauerpräsent. Ehe er wieder etwas in Vergessenheit gerät und Koch weiter hauptsächlich als Mediziner und Entdecker des Tuberkulose-Erregers gilt, als überragender Wissenschaftler auf dem Gebiet der Bakteriologie und Mikrobiologie, hat sich Zimmerer gleich mehrfach zu Wort gemeldet. Im „Spiegel“ schreibt er etwa, Medizin sei „eine der zentralen Grundlagenwissenschaften des Kolonialismus“ gewesen und die afrikanische Bevölkerung sei als „Arbeitskräftereservoir“ betrachtet worden. Erkrankungen wie die Schlafkrankheit bedrohten „diese wirtschaftliche Entwicklung“.

Experimentierfreudig habe Koch in Afrika geforscht, bei seiner Suche nach einem Medikament nahm er Nebenwirkungen „offenbar billigend in Kauf“, was der „koloniale Rassismus ermöglichte“. Massiv kritisiert Zimmerer die von Koch vorgeschlagene Isolierung ganzer Dörfer – „auch gegen ihren Willen“ – zur Eindämmung der Krankheit. Den „in kolonialen Diensten reisenden Mediziner“ könne man „kaum als Vorbild hinstellen“. Folglich sei das RKI umzubenennen.

Der Medizinhistoriker Christoph Gradmann, der meint, man solle Koch, der Bahnbrechendes geleistet habe, insgesamt betrachten, im Kontext der Zeit habe er nicht außergewöhnlich gehandelt, ist ein einsamer Rufer in einer Gegenwart, in der ein Sinn für historische Bedingtheiten immer weiter abstirbt.



Zweifelhafte Inszenierung: Der Prediger Al Sharpton während der Trauerfeier für George Floyd

Foto: ddp images

LEITARTIKEL

Der Fall George Floyd

RENÉ NEHRING

Am 25. Mai wird in Minneapolis der Schwarze George Floyd von vier weißen Polizisten derart brutal ruhiggestellt – unter anderem, indem ein Polizist ihm minutenlang von hinten das Knie in den Hals drückt –, dass er kurz darauf verstirbt.

Die Empörung darüber ist groß. Schnell ist die Rede vom alltäglichen Rassismus in den USA, von weißer Polizeigewalt gegen Farbige und von der permanenten Diskriminierung von Minderheiten. Prominente Farbige wie die Sängerin Beyoncé, die Talkshowmoderatorin Oprah Winfrey und der Profiboxer Floyd Mayweather äußern ebenso ihre Wut darüber wie hunderttausende Demonstranten weltweit in den folgenden Tagen.

Ein fragwürdiger Held

Während der globale Protest wächst, setzt in seiner Heimat die Verklärung George Floyds ein. Auf der ersten von drei (!) Trauerfeiern ruft der farbige Prediger und Bürgerrechtler Al Sharpton mit großer Gestik und brillanter Rhetorik vor dem in einem goldenen Sarg aufgebahrten Toten, dass dieser Fall sinnbildlich für die jahrhundertlange Unterdrückung von Schwarzen in den USA stehe. Die Weißen, so Sharpton, hätten immer schon „ihre Knie auf unseren Nacken“ gedrückt, und weiter: „Es ist Zeit, dass wir in Georges Namen aufstehen und sagen: Nehmt eure Knie aus unseren Nacken!“

Die Geschichte vom unschuldigen schwarzen Opfer des weißen Rassismus ist so wirkmächtig, dass kaum jemand wagt, sie zu hinterfragen. Und doch gibt es durchaus Gründe dafür.

Vorab: Der Polizeieinsatz in Minneapolis ist durch nichts zu entschuldigen. Kein Mensch hat es verdient, so behandelt zu werden wie George Floyd. Andererseits haben die Beamten keineswegs einen unbescholtenen Bürger aufgegriffen, sondern einen mehrfach vorbestraften Intensivtäter, der unter anderem wegen bewaffneten Raubüberfalls verurteilt war.

Auch am 25. Mai begann das Drama damit, dass Floyd versuchte, in einem Laden mit Falschgeld zu bezahlen – und somit erneut eine Straftat beging. Hinzu kommt, dass er Widerstand gegen seine Verhaftung geleistet hatte, sodass die Polizei keineswegs aus reiner Willkür versuchte, ihn ruhigzustellen. Hinzu kommt nicht zuletzt, dass sich im Körper des Verstorbenen zum Tatzeitpunkt die Drogen Methamphetamin, Cannabis sowie Fentanyl befunden haben. Angesichts dessen sei die Frage erlaubt, ob die Empörung auch so groß ausgefallen wäre, wenn es sich bei George Floyd um einen Weißen handelte?

Aufschlussreich ist auch ein Blick auf die allgemeine Statistik. Laut dem Portal „statista.com“ wurden in den letzten fünf Jahren in den USA in jedem Jahr mehr Weiße von der Polizei getötet als Schwarze und Latinos zusammen. Und eine Studie der University of Maryland und der Michigan State University kommt zu dem

Ergebnis, dass die meisten von der Polizei erschossenen Schwarzen von schwarzen (!) Polizisten erschossen werden – und eben nicht von weißen.

Das Geschäft für die gute Sache

Interessant ist nicht zuletzt auch der Blick auf einige der Prominenten, die George Floyds Tod beklagten. Neben den genannten Sport- und Showgrößen – die in den USA immerhin mehrfache Millionäre werden konnten – lohnt ein Blick auf Al Sharpton, den der farbige Soziologe Orlando Patterson vor Jahren als „rassistischen Brandstifter“ bezeichnete.

Laut Berichten verschiedener US-Medien bekam der Bürgerrechtler im Jahr 2018 von seiner eigenen Wohltätigkeitsorganisation insgesamt 1.046.948 US-Dollar ausgezahlt, neben seinem Gehalt von 324.000 Dollar einen Bonus von 159.596 Dollar und eine „sonstige Vergütung“ von 563.352 Dollar. Und 2014 berichteten die „New York Times“ und die „New York Post“ über Steuerschulden Sharptons in Millionenhöhe. Das Predigen für die gute Sache ist – zumindest in seinem Falle – offenkundig ein lukratives Geschäft.

Schon diese wenigen Fakten reichen aus, den Fall George Floyd differenzierter zu betrachten. Der Einsatz der vier Polizisten in Minneapolis ist in keiner Weise akzeptabel – doch die seitdem laufende Stilisierung des Toten zum Helden und die Inszenierung einiger selbsternannter Verteidiger der Rechte von Minderheiten ist es nicht minder.

PORTRÄT

Vom Ost- zum Thüringenbeauftragten

Dieses Bauernopfer hätte sich die Thüringen-CDU sparen können. Weil er bei der mit AfD- und CDU-Stimmen zustande gekommenen Wahl von Thomas Kemmerich (FDP) zum – kurzzeitigen – Ministerpräsidenten in die Kritik geriet, gab Thüringens seit 2014 amtierender CDU-Vorsitzender Mike Mohring im Februar bekannt, auf eine erneute Kandidatur für diesen Posten verzichten zu wollen.

Dafür soll sein Nachfolger ausgerechnet jener Parteikollege werden, der wegen dieser ebenso denkwürdigen wie für die CDU peinlichen Ministerpräsidentenwahl ebenfalls ein Amt verlor. Christian Hirte wurde von Kanzlerin Angela Merkel als Ostbeauftragter der Bundesregierung gefeuert, nachdem er Kemmerich zu dessen Wahl gratuliert und ihn bei Twitter als

„Kandidaten der Mitte“ bezeichnet hatte. Nun soll also der 44-jährige Jurist aus Bad Salzungen im Thüringer Landtag praktische Oppositionspolitik nach weltfremden Vorgaben der Bundes-CDU umsetzen: lieber die Nähe zur regierenden Linken suchen als zur AfD.



Soll CDU-Landeschef Thüringens werden: Christian Hirte

Hirte, der seit 2014 stellvertretender Vorsitzender der CDU Thüringens ist, wurde von den Ehrengliedern und Alt-Ministerpräsidenten Bernhard Vogel und Dieter Althaus für das Amt vorgeschlagen. Ein Landesparteitag muss noch darüber entscheiden. Dann könnte auch die Frage beantwortet werden, ob Hirte bei den Neuwahlen zum Landtag im kommenden Frühjahr als CDU-Spitzenkandidat antritt.

Der Rechtsanwalt mit Schwerpunkt Steuerrecht verfügt seit seinem Eintritt als 17-Jähriger in die Junge Union über Politikerfahrung. Seit 2008 sitzt er für den Wartburgkreis im Bundestag, wo er Parlamentarischer Staatssekretär im Wirtschaftsministerium und – für zwei Jahre – Ostbeauftragter wurde. H. Tews

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Die Pommerische Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem

Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Kostbarer Getreideschober

Monet-Schau der Superlative im Museum Barberini – Teuerstes Auktionsbild des Künstlers befindet sich in deutschem Besitz

VON SILVIA FRIEDRICH

Besucher des Potsdamer Museums Barberini wundern sich über den gewaltigen Heuhaufen im Hof. Das getrocknete Gras aus dem Spreewald wirbt ganz handfest für die nach dem Lockdown wiedereröffnete und bis 19. Juli verlängerte Ausstellung im Museum, betitelt mit „Monet. Orte“. Denn das Prunkstück der Schau „Les Meules“, was etwa Getreideschober bedeutet, wird mit Sicherheit zukünftig eine der bedeutendsten Sehenswürdigkeiten der Landeshauptstadt.

Claude Monet (1840–1926) malte das Bild als Teil einer Serie von 1890/91. In diesen zunächst fälschlich für Heuschober gehaltenen Haufen lagerten die Bauern der Normandie im 19. Jahrhundert das Getreide ein, bevor es weiterverarbeitet werden konnte. „Das Gemälde hat das Zeug dazu, die Mona Lisa dieses Museums zu werden“, sagte Christoph Heinrich, der deutsche Direktor des Denver Art Museums im US-Bundesstaat Colorado, in der die Monet-Ausstellung zuerst zu sehen war, ehe sie Ende Februar im Barberini eröffnet wurde, um kurz danach den Corona-Maßnahmen zum Opfer zu fallen.

Milliardär erwirbt einen Haufen Heu

In Denver musste die Schau jedoch ohne das Jahrhundertwerk auskommen. Das bisher teuerste ersteigerte Gemälde Monets war erst im Mai 2019 in New York beim Auktionshaus Sotheby's für die Rekordsumme von 111 Millionen Dollar ersteigert worden. Lange blieb der Bieter unbekannt, bis sich Hasso Plattner, Mitbegründer des Softwareunternehmens SAP und Stifter des Museums Barberini, kürzlich dazu bekannte, dass seine Stiftung das Werk gekauft hatte.



111 Millionen Dollar wert: Monets „Getreideschober“ von 1890

Foto: Hasso Plattner Foundation/Lutz Bertram, Berlin

In der neuen Schau stammen 34 der insgesamt 110 gezeigten Monet-Bilder von Plattner. Zu erkennen ist das noch nicht, allenfalls kann detektivischer Spürsinn bei der Werks-Bezeichnung „aus Privatsammlung“ dahinter den Milliardär vermuten. Zahlreiche Bilder sind Leihgaben aus weltberühmten Museen wie dem Pariser Musée d'Orsay oder der National Gallery of Art in Washington, D.C., und

weiteren bedeutenden Kunsthäusern. Auf drei Etagen spürt man dem Künstler unter einem Thema nach, dass es so noch nie vorher gegeben hat: „Orte“. Diese sind nicht zufällig gewählt, sondern haben mit der Entwicklung Monets zu tun, wie er sich seiner Kunst stellte und diese komplett veränderte.

Man erlebt den französischen Künstler vom allerersten Werk, das er mit 17 ge-

malte hat, bis hin zu einem der letzten Gemälde in seinem Haus in Giverny.

Moderne Kunst geht ins „Minsk“

Von Paris, seiner Geburtsstadt, aus begleitet man den bedeutendsten Maler des Impressionismus, der häufig mit der Eisenbahn fuhr, nach Venedig, an die Atlantikküste und an die Riviera. Hier wünschte er sich eine Palette aus „Diamanten

und Edelsteinen, um den juwelenartigen Farben malerisch gerecht zu werden“.

Die Schau demonstriert anhand der Bilder seine Reiserouten. Die Flucht vor dem Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 hatte ihn nach England getrieben. Dort malte er sogar von seinen Hotelbalkonen aus, gelben, giftigen Nebel der englischen Metropole. Den einzelnen Themen sind ganze Räume gewidmet, wie zum Beispiel seinem Garten und Landhaus in Giverny mit den berühmten Seerosenbildern. Monet interessierte sich für Wetterphänomene und das von Jahres- und Tageszeiten abhängige Licht und dessen Wirkung auf verschiedene Orte. Seiner Vorgehensweise dabei spürt die Ausstellung nach.

Im September wird Plattner seine gesamte Privatsammlung französischer Impressionisten mit insgesamt 104 Werken, die jetzt noch in seinen verschiedenen Liegenschaften die Wände schmücken, als Dauerleihgabe dem Museum Barberini übergeben. Dann bleibt weniger Platz für Wechselausstellungen. Raum schafft man dadurch, dass die im Barberini bisher beheimateten Werke verschiedener DDR-Maler in das bisher verfallene ehemalige Restaurant „Minsk“ umziehen. Dieses wird ab Herbst 2021 zeitgenössische Kunst als Teil des Barberini zeigen.

Potsdams Kunstmäzen muss nun bald damit leben, sehr gute Kopien zu Hause zu haben. Doch in etwa eineinhalb Meter Abstand könne man das gar nicht mehr genau erkennen, so Plattner.

● „Monet. Orte“ bis 19. Juli im Museum Barberini, Alter Markt, Potsdam, geöffnet Mittwoch bis Sonnabend von 10 bis 21 Uhr, Sonntag und Montag bis 19 Uhr, dienstags geschlossen. Eintrittskarten für 14 Euro pro Person sind aktuell nur online buchbar unter: www.museum-barberini.com

FOTOGRAFIE

Sumo-Kämpfer mit Kamera

Schau zum 100. Geburtstag – Helmut Newtons Bildinszenierungen im Wedeler Ernst-Barlach-Museum

Helmut Newton gilt als einer der bedeutendsten Fotografen des 20. Jahrhunderts. Kein Fotograf seiner Zeit hat aufwendigere und provozierendere Bildinszenierungen geschaffen als er. Aus Anlass seines 100. Geburtstags zeigt das Ernst-Barlach-Museum in Wedel bei Hamburg eine Zusammenstellung seines fotografischen Lebenswerks.

Der am 31. Oktober 1920 geborene Berliner mit jüdischen Wurzeln flüchtete 1938 nach Singapur, lebte danach in Australien, Monaco und den USA. Bekannt sind vor allem seine Werke aus den 1970er Jahren, als er einer der begehrtesten, streitbarsten, bestverdienenden Mode-, Werbe-, Porträt- und Aktfotografen war.

Die sorgfältig inszenierten erotischen Fantasien haben damals provoziert, inzwischen sind sie Themen von Bestsellerliteratur. Lasziv gerauchte Zigaretten und naturbelassener Haarwuchs steht für den Stil der Zeit. Dabei sind die abgebildeten Frauen nie Objekte des Fotografen, sie sind Mitspielerinnen auf Augenhöhe, strahlen Kraft und Selbstbewusstsein aus.

370 Fotos in enger Hängung, die meisten davon schwarzweiß, geben im Barlach-Museum mehr als einen Einblick in das Schaffen des berühmten Fotografen.

Die drei Stockwerke des Hauses stecken quasi voll mit Newton-Bildern. Wie eine Reliquie wird mitten im Raum ein Buch der Superlative auf einem blanken Ständer präsentiert: „SUMO“, ein 40-Kilo-Band und 50 mal 70 Zentimeter groß, 1999 in einer Auflage von 1000 Exemplaren veröffentlicht und vom Fotografen persönlich signiert. Etwas später wurde der von zahlreichen Prominenten signierte Fotoband

auf einer Wohltätigkeitsauktion zum teuersten Buch des 20. Jahrhundert.

Dass das Titelbild dabei eines der bekanntesten sogenannten „Big Nudes“ zeigt, eine dieser nackten, idealschönen Frauen, mit denen der Fotograf 1982 für viel Aufregung sorgte, reduziere die Jubiläumsschau auf keinen Fall, meint Kurator und Museumschef Jürgen Doppelstein: „Es geht um das Gesamtwerk Newtons, sein

„Best-of“, gegliedert in die Bereiche Mode, Akt und Porträt.“

Zu sehen sind Fotografien der bekanntesten und einflussreichsten Persönlichkeiten der Welt in selbstbewusstem Gestus, eingewoben in die Interieurs mondäner Villen oder hineingestellt in surreale Landschaften; herausragende Porträtfotografien, etwa die von Helmut Kohl, David Hockney oder dem schlafenden Andy Warhol, mit denen Helmut Newton Meisterwerke auch dieser Gattung geschaffen hat. Der Zeitraum umfasst den Anfang der 60er bis zu den späten 1990er Jahren.

Die Wedeler Ausstellung zeigt nahezu sämtliche Fotoseiten des „SUMO“-Buches in Originalgröße, vom Boden bis zur Decke, Raum für Raum, Seite für Seite, in kluger Auswahl, Newtons Lebenswerk als inszenierter Museumsrundgang.

Andreas Guballa

● Mühlenstraße 1, 22880 Wedel, geöffnet täglich von 11 bis 18 Uhr, Eintritt: 10 Euro. Am 9. Juli soll in den Kinos die Dokumentation „Helmut Newton – The Bad And The Beautiful“ starten, Regie: Gero von Boehm, mit Helmut Newton, Isabella Rossellini, Charlotte Rampling, Anna Wintour, Grace Jones und vielen anderen.



Nur mit Papagei ins Wasser: Filmstar Elizabeth Taylor im Jahr 1989 im Pool (Ausschnitt)

● MELDUNGEN

Online-Tickets für Bahnhof

Berlin – Nach Lockdown-bedingter Schließung ist der Hamburger Bahnhof – Museum für Gegenwart wieder geöffnet. Neben der neuen Einzelausstellung „Katharina Grosse. It Wasn't Us“ werden bereits eröffnete Sonderausstellungen, der Beuysflügel sowie ausgewählte Bereiche der Rieckhallen zugänglich sein. Der Museumsbesuch ist jedoch nur mit Zeitfenster-Karten möglich, die man vorab online buchen muss: www.smb.museum/tickets tws

Mauermuseum ist unbeliebt

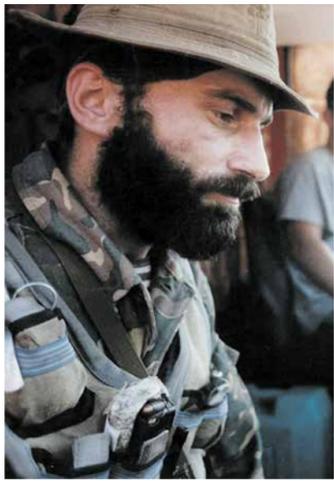
Berlin – Das Stuttgarter Mercedes-Benz-Museum, das Historische Straßenbahndepot St. Peter in Nürnberg und das Frankfurter Feldbahnmuseum sind die beliebtesten Museen. Das geht aus einer Auswertung des Verbraucherportals Testberichte.de von 450 Museen mit 640.000 Online-Bewertungen hervor. Das unbeliebteste Haus ist demnach das Berliner Mauermuseum am Checkpoint Charlie tws

TERROR

Geiselnahme
im
Krankenhaus

Während des Zerfalls der Sowjetunion erklärte die Tschetschenische Republik Itschkerien im November 1991 ihre Unabhängigkeit von Russland. Drei Jahre später erteilte dessen Präsident Boris Jelzin den Befehl zu einer militärischen Intervention in der Kaukasusrepublik. So begann der Erste Tschetschenienkrieg.

Bis Ende April 1995 hatte die russische Armee die Kontrolle über rund acht Zehntel des tschetschenischen Territoriums gewonnen. Die Separatisten, auf deren Seite zahlreiche Dschihadisten aus diversen arabi-



Schamil Bassajew

schen Ländern kämpften, gingen daraufhin zur Guerillataktik über.

Im Rahmen dessen drangen vor 25 Jahren, am 14. Juni 1995, rund 50 tschetschenische Freischärler unter der Führung des in Pakistan und Afghanistan ausgebildeten islamischen Rebellenführers Schamil Bassajew in die Stadt Budjonnowsk südlich der russischen Gebietshauptstadt Stawropol am Nordrand des Kaukasus ein. Die Männer hatten sich in Särgen versteckt, die vorgeblich die Überreste gefallener russischer Soldaten enthielten. Sie stürmten eine Polizeistation und das Haus der Gebietsverwaltung, bevor sie sich schließlich mit weit über 1000 Geiseln im örtlichen Krankenhaus verschanzten.

Während Präsident Jelzin in Untätigkeit verharrte, unternahm Spezialeinheiten des Innenministeriums und der Armee zwei reichlich blindwütig durchgeführte Angriffe auf das Krankenhaus, die keinen Erfolg brachten, jedoch zum Tode von etwa 120 Geiseln und mehreren russischen Elitekämpfern führten. Deshalb sah sich der russische Ministerpräsident Viktor Tschernomyrdin am 18. Juni gezwungen, den Terroristen weitgehende Zugeständnisse im Gegenzug für die Freilassung der noch lebenden Geiseln zu machen: Ungehinderter Abzug der Gruppe Bassajews, Einstellung der Kampfhandlungen in Tschetschenien sowie die Aufnahme von Friedensgesprächen.

Diese wurden im Juli denn auch tatsächlich unter der Schirmherrschaft der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) aufgenommen und führten auch zu einem am 2. August in Kraft getretenen Waffenstillstand. Der war allerdings nur von kurzer Dauer. Von längerer ist hingegen die durch die Geiselnahme forcierte Verhärtung der Fronten, die bis heute anhält.

Wolfgang Kaufmann

NORD-OSTSEE-KANAL

Hauptschlagader der Welt quer
durch die holsteinische Idylle

Perfekte Planung einer Wasserstraße: Pünktlich fertig und keinen Pfennig teurer als zuvor berechnet
– Vor 125 Jahren wurde der damalige Kaiser-Wilhelm-Kanal eingeweiht

VON KLAUS J. GROTH

Der Nord-Ostsee-Kanal (NOK) war die erste künstliche Wasserstraße in Europa, die von großen Seeschiffen genutzt werden konnte. Am 21. Juni 1895, vor 125 Jahren, wurde er eröffnet. Der international „Kiel Canal“ genannte NOK gehört heute mit dem Sues- und dem Panamakanal zu den am meisten befahrenen Verbindungen zwischen zwei Meeren.

Bei der Einweihung in Kiel-Holtenau durch Kaiser Wilhelm II. demonstrierte das junge Kaiserreich seine ganze Macht und Pracht. Neben dem Leuchtturm waren zwei Tribünen für 5400 Ehrengäste aufgebaut. Das Volk konnte sich nebenan Plätze für zwölf Mark mieten. Als pompös geschmückter Festsaal diente der Neubau der Kreuzerkorvette „Niobe“, in dem Könige und Fürsten aus dem In- und Ausland Lendenbraten mit Trüffeln, Rehschnittchen mit Oliven und Hummer auf Gloucester Art speisten. Das „große Kaiserdiner“ kam aus Berlin und kostete 100.000 Mark. Auf der Kieler Förde lagen 53 bunt beflaggte ausländische und ebenso viele deutsche Kriegsschiffe.

Kein diplomatischer Fauxpas sollte die Stimmung auf dem viertägigen Fest trüben. Wilhelm II. setzte dem Jubel die Krone auf. Was vorher streng geheim gehalten wurde: Der Kaiser taufte den Nord-Ostsee-Kanal auf den Namen seines Großvaters, „Kaiser-Wilhelm-Kanal“. So hieß er bis 1948.

100 Kilometer Länge

Der eigentliche Vater der Verbindung zwischen der Elbmündung und der Kieler

Förde war ein anderer. Der Hamburger Reeder Hermann Dahlström hatte in Berliner Regierungskreisen einen Spitznamen. Wegen seines unermüdlichen Werbens für den Bau eines Nord-Ostsee-Kanals in Denkschriften und Eingaben war er als „Kanalström“ bekannt. Der umtriebige Mann legte Otto von Bismarck sein Konzept vor und gewann in dem deutschen Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten einen mächtigen Verbündeten. Während bei Dahlström ökonomische Interessen überwogen, waren es bei Bismarck zunächst militärische. Der Regierungschef beschäftigte sich schon seit dem Sieg im Deutsch-Dänischen Krieg von 1864 mit der Idee einer künstlichen Wasserstraße durch Holstein, „welche alle Kriegs-, Handels- und Dampfschiffe gut passieren können“. Die deutsche Flotte sollte „jederzeit von der Ostsee in die Nordsee gelangen, ohne unter dänischen Kanonen passieren zu müssen“.

Bismarck fand sich unversehens unter dem Beschuss des eigenen Militärs. Generalstabschef Helmuth von Moltke und Kriegsminister Albrecht von Roon torpedierten dessen Pläne. Die beiden Militärs wollten keine zivilen Schiffe in die Nähe des Kriegshafens Eckernförde lassen. Das benötigte Geld für den Kanaldurchstich sollte ihrer Ansicht nach für den Aufbau einer weiteren Flotte investiert werden. Moltkes „Rede gegen den Kanalbau“ im Reichstag hatte Erfolg. Die Abgeordneten lehnten das Projekt ab.

Dem Reichskanzler gelang es aber, Kaiser Wilhelm I. auf seine Seite zu ziehen. Der Bericht des Kronprinzen Friedrich Wilhelm, der an der Eröffnung des

Suezkanals 1869 in Port Said teilgenommen hatte, dürfte eine Rolle bei der Entscheidung des Monarchen gespielt haben. Beeindruckt schrieb der Kronprinz:

„17. November. Wir befinden uns nunmehr auf dem neuesten Wunderwerk unseres Zeitalters, weihen den Sueskanal ein und fühlen, daß wir Zeugen eines Ereignisses sind, das für den Weltverkehr von ganz außerordentlicher Bedeutung sein wird ... Gott gebe seinen Segen für die daraus erschlossenen Verkehrsquellen und für die neuen Unternehmungen, die sich notwendigerweise daran anschließen werden. Möchte doch Deutschland sich bald ähnlich großer Leistungen auf dem Gebiete der Verkehrswege rühmen können.“

1886 stimmte das Parlament dem Bau des Nord-Ostsee-Kanals zu. Das gewaltige Vorhaben sollte allerdings nicht, wie Dahlström vorschlug, von einer Aktiengesellschaft wie beim Suezkanal realisiert werden, sondern in Regie des Deutschen Reichs auf Reichskosten. Der geplante knapp 100 Kilometer lange Durchstich durch Wiesen und Felder verkürzte den Weg von der Nord- zur Ostsee und umgekehrt um rund 250 Seemeilen, etwa 460 Kilometer.

Am 3. Juni 1887 begann der Bau nach Dahlströms Konzept mit der Grundsteinlegung für die Schleuse in Holtenau. Obwohl der Kanal auf seiner ganzen Länge spiegelgleich war, also kein Höhenunterschied zwischen Kieler Förde und Elbmündung bestand, mussten Schleusen bei Holtenau, Rendsburg und Brunsbüttel errichtet werden, um Gezeiten und Windstau auszugleichen. Hinzu kamen zwei weitere Großprojekte, die

Hochbrücken in Grünental und Levensau, sechs bewegliche Brücken und 16 Schöpfwerke. Die heimischen Arbeitskräfte reichten nicht. Fachleute und Arbeiter wurden vor allem in Ostdeutschland und in Italien angeworben.

Die „Palatia“ passierte als Erste

Die Kaiserliche Canal Commission unterteilte die Kanaltrasse in fünf Abschnitte und vergab sie an Baufirmen unter anderem in Hannover, Hamburg und Frankfurt. Die bis zu 9000 Beschäftigten lebten entlang der Baustellen in Baracken mit Vollpension. Für das neun Meter tiefe und 67 Meter breite Kanalbett mussten 80 Millionen Kubikmeter Schlick und Sand ausgehoben werden. Elevatoren beförderten den Aushub nach oben.

Die Arbeiten gingen oft auch nachts im Licht von Fackeln weiter. Der Einsatz von 60 Baggern, 2750 Erdtransportwagen, gezogen von 90 Lokomotiven, 270 schwimmenden Geräten wie Rammen, Kränen und Betonmischmaschinen erforderte eine Meisterleistung der Logistik.

Nach achtjähriger Bauzeit war das Mammutwerk vollendet. Vor der offiziellen Eröffnung absolvierte der 7131 Bruttoregistertonnen große Passagierdampfer „Palatia“ der Hamburg-Amerika-Linie zwei Testfahrten. Alles lief wie geplant. Der Kaiserlichen Canal Commission gelang noch ein Kunststück. Der Kanalbau kostete genau so viel wie vor Beginn kalkuliert: 156 Millionen Mark, keinen Pfennig mehr. Bereits Anfang des 20. Jahrhunderts wurde der Kanal auf 102 Meter Breite und elf Meter Tiefe ausgebaut, damit ihn die Großkampfschiffe der Kaiserlichen Marine passieren konnten.



Am 21. Juni 1895 in Kiel-Holtenau: Einweihungsfeier mit Schlusssteinlegung

Foto: Library of Congress

VON FEDOR M. MROZEK

Als Folge des verlorenen Ersten Weltkrieges musste Deutschland 1920 den nördlichen Teil Schlesiens an Dänemark abtreten. Als symbolischer Akt der Besitzergreifung blieb auf dänischer Seite der Ritt Christians X. am 10. Juli 1920 auf einem Schimmel über die alte Grenze an der Königsau bei Christiansfeld im kollektiven Gedächtnis haften, nachdem die dänischen Behörden bereits am 15. Juni die Verwaltung übernommen hatten.

Der 15. Juni wird seitdem als Tag der sogenannten Wiedervereinigung des Königreiches mit Nordschleswig gefeiert, das konsequenterweise in der dänischen Sprachwelt in der Regel als Südjütland firmiert. Wer dies als historische Reminiszenz abtun möchte, möge die offizielle dänische Sicht auf das 100. Jubiläum im weltweiten Netz ergründen. Diese findet sich unter dem Schlagwort „Genforeningen 2020“ als „Portal zum 100-jährigen Jubiläum der Volksabstimmungen und Grenzziehung 1920“ (www.genforeningen2020.dk), einer Internetpräsenz des königlichen Kulturministeriums in Kopenhagen und der Region Süddänemark. Dahingegen lautet das Motto der Landesregierung Schleswig-Holstein „100 Jahre Volksabstimmungen – Gemeinsam über Grenzen –“ (www.gemeinsam-ueber-grenzen.de) und wird mit einem Logo beworben, bei dem die beiden Nullen in der Zahl 100 durch einen Smiley in Schwarz-Rot-Gold und einen mit dem Dannebrog, der dänischen Nationalflagge, dargestellt sind.

Worauf fußt die dänische Vorstellung einer „Wiedervereinigung“? In den Annalen Einhards, des Biografen Karls des Großen, wird für das Jahr 804 die Anwesenheit eines dänischen Königs namens Godafrið (Göttrik) bei Sliethorp (Haitabu) an der Schlei „auf der Grenze seines Gebiets und Sachsens“ bezeugt und für 808 seine erneute Anwesenheit: „Hier blieb er mehrere Tage und beschloss, die Grenze seines Reiches nach Sachsen zu mit einem Wall zu schirmen“, den wir heute unter dem Namen Danewerk kennen. Mit Hemming, dem Neffen Godafriðs, gelang Kaiser Karl 811 die Verständigung über die Grenze der Machtbereiche, als „bei Frühlingsanfang nun von seiten beider Völker, der Franken nämlich und der Dänen, je zwölf vornehme Männer an der Eider zusammentraten, nach Recht und Brauch einander den Eid abnahmen und so den Frieden fest schlossen.“ Diese Grenze hielt bis zum Deutsch-Dänischen Krieg von 1864.

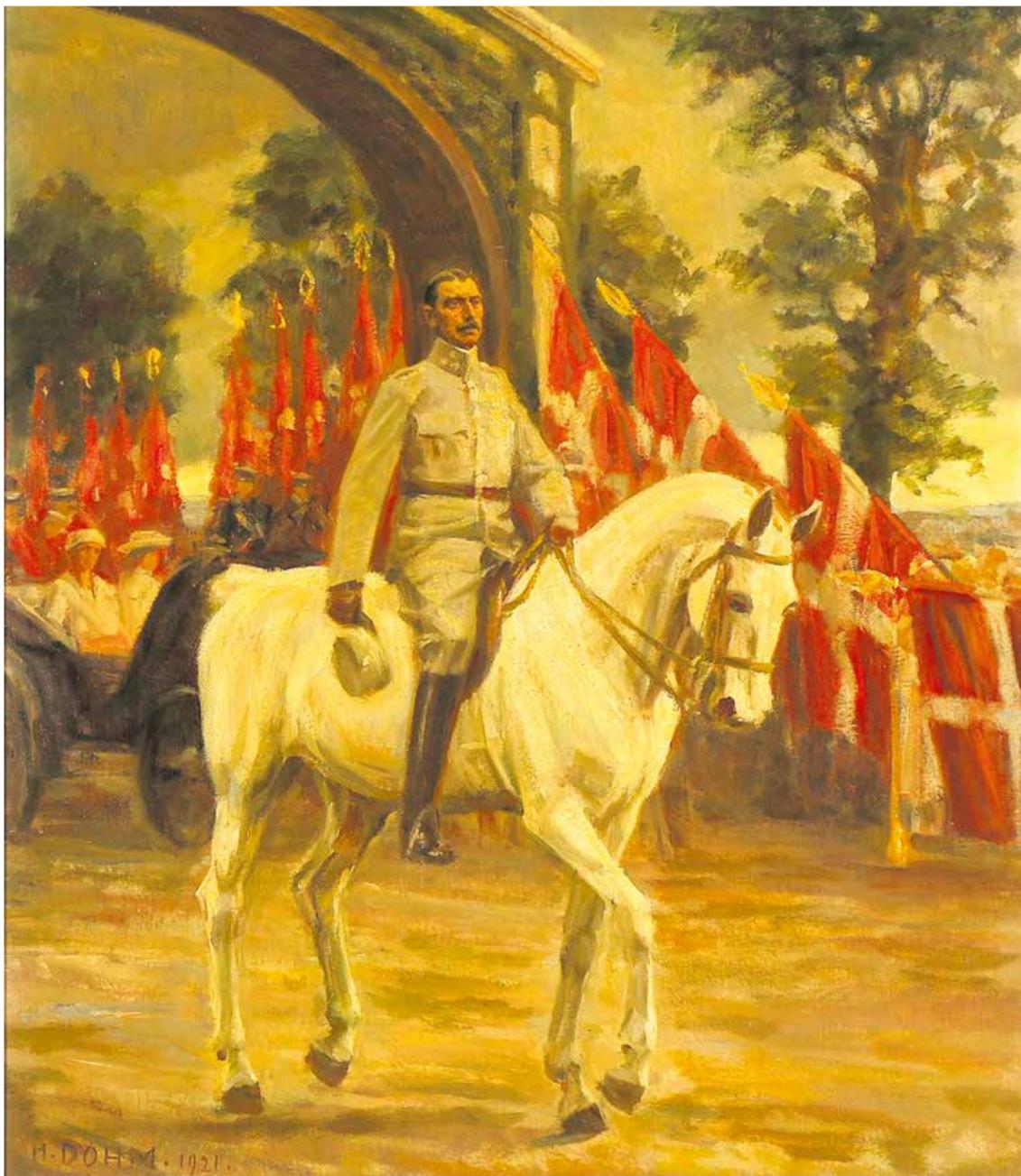
Preußen verweigerte Plebiszit

Das Herzogtum Schleswig war über Jahrhunderte ein Lehen der dänischen Krone, während die Grafschaft Holstein mit Stormarn zunächst ein Herrschaftsgebiet des von den Franken unterworfenen Stammesherzogtums Sachsen bildete. Beide Teile verselbstständigten sich jedoch bereits im 12. Jahrhundert, als der sächsische Herzog Lothar von Supplinburg, nachmaliger deutscher König und römischer Kaiser Lothar III., den von der Weser stammenden Adolf I. aus dem Geschlecht der Schauenburger im Jahre 1111 mit der Grafschaft Holstein belehnte und der dänische König Niels mit seinem Neffen Knud Laward 1115 einen Jarl genannten Statthalter in Schleswig einsetzte. Erstmals 1326 wird mit Gerhard III. einem Holsteiner Grafen vom dänischen König „das Herzogtum Schleswig als erbliches und freies Fahnlehen übertragen“, und der unter der Vormundschaft seines Onkels Gerhard stehende König Waldemar III. muss zudem in der „Constitutio Valdemariana“ versprechen, dass die Krone der Dänen und das Herzogtum Schleswig nicht in einer Hand vereinigt werden dürfen. Erneut gelingt es 1386 Graf Gerhard VI., sich mit Schleswig belehnen zu lassen, diesmal aus der Hand einer Frau, Königin Margarethes I. – nun erscheinen in seinem Siegel zum ersten Mal die beiden schleswigschen Löwen gemeinsam mit dem holsteinischen Nesselblatt als Ausweis der Personalunion.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Eine vorgebliche Wiedervereinigung

Als Folge des Versailler Diktats wurden die „up ewig Ungedeelten“ entgegen dem Privileg von Ripen geteilt, allerdings nicht an der Eider zwischen Schleswig und Holstein, sondern mitten durch Schleswig



Vor 100 Jahren reitet Dänemarks König Christian X. über die bisherige Grenze zum Deutschen Reich: Ölgemälde von Heinrich Dohm

Nach dem Aussterben der Schauenburger mit dem Tode Adolfs VIII. drohte 1459 die Bestimmung zweier verschiedener Herrscher durch den dänischen König für Schleswig und den Kaiser für Holstein. Der längst sowohl nördlich als auch südlich der Eider verwurzelten Ritterschaft gelang jedoch ein Coup. Sie wählten im Jahr darauf durch ihre Räte und die Bischöfe von Schleswig und Lübeck mit Billigung des Kaisers den dänischen König Christian I. aus dem Grafengeschlecht der Oldenburger zum Herzog von Schleswig und Grafen von Holstein, wobei der neue Doppel-Herrscher im Privileg von Ripen am 5. März 1460 feierlich die Zusage geben musste, beide Lande blieben ewig zusammen ungeteilt („dat se bliven ewich tosamende ungedelt“). Damit war eine Realunion entstanden, die 1474 dank Kaiser Friedrich III. durch das Avancieren Holsteins zum Herzogtum auch formell auf Augenhöhe gehoben wurde und – wenn auch nicht ununterbrochen – bis 1864 Bestand hatte. Der Versuch des Jahres 1863, mit einer eiderdänischen Verfassung die Eingliederung Schlesiens zu erzwingen, rief den Deutschen Bund auf den Plan und endete nach Bundesexekution sowie Eroberung Jütlands 1864 mit der Abtretung der drei Elbherzogtümer

„dat se bliven ewich tosamende ungedelt“

Privileg von Ripen

Schleswig, Holstein und Lauenburg an Preußen und Österreich.

Oberflächlich betrachtet führte der Streit der Sieger über die Beute zwei Jahre später zum Deutschen Krieg. Preußen obsiegte und im Frieden zu Prag trat Österreich am 23. August 1866 alle Rechte an den Herzogtümern an die andere deutsche Großmacht ab. Am 12. Januar 1867 wurde mit dem Besitzergreifungspatent des preußischen Königs Wilhelm I. die preußische Provinz Schleswig-Holstein geschaffen.

Auf Druck der damals stärksten Macht des Kontinents, deren Kaiser Napoleon III. als Kind der Revolution für damalige Verhältnisse sehr fortschrittlich auf Plebiszite setzte, erhielt der Frieden zu Prag die sogenannte Nordschleswig-Klausel. Der zufolge sollte „die Bevölkerung der nördlichen Distrikte von Schleswig, wenn sie durch freie Abstimmung den

Wunsch zu erkennen gebe, mit Dänemark vereinigt zu werden, an Dänemark abzutreten werden“. Österreich brachte die Klausel keinen Vorteil, und Preußen war sie lästig.

1878/79 kam es zur sogenannten konservativen Wende in der bismarckschen Politik. Einher damit ging eine Hinwendung des Deutschen Reiches zu Österreich-Ungarn, die von letzterem erwidert wurde und schließlich zum Zweibund von 1879 führte. Als eine Geste des guten Willens stimmte Wien 1878 zu, die Nordschleswig-Klausel im Frieden zu Prag zu streichen. Diese Streichung wurde 1907 von Dänemark in der Apenrader Konvention zur Lösung der Optantenfrage anerkannt.

Versuch einer gütlichen Einigung

Gegen Ende des Ersten Weltkrieges unternahm Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau, der deutsche Gesandte in Kopenhagen und spätere Reichsminister des Auswärtigen, noch einen Anlauf, um per Volksabstimmung die Nordschleswig-Frage mit dem neutralen Nachbarn im Norden ohne Beteiligung der Siegermächte zu lösen, doch die Einflussnahme der Alliierten ließ kein deutsch-dänisches Einvernehmen mehr zu.

RANGE ROVER

Der erste mit permanentem Allradantrieb

Der Range Rover ist nicht nur der erste in Großserie produzierte Geländewagen mit einem permanenten Allradantrieb. Er ist auch einer der ersten und prominentesten europäischen Vertreter der mittlerweile sehr modischen Kombination aus Geländegängigkeit und Luxus, wobei sich über die Sinnhaftigkeit dieser Kombination sicherlich trefflich streiten lässt. Vor einem halben Jahrhundert wurde der Range Rover der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die 1878 gegründete Rover Company war ein renommiertes britisches Traditionsunternehmen mit Erfahrung in der Herstellung von Personenkraftwagen des gehobenen Segments. Die Fürstin von Monaco Gracia Patricia starb in einen Rover. Seit 1948 baute Rover jedoch auch ein britisches Pendant zum US-amerikanischen Jeep, den Land Rover, und hatte damit Erfahrungen sowohl im Luxus- als auch im Geländewagenbau. Insofern ist es verständlich, dass man bei Rover auf die Idee kam, einen geländegängigen Luxuswagen, einen luxuriösen Geländewagen herzustellen.

Abgesehen von diesen firmeninternen Faktoren wurde die Entwicklung durch den Markt forciert. Im riesigen, zahlungskräftigen Autoland USA machten dortige Fahrzeughersteller gute Geschäfte mit Freizeitwagen mit Allradantrieb wie dem ab 1963 hergestellten Jeep Wagoneer oder dem drei Jahre darauf folgenden Ford Bronco. Von dem Kuchen wollten die Briten ein Stück abhaben.

1966 begannen sie mit der Entwicklung. Den V8-Motor übernahm man aus den USA von Buick. Der war jedoch zu stark für nur einen einzigen Achsantrieb, und so war der für Range Rover so typische permanente Allradantrieb aus der Not geboren. Mittlerweile ist dieser innovative Antrieb auch für den Land Rover übernommen worden. Ein Jahr, nachdem die Ingenieure Gordon Dennis Bashford und Charles Spencer „Spencer“ King die Arbeit aufgenommen hatten, standen erste Prototypen für Testfahrten zur Verfügung. 1969 begann die Vorserienfertigung. Und am 17. Juni 1970 wurde der anfänglich nur zweitürig gebaute Range Rover der Öffentlichkeit vorgestellt.

Typisch für britische Automobilklassiker wie den Range Rover haben in seiner weiteren Geschichte Ausländer als Hausherrn kräftig mitgemischt. Als Rover BMW gehörte, waren es auch Deutsche. Zurzeit sind es Inder. 2008 erwarb Indiens größter Automobilhersteller Tata Motors ne-



Range Rover Foto: Alexander Migl

ben Jaguar Cars nämlich auch Land Rover. 2013 wurden die beiden Tochterunternehmen zu Jaguar Land Rover zusammengelegt. Die Ausländer waren jedoch zumindest bislang klug genug, typische Stilelemente beizubehalten, sodass auch die heute gebauten Exemplare noch als Range Rover zu erkennen sind. Manuel Ruoff

VON ERIK LOMMATZSCH

Mitte Mai ist Rolf Hochhuth im Alter von 89 Jahren verstorben. Vor allem durch seine Dramen stand der Schriftsteller über Jahrzehnte immer wieder am Beginn oder im Fokus öffentlicher Debatten. Der „Störenfried“ (so der Titel eines im Sinne Hochhuths und mit seiner Unterstützung verfassten, wohlwollenden Lebensbildes) wollte provozieren und wusste es auch zu tun, und zwar äußerst erfolgreich. Vorwürfe und Beschuldigungen sprach er gern und reichlich aus.

Zeithistorische Themen waren sein Stoff, er bediente sich vielfach dokumentarischen Materials. Moralisch immer auf der „richtigen“ Seite und von weit oben herab, zeigte Hochhuth gern im Nachhinein, wie die Welt besser hätte funktionieren sollen. Die aufgrund seiner Arbeiten entstandenen Debatten hatten mehrfach konkrete Folgen. Der Duktus seiner oft in Versen verfassten Stücke ist auch beim Lesen durchaus eindrücklich, die Figuren plastisch, zugleich aber oft eindimensional. Die literarische Qualität seiner Arbeit fand weniger Beachtung, umso mehr die politischen Aspekte und die dort behandelte, in die Gegenwart greifende Vergangenheit.

Der 1931 im hessischen Eschwege geborene Hochhuth arbeitete als Buchhändler und Verlagslektor. Ab 1963 wirkte er als freier Autor und lebte in Basel sowie in Berlin. Im Februar desselben Jahres wurde erstmals sein Drama „Der Stellvertreter“ aufgeführt, dem er den Untertitel „Ein christliches Trauerspiel“ gegeben hatte. Gedruckt worden war das Stück erst nach Anlaufschwierigkeiten, der Autor fand in Heinrich Maria Ledig-Rowohl einen Verleger, der sich „getraut“ hat, als das Ganze „schon fast verschimmelte“.

Hart ins Gericht geht Hochhuth in dem Werk mit dem Vatikan, vor allem mit Papst Pius XII., der von 1939 bis 1958 amtierte. Der Kurie wird vorgeworfen, nicht öffentlich die Stimme gegen die Verfolgung und Ermordung der Juden durch die Nationalsozialisten erhoben zu haben. Das „Skandalstück“ war nicht nur ein wesentlicher Auslöser der Diskussion um die Frage der „Schuld“ des Papstes und damit der katholischen Kirche, es kam bei den Vorstellungen auch zu handfesten Tumulten. Gewirkt hat der „Stellvertreter“ bis hinein in die Wissenschaft. Aufgrund der Angriffe des Schriftstellers wurde von interessierter Seite die Forschung verstärkt, sodass eine Reihe von quellenfundierten Werken entstand, die zumindest der Eindeutigkeit von Hochhuths Thesen entgegengestellt werden kann.

1967 feierte mit „Soldaten. Nekrolog auf Genf“ ein weiteres Stück aus der Feder des Provokateurs Premiere. In Anspielung auf die Genfer Konvention übt er



Eindringlich, aber oft auch eindimensional: Rolf Hochhuth bei einem Auftritt während der Leipziger Buchmesse 2006

Foto: pa

ZEITGESCHICHTE

Gern Moral, aber Hauptsache Skandal

„Stellvertreter“, „furchtbarer ‚Jurist‘“ und Verständnis für einen Mord – in der öffentlichen Debatte war Rolf Hochhuth immer wieder präsent

massive Kritik am britischen Premier Winston Churchill wegen der Luftangriffe auf deutsche Städte. Zudem legt er den Verdacht nahe, dass Churchill für den Tod des polnischen Exil-Ministerpräsidenten verantwortlich gewesen sei, da dieser seiner Allianz mit Stalin im Weg gestanden habe. Heftiger Widerspruch kam vor allem aus England. Hochhuth sah sich nicht zum ersten und bei Weitem auch nicht zum letzten Mal mit juristischen Auseinandersetzungen konfrontiert.

Der Sturz von Hans Filbinger

Einen Prozess zog auch eine Veröffentlichung Hochhuths nach sich, die am Anfang einer Reihe von Ereignissen stand, deren Höhepunkt der Rücktritt des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger im August 1978 sein sollte. Ausstrahlung hatten die Vorgänge weit über das Bundesland hinaus.

Dabei erscheint der ursprüngliche Anlass marginal. In einem Vorabdruck aus Hochhuths Roman „Eine Liebe in Deutschland“, welcher in der „Zeit“ erschien, nahm er lediglich an einer Stelle Bezug auf Filbingers Tätigkeit als Marinerichter im Dritten Reich und dessen Vergangenheit. Dieser sei „ein so furchtbarer ‚Jurist‘ gewesen“, dass er „als Hitlers Marine-Richter“ nach Kriegsende „noch in britischer Gefangenschaft nach Hitlers Tod einen deutschen Matrosen mit Nazi-Gesetzen verfolgt hat“.

Hochhuths Wiedergabe der Zusammenhänge ist nur bedingt korrekt. Filbingers Wirken nach der Kapitulation erklärte sich mit dem Wunsch der Briten, dass er, wie andere Militärjuristen, während der Internierung in Norwegen sein Amt weiterführen sollte. Allerdings wurde gerichtlich festgestellt, dass die Bezeichnung „furchtbarer ‚Jurist‘“ von der Meinungsfreiheit gedeckt sei. Vor allem aber

führte die Klage des Ministerpräsidenten gegen Hochhuth zu weiteren Recherchen, bald nicht mehr nur vonseiten des Schriftstellers. Filbingers Tätigkeit als Marinerichter im Dritten Reich wurde zum Gegenstand der öffentlichen Diskussion.

Schlagzeilen für Hochhuth gab es auch nach der deutschen Vereinigung. 1993 veröffentlichte er „Wessis in Weimar“, 2003 „McKinsey kommt“. In beiden Theaterstücken verwendet er ein Zitat des Kulturhistorikers Jacob Burckhardt (1818–1897), welches unter anderem besagt, dass „man Richter in eigener Sache“ werde, „bei Abwesenheit aller legalen Rechtsmittel“. Hochhuth sah sich mit Vorwürfen konfrontiert, er habe in seinen Stücken sowohl den Mord an Treuhand-Präsident Detlev Karsten Rohwedder im April 1991 gerechtfertigt als auch Verständnis für einen – potenziellen – Anschlag auf den damaligen Deutsche-Bank-Chef Josef

Ackermann geäußert. Hochhuth bestritt dies. Was Rohwedder anbetreffe, versuche er „nur zu erklären, warum es Menschen gibt, die auf ihn geschossen haben“.

Eine Vielzahl weiterer Werke entstammten der Feder Hochhuths. So etwa „Effis Nacht“, ein fiktiver Monolog der 90-jährigen Krankenschwester Elisabeth von Ardenne (1853–1952) – bekannt als Vorbild für Fontanes „Effi Briest“ – am Bett eines sterbenden Soldaten, oder eine Erzählung über den genialen Informatik-Pionier Alan Turing (1912–1954) und dessen tragischen Tod. Erfolgreich setzte er sich für die Erinnerung an den Hitler-Attentäter Georg Elser ein. Skandalpotenzial barg derartiges jedoch weniger. Der Einsatz für die „gute Sache“, vor allem Provokation und Aufmerksamkeit an sich, hatten für Hochhuth stets einen sehr hohen Stellenwert. Zugestehen muss man ihm, dass sein Werk nicht ohne Wirkung geblieben ist.

AUSSERIRDISCHE

Im schlimmsten Fall droht uns allen die Vernichtung

Mit Eifer suchen Forscher Kontakt zu intelligentem Leben im All – Aber was geschieht, wenn die Suche Erfolg hat?

Willkommenskultur einmal anders: In ihrem Essay mit dem Titel „Exosozilogie“ philosophieren Michael Schetsche und Andreas Anton vom Institut für Grenzgebiete der Psychologie und Psychohygiene der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg über die Frage, wie das Szenario eines Erstkontakts mit Außerirdischen aussehen könnte. Bemerkenswerterweise erschien der Aufsatz nicht etwa in einer Publikation von UFO-Gläubigen oder Science-Fiction-Anhängern, sondern in einer Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“. Die wird immerhin von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegeben, einer nachgeordneten Behörde des Bundesministeriums des Innern.

Der Aufsatz der beiden Wissenschaftler soll also offenbar das Bewusstsein der Politiker und Abgeordneten dafür schärfen, was passiert, wenn Fremde statt aus anderen Regionen der Erde plötzlich von entfernten Planeten nach Deutschland kommen. Denn natürlich muss die Bundesrepublik auch für diesen Fall gerüstet sein. Das klingt bizarr – ist es aber nicht. Das zeigen Schetsche und Anton auf durchaus plausible Art und Weise.

Drei Szenarien erscheinen denkbar

Ihrer Meinung nach handelt es sich beim Erstkontakt mit Außerirdischen um ein sogenanntes Wild-Card-Ereignis. Dessen Eintreffen sei zwar sehr wenig wahrscheinlich, hätte aber gravierende Auswir-

kungen auf unser Leben, wenn es doch dazu käme. Dabei halten die Autoren drei Szenarien für möglich.

Zum Ersten könnten die Radioteleskope, welche in den Kosmos hinauslauschen, Nachrichten von vernunftbegabten Wesen empfangen (Signalszenario). Das würde allerdings zunächst nur geringe Folgen zeitigen. Denn uns verbliebe genügend Zeit, um Vorkehrungen für mögliche spätere Kontakte zu treffen.

Dann bestünde die Möglichkeit, dass Wissenschaftler eindeutige Beweise dafür finden, dass Außerirdische vor mehr oder weniger langer Zeit auf der Erde oder zumindest im Sonnensystem weilten (Artefaktzenario). Auch dann gäbe es keinen unmittelbaren Handlungsdruck.

Schließlich müsse man aber auch mit einer plötzlichen Ankunft der Aliens auf unserem Planeten oder eben hierzulande rechnen (Begegnungsszenario). Das wäre dann eine höchst komplexe und gefährliche Situation, da es neben den Menschen weitere Akteure gäbe, deren Denken und Handeln wahrscheinlich niemand hier verstünde. Außerdem müsse man logischerweise von einem asymmetrischen Zusammentreffen ausgehen. Die Außerirdischen seien dem Homo sapiens ganz sicher haushoch überlegen, denn im Gegensatz zu uns hätten sie es ja vermocht, unvorstellbar große Distanzen zu überwinden. Das ist nicht machbar ohne überragende technische Fähigkeiten sowie unter Umständen auch physische und

mentale Eigenschaften, von denen wir Menschen nur träumen können.

Dieses Analyseergebnis bereitet den Autoren Sorge: Bestenfalls käme es nur zu etlichen ökonomischen und ideologischen „Störereignissen“, schlimmstenfalls drohe uns allen die Vernichtung. Daher müssten Nutzen und Risiken der Suche nach Aliens vorurteilsfrei diskutiert und der Zivil- beziehungsweise Katastrophenschutz entsprechend vorbereitet werden. Dabei steht aber zu befürchten, dass viele Adressaten dieses Appells in Parlament und Bundesregierung angesichts der Bedrohung aus dem All genauso inkompetent, indolent und ignorant reagieren, wie sie es auch bei anderen Gefahren zu tun pflegen.

Wolfgang Kaufmann



WILDSCHWEINE IN ALLENSTEIN

Invasion der Borstentiere

Wegen der Corona-Krise wurden die Tiere nicht bekämpft – Bürger beschwerten sich bei Stadtbehörden

VON EDYTA GLADKOWSKA

Die Einwohner von Allenstein beklagen eine regelrechte Invasion von Wildschweinen. Einige haben sogar Angst, das Haus zu verlassen, wenn die Tiere den Rasen vor ihrem Wohnblock durchwühlen. Die Wildtiere verursachen Schäden in Gärten und Parks. In der Stadt kam es auch schon zu Verkehrsunfällen mit Keilern. Die Tiere halten sich auch nachts in der Stadt auf.

Der Kampf gegen die Wildschweine beschäftigt auch die Politik. Allensteins Oberbürgermeister Piotr Grzymowicz erklärte, dass Wildschweine wegen der Corona-Epidemie nicht hatten gefangen werden können, versprach aber dann Besserung. Bis Mai dieses Jahres hatten bereits über 730 Bürger bei der Stadtverwaltung angerufen und Wildschweine gemeldet. Im vergangenen Sommer hatte die Stadt 50 von 500 Wildschweinen, die sich in Allenstein niedergelassen hatten, gefangen und eingeschläfert.

Stadtbehörde erhielt 750 Anrufe

„Vor der Pandemie befassten sich Stadtwächter mit dem Fangen von Wildschweinen. Jetzt, während der Corona-Krise, steht die Stadtwache unter der Leitung der Polizei, und sie hat andere Aufgaben als das Fangen von Wildschweinen“, sagte Stadtpräsident Piotr Grzymowicz während einer Sitzung des Stadtrats. Er versicherte, dass die Stadt in dieser Angelegenheit mit Förstern handele, die diese Aufgabe übernehmen könnten.

Seit der Ankündigung des Oberbürgermeisters hat sich jedoch nichts geändert. Es wurde noch kein Unternehmen ausgewählt, das sich mit dem Fangen und Einschläfern von Wildschweinen befasst. Die Stadt hat jedoch sechs stationäre und eine mobile Fanganlage aufgestellt. Gehen Tiere in die Falle, wird ein Tierarzt geholt, der sie einschläfert. In diesem Jahr plant die Stadt, 100 Wildschweine zu eliminieren.



Bei der evangelischen Kirche in der Nähe der Allensteiner Burg: Mitten am Tag spaziert eine Bache mit ihren Jungen in der Anlage des Gotteshauses auf der Suche nach Nahrung *Foto: E.G.*

Die Ausbreitung der Wildschweine in Allenstein begann vor über zehn Jahren. Zunächst waren sie nur am Stadtrand zu sehen. Die ersten Bächen, die ihre Jungen in neue Gebiete führten, sorgten für Aufsehen. Viele Baustellen, insbesondere für die Umgehungsstraße, haben die natürlichen Futterplätze der Tiere zerstört, sodass die Wildschweine auf der Suche nach Futter in weitere Stadtteile vordrangen. Das Jahr 2019 war ein Durchbruch: Die Tiere kamen sogar bis zum Rathaus. Da sie aufgrund der Pandemie nicht weiter bekämpft wurden, betrachten die Wildschweine die Stadt offenbar als ihr Territorium. Im Gegensatz zu den Allensteiner Bewohnern zeigen sie keine Angst. Förster und Spezialisten für Tierverhalten sind sich allerdings einig darüber, dass die Menschen weitgehend selbst Schuld an der Invasion der Borstentiere haben. Da viele sie füt-

ten, fühlten sich die Tiere dazu ermutigt, sich in der Stadt einzurichten.

Seit Beginn der Corona-Krise, während der weniger Menschen und Fahrzeuge auf den Straßen unterwegs sind, haben die Wildschweine sich praktisch überall ausgebreitet. Sie gehen am helllichten Tag auf den Straßen oder in der Altstadt spazieren. Die Jäger aus dem Allensteiner Jagdverein des polnischen Jagdverbandes sind sich einig, dass die Herde, die Allenstein übernommen hat, beseitigt werden muss. „Hier wird kein Verjagen etwas bewirken. Sie müssen gejagt werden. Sie fühlen sich in der Stadt zu sicher“, sagte Romulad Amborski, Vorsitzender der Allensteiner Abteilung des polnischen Jagdverbandes.

Bloßes Verjagen hilft nicht mehr

Die Gesellschaft zum Schutz der Tiere fordert jedoch weniger grausame Metho-

den als Abschuss oder Einschläfern. Ihrer Meinung nach sollten alternative Methoden in Betracht gezogen werden, um Wildschweine von der Nahrungssuche in der Stadt abzuhalten.

Die Sprecherin des Allensteiner Rathauses, Marta Bartoszewicz, wies darauf hin, dass Bejagen nicht die einzige Möglichkeit ist, um die Wildschweine loszuwerden. Sie erinnert daran, dass Allenstein jahrelang im Stande war, die Tiere am Rande der Stadt zu halten.

„Wir fordern die Bewohner auf, die Tiere nicht zu füttern, weil sie sich sehr schnell daran gewöhnen und deshalb so gerne zurückkommen, weil sie wissen, dass sie hier Futter bekommen können“, sagt Marta Bartoszewicz. „Wir sind auf einem guten Weg, einen Vertrag mit einem Unternehmen zu unterzeichnen, das in naher Zukunft Wildschweine fangen wird,“ sagt die Rathaussprecherin.

MELDUNGEN

Gradierwerk in Liebemühl

Liebemühl – Die Gemeinde Liebemühl erhält mehr als 790.000 Euro Zuschuss von der EU für den Bau eines Gradierwerkes. Die Kosten des gesamten Bauvorhabens betragen umgerechnet rund 970.000 Euro. Das Gradierwerk, ein Rundbau, wird einen Durchmesser von 40 Metern und eine Höhe von fünf Metern haben. Es soll auch ein zehn Meter hoher Aussichtsturm entstehen. Vor vier Jahren wurden Liebemühl sowie die Dörfer Bürgersee und Tharden als Heilorte anerkannt. Nach dem Bau der entsprechenden Infrastruktur, darunter Heilbetriebe, wird sich die Gemeinde um den Status eines Kurortes bemühen. Es gibt Heilmoores, deren Substanz zur Heilung rheumatischer, orthopädischer und neurologischer Erkrankungen verwandt werden kann. Auch Atemwegserkrankungen können geheilt werden. Heilsberg und Goldap erhielten bereits Fördergelder der EU für die Errichtung von Kuranlagen. Zurzeit ist im südlichen Ostpreußen nur Goldap anerkannter Kurort. Dort können Gäste das Gradierwerk, eine Trinkhalle und Salz-Grotten nutzen. Um den Status eines Kurortes bemühen sich auch Heilsberg und Landsberg. *PAZ*

Schatz in Lyck entdeckt

Lyck – Auf der Hauptstraße in Lyck wurde ein vergrabener Schatz gefunden. Er könnte von einem Kaufmann aus dem 17. Jahrhundert stammen. Mitglieder des Vereins für die historische Erforschung Sudauens entdeckten den seltenen Fund. Die über 500 Münzen stammen aus der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts, haben verschiedene Werte und sind verschiedenen Ländern zuzuordnen. Die Münzen wurden bei Bauarbeiten in der Kaiser-Wilhelm-Straße ausgehoben und zur Siedlung Elisenthal [Koniczki] gebracht. Noch vor den Sommerferien sollen sie im Museum ausgestellt werden. *PAZ*

KULTURFÖRDERUNG

Eine Filiale des Bolschoj-Theaters in Königsberg

Aufgrund eines Dekrets von Wladimir Putin werden in mehreren Städten der Russischen Föderation Kultureinrichtungen gebaut

Ende 2018 wurde auf der Lomse neben dem Stadion, in dem Spiele der Fußballweltmeisterschaft ausgetragen wurden, mit dem Bau eines multifunktionalen Kulturzentrums begonnen. Die Aufgabe, Theater-, Konzert-, Museums- und Bildungszentren in den Regionen zu schaffen, hatte Wladimir Putin in seinem Dekret „Über die nationalen Ziele und strategischen Entwicklungsaufgaben der Russischen Föderation bis 2024“ festgelegt. Städte, in denen die ersten Kultur- und Bildungszentren entstehen, sind: Königsberg [Kaliningrad], Kemerowo, Sewastopol und Wladiwostok. Die Zentren entstehen in Zusammenarbeit mit den größten Museen und Theatern des Landes: der Eremitage, der Tretjakow-Galerie, dem Russischen Museum sowie dem Bolschoj-Theater. Das bereitgestellte Budget für jede Stadt wird auf umgerechnet etwa 400 Millionen Euro geschätzt.



Neben dem Stadion auf der Lomse: Hier entsteht ein neues Kulturzentrum *Foto: J.T.*

Auf der Lomse soll ein Kultur- und Bildungszentrum für das Königsberger Gebiet entstehen mit dem Bildungsschwerpunkt Kultur und Kunst. An den Gebäu-

den, in denen die Studenten der Choreographischen Akademie und der Musikschule wohnen werden, haben Fassadenarbeiten begonnen. Alle Bau- und Ausbau-

arbeiten sollen bis Mitte Juli abgeschlossen sein, sodass der Bildungskomplex bereits am 1. September seine Arbeit aufnehmen kann. Im ersten fertiggestellten Gebäudeteil werden eine Ausbildungsstätte der Moskauer Staatlichen Akademie für Choreographie (MGACH) und der Zentralen Musikschule des Moskauer Staatlichen Tschaikowskij-Konservatoriums (ZMSCH) sowie Konzertsäle untergebracht. Der Komplex wird auch ein allgemeinbildendes Institut mit 550 Plätzen, ein Schwimmbad und ein Studentenwohnheim umfassen. Lehrern, Künstlern und anderen Spezialisten werden von den regionalen Behörden Unterkünfte zur Verfügung gestellt.

Die Bauarbeiten auf dem westlichen Teil des Geländes beginnen ebenfalls. Er umfasst den Museumskomplex der Trestowskij-Galerie, einer Filiale des Bolschoj-

Theaters, des Russischen Staatlichen Instituts für Bühnenkünste (RGIS). Alle Objekte werden sich in einem Park befinden, der ein Ort der Erholung für alle Bürger und Touristen sein soll. Es wird auch kulturelle Räume für Vorträge, Konzerte und Filmvorführungen geben. Der symbolische Grundstein für die Gründung der künftigen Zweigstelle des Bolschoj-Theaters innerhalb des Kulturzentrums wurde Ende Februar dieses Jahres gelegt. Das Projekt sieht einen großen Saal mit 950 Plätzen und einen kleinen mit 300 Plätzen vor. Der Museumskomplex der Tretjakow-Galerie wird eine Fläche von 17.000 Quadratmetern einnehmen, die Ausstellungs- und öffentlichen Räume sowie Restaurierungswerkstätten beherbergen wird. Die vollständige Fertigstellung des neuen Kulturkomplexes auf der Insel ist für 2023 geplant. *Jurij Tschernyschew*

Wir gratulieren...



ZUM 99. GEBURTSTAG

Kaminski, Hildegard, geb. **Dud-da**, aus Lyck, am 18. Juni
Nolting, Margarete, geb. **Althoff**, aus Keipern, Kreis Lyck, am 15. Juni
Stähle, Edeltraud, geb. **Rogalla**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 13. Juni

ZUM 98. GEBURTSTAG

Czymoch, Edeltraud, geb. **Broziewski-Schliesky**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 15. Juni
Hain, Helene, geb. **Heske**, aus Augam, Kreis Preußisch Eylau, am 13. Juni
Samoray, Ilse geb. **Lemke**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 18. Juni

ZUM 97. GEBURTSTAG

Bessel, Else, geb. **Stadie**, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 17. Juni
Izydorezyk, Frieda, geb. **Borkowski**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 16. Juni
Jelinski, Kurt, aus Kelchendorf, Kreis Lyck, am 15. Juni
Kraska, Hanna, geb. **Heise**, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 12. Juni
Krause, Bruno, aus Lyck, Litzmann-Straße 8, am 15. Juni
Steffens, Reinhold, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, am 15. Juni

ZUM 96. GEBURTSTAG

Geiger, Rotraut, geb. **Kessler**, aus Mülsen, Kreis Fischhausen,

am 17. Juni
Klein, Bernhard, aus Richau, Kreis Wehlau, am 14. Juni
Vongehr, Günther, aus Brittanien, Kreis Elchniederung, am 17. Juni

ZUM 95. GEBURTSTAG

Aschmann, Günter, aus Wittenberg, Kreis Preußisch Eylau, am 18. Juni
Kibgies, Walter, aus Treuburg, am 18. Juni
Vogt, Dorothea, geb. **Zöllner**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 17. Juni

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bauer, Erika, geb. **Palm**, aus Grenzberg, Kreis Elchniederung, am 14. Juni
Buchholz, Fritz, aus Groß Keylau, Kreis Wehlau, am 13. Juni
Emmerstorfer, Hildegard, geb. **von Glasow**, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, am 17. Juni
Eybe, Lisa, geb. **Matthes**, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, am 13. Juni
Lange, Elsa, geb. **Voß**, aus Starckenberg, Kreis Wehlau, am 18. Juni
Müller, Lucie, geb. **Mrotzek**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 18. Juni
Wysocki, Manfred, aus Lyck, am 14. Juni

ZUM 93. GEBURTSTAG

Arnold, Dorothea, geb. **Arndt**, aus Buttenhagen, Kreis Elchniederung, am 16. Juni
Föllmann, Erich, aus Windkeim, Adlig Pohren, Kreis Heiligenbeil, am 12. Juni
Katzmarzik, Gerhard, aus Magdalen, Kreis Neidenburg, am 15. Juni
Kuß, Erich, aus Kleinkosel, Kreis

Neidenburg, am 14. Juni
Schrader, Helmut, aus Gründann, Kreis Elchniederung, am 15. Juni
Steinmann, Anneliese, geb. **Nowtzyk**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 17. Juni

ZUM 92. GEBURTSTAG

Brosda, Johannes, aus Ortelsburg, am 17. Juni
Katschmarek, Hildegard, geb. **Offschany**, aus Berndhöfen, Kreis Lyck, am 16. Juni
Moneta, Dr. Erich, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 13. Juni
Pilath, Herta, geb. **Domanski**, aus Ortelsburg, am 12. Juni
Stanzick, Hertha, aus Antonswiese, Kreis Elchniederung, am 14. Juni
Timm, Ruth, geb. **Kapeller**, aus Schützenort, Kreis Ebenrode, am 14. Juni
Vogelgesang, Herbert, aus Brittanien, Kreis Elchniederung, am 12. Juni

ZUM 91. GEBURTSTAG

Dzieran, Hans, aus Kloken, Kreis Elchniederung, am 15. Juni
Lohs, Renate, geb. **Gajewski**, aus Lyck, Hindenburgstraße 60, am 12. Juni
Losch, Günter, aus Treuburg, am 13. Juni
Nelius, Margarete, geb. **Warstat**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 16. Juni
Nikutta, Wilhelm, aus Schwarzenofen, Kreis Neidenburg, am 13. Juni
Palkies, Bruno, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 18. Juni
Petersen, Ilse, geb. **Pultke**, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, am 16. Juni
Pilz, Irmgard, geb. **Schwermer**, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, am 18. Juni
Rehfeldt, Bruno, aus Lyck und aus Ruckenfeld, Kreis Elchniederung, am 16. Juni
Schiffner, Edeltrud, geb. **Domrowsky**, aus Schenken, Kreis Wehlau, am 18. Juni
Siebert, Walter, geb. **Hochweiler**, aus Kreis Schloßberg, am 18. Juni

Wadewitz, Hildegard, geb. **Brozio/Arndt**, aus Keipern, Kreis Lyck, am 15. Juni
Warias, Katharina, geb. **Sontopski**, aus Skurpien, Kreis Neidenburg, am 14. Juni

ZUM 90. GEBURTSTAG

Buehler, Hildegard, geb. **Brandtner**, aus Hochmühlen, Kreis Ebenrode, am 13. Juni
Busch, Erika, geb. **Waschulewski**, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 13. Juni
Edling, Hildegard, geb. **Sanio**, aus Berndhöfen, Kreis Lyck, am 15. Juni
Jeckstadt, Helmut, aus Beinicken, Kreis Schloßberg, am 15. Mai
Kargoll, Erika, geb. **Rausch**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 12. Juni
Löffelmacher, Manfred, aus Elbing, am 19. Juni
Lunau, Klaus, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 15. Juni
Mattner, Irmgard, aus Lyck, am 17. Juni
Nowinski, Käthe, geb. **Meyer**, aus Magdalen, Kreis Neidenburg, am 13. Juni
Pietruk, Ulrich, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 18. Juni
Schalwat, Frieda, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, am 12. Juni
Scharlowsky, Giesela, geb. **Schmischke**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 18. Juni
Schmidt, Friedel, geb. **Schulz**, aus Tranatenberg, Kreis Elchniederung, am 18. Juni
Seemann, Edith, geb. **Jacksteit**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. Juni
Stobbe, Walter, aus Sangnitten, Kreis Preußisch Eylau, am 15. Juni
Uzkoreit, Traute, geb. **Nauwartat**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 18. Juni
Wetterling, Lotte, geb. **Chlebusch**, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 13. Juni
Ziedorn, Heinz, aus Gundau, Kreis Wehlau, am 16. Juni

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bruns, Margarete, geb. **Heysel**,

aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 12. Juni
Demankowski, Ruth, aus Bergena, Kreis Treuburg, am 16. Juni
Eggert, Telse, geb. **Peters**, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 12. Juni
Friedrich, Margot, geb. **Höchst**, aus Ebenrode, am 16. Juni
Gelies, Marianne, aus Argendorf, Kreis Elchniederung, am 16. Juni
Grimme, Edeltraud, geb. **Szpannek**, aus Reuschenwerder, Kreis Neidenburg, am 16. Juni
Gruber, Friedel-Karl, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, am 16. Juni
Grünwald, Erika, geb. **Czwali-na**, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 14. Juni
Jabs, Brunhilde, geb. **Kamann**, aus Gerhardsweide, Kreis Elchniederung, am 13. Juni
Klemens, Ulrich, aus Ansoerge, Kreis Elchniederung, am 15. Juni
Kohl, Waltraud, geb. **Mantei**, aus Partheinen/Mükkühnen, Kreis Heiligenbeil, am 15. Juni
Krell, Ingeburg, geb. **Sobotka**, aus Mohrunen, am 15. Juni
Kübeck, Traute, geb. **Gentz**, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 14. Juni
Lankat, Günter, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 16. Juni
Liebich, Annemarie, geb. **Rogalsky**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 16. Juni
Lorenz, Christa, geb. **Dück**, aus Kilianen, Kreis Treuburg, am 18. Juni
Nischk, Charlotte Luise, geb. **Powierski**, aus Neidenburg, am 18. Juni
Nogga, Helmut, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 17. Juni
Preuß, Heidrun, geb. **Nadler**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 14. Juni
Puschwadt, Heinz, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 13. Juni
Raffalsky, Udo, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 15. Juni
Reul, Gisela, geb. **Christoff**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 17. Juni
Rodmann, Horst, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 15. Juni
Rödiger, Hildegard, geb. **Steinbacher**, aus Walddorf, Kreis Schloßberg, am 12. Mai

Schillinger, Ruth, geb. **Samorsli**, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 17. Juni
Schneider, Inge, geb. **Sayk**, aus Groß Degesen, Kreis Ebenrode, am 12. Juni
Schulz, Dieter, aus Wehlau, am 16. Juni
Traulsen, Irmgard, geb. **Hein**, aus Ahlgarten, Kreis Elchniederung, am 16. Juni
Wackermann, Ulrich, aus Lyck, am 16. Juni
Will, Helga, geb. **Dunkel**, aus Motterau, Kreis Wehlau, am 12. Juni
Witt, Christel, geb. **Albat**, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, am 18. Juni

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bielichen, Anni, geb. **Schiller**, aus Grossdorf, Kreis Neidenburg, am 16. Juni
Bittner, Erika, aus Wehlau, am 13. Juni
Eifler, Herbert, aus Aschpalten, Kreis Elchniederung, am 14. Juni
Hahnke, Günther, aus Bärwalde, Kreis Fischhausen, am 13. Juni
Hüttner, Else, geb. **Saunus**, aus Rokitten, Kreis Elchniederung, am 13. Juni
Lorenz, Siegfried, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 17. Juni
Müller, Dora, geb. **Schröder**, aus Germau, Kreis Fischhausen, am 18. Juni
Schormann, Herma, geb. **Neumann**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 14. Juni

ZUM 75. GEBURTSTAG

Hauck, Heidemarie, geb. **Symanzik**, aus Müllersbrück, Kreis Treuburg, am 18. Juni
Winkelmann, Hartmut, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 15. Juni

PAZ wirkt!

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. im Jahr 2020

Die 8. Ostpreußische Sommerolympiade in Heilsberg im Juni muss wegen der Corona-Pandemie leider ebenso ausfallen wie der **Festakt „100 Jahre Volksabstimmung“** in Allenstein und das **Ostpreußische Sommerfest** in Wuttrienen im Juli.

Weiterhin geplant sind...

18. bis 20. September:

Geschichtsseminar in Helmstedt

5. bis 11. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

17. Oktober: 10. Deutsch-Russisches Forum in Lüneburg (geschlossener Teilnehmerkreis)

6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden der LO (geschlossener Teilnehmerkreis)

7./8. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)

8. bis 11. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Bitte vormerken für 2021 Jahrestreffen der Ostpreußen, 5. Juni 2021, CongressPark Wolfsburg

Wegen der Corona-Krise kann es auch weiterhin zu Absagen einzelner Veranstaltungen kommen. Bitte informieren Sie sich vorab bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de oder im Internet unter www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Zusendungen für die Ausgabe 26/2020

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 26/2020 (Erstverkaufstag 26. Juni) bis spätestens Dienstag, den 16. Juni 2020, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: renker@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Liebevoll gestaltete Gesichtsmaske mit „Elchschaufel-Design“

Not macht erfinderisch. Seitdem die Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes besteht, haben unzählige kreative Gestalter die vielfältigsten Maskenmodelle gefertigt und aus den lästigen Utensilien halbwegs ansprechende Accessoires entwickelt. Ab sofort gibt es die Gesichtsmasken auch mit Elchschaufel!

Die zweilagige Ostpreußen-Maske besteht aus weißem Stoff (Material jeweils 100 Prozent Baumwolle und 100 Prozent Polyester) mit schwarzem Aufdruck. Die Maske wird durch Bügeln bei maximal 150 Grad oder Waschen bei 60 Grad sterilisiert und ist somit wiederverwendbar. Sie hat zwei Gummischlaufen zum Tragen über den Ohren. Herkunftsland ist Ungarn.

Das Bedecken Ihres Gesichts mit der Ostpreußen-Maske kann dabei helfen, die Verbreitung des Coronavirus anderen gegenüber zu reduzieren. Bitte beachten Sie jedoch, dass die Maske nur ein einfacher Schutz ist und keine vollständige Sicherheit zur Abwehr gegen Viren bildet und auch keinen Virusfilter hat. Bitte sterilisieren Sie diese Maske nach spätestens 4-stündiger Tragedauer!

Eine Haftung vonseiten der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* oder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. ist ausgeschlossen.

Der Preis per Stück beträgt 4,50 Euro, zzgl. Verpackungs- und Versandkosten in Höhe von 2,- Euro. Wir freuen uns über Ihre **Bestellung** unter folgender E-Mail Adresse: selke@paz.de oder telefonisch unter **(040)414008-0**.



Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Baden-Württemberg
Vorsitzende: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Tel.: 0711 - 85 40 93, uta.luetlich@web.de
Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219 (Sprechstunden nach Vereinbarung)

Göppingen – Es gibt mal wieder ein Lebenszeichen in diesen Corona-Wochen von der Frauengruppe der Landsmannschaft Göppingen. Es war ja Anfang März, als alles auf Eis gelegt wurde, und jetzt, nach dem man sich wieder mit Anderen treffen darf, hat sich Frau Pallas überlegt, ob das nicht eine Chance für die Frauengruppe wäre.

Wir riefen dann alle unsere Frauen an, besprachen mit Ihnen den Vorschlag und warteten auf Rückruf. Da wir ja einen sehr hohen Altersdurchschnitt haben, war uns aber schon klar, dass einige der Frauen vielleicht doch noch nicht bereit sein würden, zu kommen. Teilweise müssten sie öffentliche Verkehrsmittel nehmen – und dann die Maskenpflicht, da tun sich viele schwer. Es waren dann doch fünf Frauen, die bereit waren, sich in unserem Stammlokal mit Frau Pallas zu treffen. Das klappte auch gut, mit Abstandhalten, und dann bei diesem schönen Wetter saßen wir natürlich auf der Außenterrasse.

Wir hatten uns zu einem gemeinsamen Mittagessen, ganz ohne das sonst so gewohnte Programm, verabredet. Auch der Wirt war erfreut, mal ein paar Gäste mehr bewirten zu können. Im nächsten Monat werden wir es dann noch einmal versuchen, vielleicht trauen sich ja dann einige Frauen mehr zu uns zu kommen. Im Hinterkopf haben wir ja auch unsere 70-Jahr-Feier des Bestehens der Göppinger Frauengruppe. Nun hoffen wir, dass bis zu diesem Termin im Herbst, so es dann

wieder möglich sein wird, ein solches Jubiläum miteinander feiern zu können. Diesmal gab es dann wenigstens noch ein gemeinsames Foto von uns Pionieren, denn wir waren alle sehr froh, uns gesund wiederzusehen und auch persönliche Gespräche führen zu können.

Der Nachtisch, den wir genießen konnten, wurde uns von Frau Korn, einem Mitglied der Vorstandschaft der Göppinger Kreisgruppe, als nachträglichen Gruß von ihrem 75. Geburtstag gespendet. Sie selber konnte leider an diesem Treffen auch nicht teilnehmen. Ja, es scheint alles so in der Auflösung begriffen. Trotzdem hat Frau Pallas die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass es zu einem späteren Zeitpunkt wieder regelmäßige Treffen mit vielen interessanten und kulturellen Themen aus der alten Heimat geben wird. Es wäre so schade, wenn all diese gewachsenen Verbindungen sich einfach so auflösen würden und es dann keine greifbaren Erinnerungen mehr zur Landsmannschaft und zu unserer ostpreußischen Heimat geben würde.

Dem wollten wir Frauen widersprechen – und haben uns also einfach mal getraut! Auch wenn es anders ablief als bei früheren Treffen, so war bei uns doch die Freude an der Teilnahme richtig zu spüren. *Ina Meister*

Wir bedauern sehr, dass wir bis auf weiteres keine persönlichen Begegnungen durchführen können, und wünschen allen Mitgliedern und Freunden unserer Landsmannschaft gesundheitlich alles Gute!



Hessen
Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151) 148788

Lichtbildvortrag „Eine Reise in unsere Heimat“

Wetzlar – „Eine Reise in unsere Heimat“, so ist ein Lichtbildvortrag am Montag, 14. September, um 13 Uhr in der Gaststätte „Grillstuben“ (Stoppelberger Hohl 128) überschrieben. Von ihrer Fahrt berichten Margit Sandner und Brigitte Strähler (Wetzlar) beim Treffen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen – Kreisgruppe Wetzlar. Der Eintritt ist frei.

Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.



Schleswig-Holstein
Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Dittchenbühne: Neustart für Theater und Kurse

Elmshorn – Der Juni fängt gut an: Langsam kehrt das normale Theater- und Vereinsleben wieder ins Elmshorner „Forum Baltikum - Dittchenbühne“ zurück – ein Neustart.

Das Büro der Dittchenbühne teilte jetzt mit, dass nicht nur die Theaterkurse und die Proben für die neue Inszenierung des „Koper-

nikus“ wieder angelaufen seien, sondern dass sich auch die Gruppe „Englische Konversation“ ab 11. Juni 2020 wieder jeden Donnerstag trifft. Und: Der letzte Termin der Frühjahrschule am 17./18. Juni 2020 findet im Festsaal des Mehrgenerationenhauses statt.

Dittchenbühnen-Chef Raimar Neufeldt unterstreicht: „Für alle Veranstaltungen liegt ein Hygienekonzept auf der Grundlage der Behördenanforderungen vor!“

Flensburg – Vereinigte Landsmannschaften Flensburg e.V.: Am 28. Mai fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, um den vakanten Posten des Stv. Vorsitzenden der VLM Flensburg zu besetzen und einige offene Fragen anzusprechen (bei der ordentlichen Mitgliederversammlung Anfang des Jahres hatte es keine Kandidatur gegeben).

Anwesend waren 24 Mitglieder, gewählt wurde mit allen Stimmen bei eigener Enthaltung Wolfgang Kanstorf. Somit ist der Vorstand komplett. Darüberhinaus wurde die Absage der für den 18. Juni vorgesehenen „Fahrt mit Überraschungen“ bestimmt. Der 1. Vorsitzende gab den Mitgliedern die Überlegung mit auf den Weg, ob die Form eines „eingetragenen Vereins (e.V.)“ weiterhin notwendig oder wenigstens sinnvoll sei.



Bund Junges Ostpreußen
Vorsitzender: Tobias Link
Gst.: Buchstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Mail: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de

Anlässlich des 100-jährigen Jubiläums der Volksabstimmung im südlichen Ostpreußen kam Wilhelm Kreuer, ehemals Vorsitzender der LO-Landesgruppe Nordrhein-Westfalen, der Gedanke, zur Erinnerung an diese historische Bege-

benheit eine Sonderbriefmarke zu gestalten. Diese Idee teilte er mit dem BJO, und dieser entschloss sich, das Projekt in Angriff zu nehmen. Daraufhin hat sich ein Arbeitskreis gebildet, der sich mit der Gestaltung der Motive beschäftigt und gern weitere Vorschläge entgegennimmt sowie auch für Interessenten, die sich auch einbringen mögen, offen ist.

Bei Interesse bitte bei Peter Harder melden. E-Mail-Adresse: harder@junge-ostpreussen.de

Kontakt

Wegen Elternzeit der zuständigen Mitarbeiterin ist bis Ende 2020 Frau Ingrun Renker Ansprechpartnerin für die Heimat-Seiten. Telefon: (040) 41 40 08 - 34 E-Mail: renker@preussische-allgemeine.de Bürozeiten: Dienstag-Donnerstag jeweils von 13-16 Uhr



Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen

Seit Sonnabend, dem **30. Mai**, öffnet die Residenz Ellingen wieder ihre Pforten für den Besucherverkehr. Damit sind auch die Ausstellungsräume des Kulturzentrums Ostpreußen wieder zugänglich. Die inzwischen überall geltenden Abstands- und Hygienemaßnahmen sind natürlich auch hier zu beachten.

Nachdem die Sonderausstellung „**Wilhelm Voigt aus Tilsit – der Hauptmann von Köpenick**“ am 7. März noch glanzvoll mit dem Besuch des „Hauptmanns“ eröffnet werden konnte, war sie nur eine Woche zu sehen, bis es zur Schließung kam. Daher freuen sich der Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen, Wolfgang Freyberg,

und seine Mitarbeiter, nun wieder zahlreiche Besucher willkommen heißen zu dürfen. Es gibt noch eine weitere gute Nachricht hinsichtlich dieser Sonderausstellung: Sie wird bis zum **22. November 2020** verlängert, um auch Interessierten aus der Ferne den Besuch ermöglichen zu können.

Die Öffnungszeiten sowohl für die Sonderausstellung als auch für alle anderen Räumlichkeiten des Kulturzentrums Ostpreußen, sind wie üblich **Dienstag bis Sonntag 10-12 Uhr und 13-17 Uhr**, (auch an den Feiertagen).

Weitere Informationen unter **www.kulturzentrum-ostpreussen.de**

ANZEIGE

Bestellen Sie ganz einfach per Email vertrieb@preussische-allgemeine.de

Preussische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die Prämie Nr. 1 oder Prämie Nr. 2.

Name/Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.preussische-allgemeine.de.

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
 BIC: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Kritisch, konstruktiv, Klartext für Deutschland.

Die PAZ ist eine einzigartige Stimme in der deutschen Medienlandschaft. Lesen auch Sie die PAZ im Abonnement und sichern Sie sich damit die speziellen PAZ-Prämie!

Prämie 1 Leuchtglobus

Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefebene, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farb-abstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.

Prämie 2 Renaissance-Leuchtglobus

Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfond, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdecker-routen von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Preussische Allgemeine Zeitung. Die Wochenzeitung für Deutschland.

Heimatkreisgemeinschaften


Allenstein-Stadt

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach **Gst.:** Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Tel.: 0209 - 29 131, StadtAllenstein@t-online.de

65. Jahrestreffen der Stadtgemeinschaft Allenstein, am 11. und 12. September in Gelsenkirchen-Schloss Horst


Angerburg

Kreisvertreter: Wolfgang Schiemann, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Tel.: 04261 - 983-31 00; Fax: 04261 - 983 -31 01, kreisgemeinschaft.angerburg@lk-row.de

Hilfe für die Sozialstation in Angerburg

Die deutsche Minderheit in Angerburg betreibt zusammen mit der Stadt Angerburg (Węgorzewo) und mit Unterstützung der Kreisgemeinschaft Angerburg und des Landkreises Rotenburg (Wümme) seit 25 Jahren eine Sozialstation in Angerburg. Diese Einrichtung unterstützt alle hilfebedürftigen Menschen dieser Region. Da die finanziellen Möglichkeiten begrenzt sind, freuen sich die Verantwortlichen immer über Sach- und Geldspenden. Eine besonders große Unterstützung ist die Tschernobylhilfe Rotenburg (Wümme) e.V.

Der 1996 gegründete Verein zählt heute 15 Mitglieder und hat sich in den ersten zehn Jahren um die Menschen im weißrussischen Gomel gekümmert. Aufgrund der Kosten und hoher bürokratischer Hürden werden seit 2006 nur noch Sozialstationen in Ostpreußen angesteuert.

Dass die Menschen eines EU-Mitgliedsstaates überhaupt die Hilfe einer solchen Einrichtung benötigen, wird von Außenstehenden oft hinterfragt. „Die Arbeitslosenquote liegt dort deutlich über 20 Prozent, die Versorgung der Menschen ohne festen Job und auch die Renten fallen äußerst schmal aus. Diese Unterstützung ist nach wie vor nicht den Preisen angepasst, die die Polen zu zahlen haben“, sagt Rudolf Schwiebert, Schatzmeister des Vereins. In den Städten sehe es anders aus. Aber auf dem Lande habe vor allem die ältere Bevölkerung zu leiden.

In diesem Jahr findet der 16. Transport nach Ostpreußen statt. Über 150 Tonnen Hilfsgüter, darunter Kleidung und medizinische Hilfsmittel, wie Toiletten- oder Rollstühle, Rollatoren und Gehstützen, hat der kleine Verein nicht nur der Sozialstation in Angerburg, sondern auch nach Rastenburg und Lötzen geliefert.

Die Tätigkeit der Tschernobylhilfe hat aber auch selbst großzügige Unterstützer. So kann eine Halle in der Rotenburger Lent-Kaserne für die Lagerung und Sortierung der gespendeten Hilfsgüter genutzt werden, und die Firma Oetjen Logistik GmbH stellt schon seit mehreren Jahren einen Lastwagen mit Anhänger für den Transport zur Verfügung. Die

Treibstoffkosten wiederum werden von den Kreisgemeinschaften Angerburg, Rastenburg und Lötzen finanziert.

Jeweils eine Woche sind die Helfer des Vereins jedes Jahr unterwegs. Eine Woche, für die vor allem viele Menschen in Ostpreußen besonders dankbar sind.

Michael Meye


Bartenstein

Kreisvertreter: Christian v. der Groeben, Ringstraße 45, 97950 Großrinderfeld, Tel.: 09349 - 929 252, Fax: 09349 - 929 253, csgroeben@gmx.de

Kreistreffen

Trotz der aktuellen Corona-Krise ist die Heimatkreisgemeinschaft Bartenstein optimistisch, am 5. September das geplante Kreistreffen in Nienburg im „Hotel zur Krone“ mit einem neugewählten (verjüngten) Vorstand durchführen zu können.


Ebenrode

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 32657 Lemgo, Tel.: 05261 - 8 81 39, Gerhard.kuebart@googlemail.com

Das in Winsen/Luhe am 20. Juni 2020 geplante Ostpreußentreffen, die Mitgliederversammlung und die Kreistagssitzung müssen wegen der Covid 19-Pandemie leider ausfallen. Ein neuer Termin für die Mitgliederversammlung kann erst bestimmt werden, wenn die Reise- und Versammlungsbeschränkungen aufgehoben werden. Bitte denken Sie daran, bestellte Zimmer zu stornieren.

Wir wünschen weiterhin gute Gesundheit.

Der Vorstand


Gerdauen

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Telefon: 0151 - 12 30 53 77; Fax: 03 90 00 - 5 13 17, **Gst.:** Doris Biewald, Blümlerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon: 0341 - 960 09 87, geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de

3.-4. Oktober 2020 Hauptkreistreffen in Bad Nenndorf, Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 22.


Goldap

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax: (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. **Geschäftsstelle:** Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de

18. bis 20. September 2020 Goldaper Heimattreffen in Stade **21. bis 24. September 2020 Kirchspieltreffen Gurnen** in Boltenhagen


Heiligenbeil

Kreisvertreter: Erster Stellvertretender Kreisvertreter (Geschäftsführender Vorsitzender): Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. **Zweite Stellvertretende Kreisvertreterin:** Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, E-Mail: reyvio@web.de. **Schriftleiterin:** Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Seit dem Wochenende ist nun endlich klar, dass wir unsere Kreistags- und Vorstandssitzung Ende Juni 2020 in Burgdorf durchführen können.

Kreistags- und Vorstandssitzung, Freitag, 26. Juni 2020, bis Sonntag, 28. Juni 2020, im Hotel „Haase“, Lehrter Str. 12, 31303 Burgdorf, Telefon: (05136) 88790, E-Mail: info@hotel-gasthaus-haase.de


Johannsburg

Kreisvertreter: Klaus Downar, An der Grubenbahn 21, 01662 Meißen, Telefon (03521) 4592901 **Internet:** www.kreisgemeinschaft-johannsburg.de; E-Mail: kodo48@aol.com; **Kassenverwalter:** Günter Woyzechowski, Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63438, E-Mail: g.awoy@htp-tel.de

6. September 2020: 65. Hauptkreistreffen in Dortmund

Im Oktober findet eine Betreuungsfahrt Stadt- und Landkreis Johannsburg statt.


Königsberg-Land

Kreisvertreterin: Dr. Bärbel Beutner, Käthe-Kollwitz-Ring 24, 59423 Unna, Telefon (02303) 14017, E-Mail: dr.beutner@t-online.de. **Geschäftsstelle:** Ralf Woitschikowski, Bergkirchener Straße 21, 32429 Minden, Telefon (0571) 5091022

Die Geschäftsstelle der Heimatkreisgemeinschaft Landkreis Königsberg (Pr.) in Minden ist aufgelöst worden.

Ab sofort kann das Werk „Die Kämpfe um Ostpreußen und das Samland“ von Helmut Borkowski unter folgender Adresse bestellt werden: Dr. Bärbel Beutner, Käthe-Kollwitz-Ring 24, 59423 Unna/Westf., Telefon (02303)14017, E-Mail: dr.beutner@t-online.de

Über weitere Bestände werden noch Informationen erfolgen.

**PAZ
wirkt!**


Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. **Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Hauptkreistreffen in Hagen am 29. und 30. August 2020
Lycker-Treffen in Bremen am 12. November 2020


Mohrungen

Kreisvertreter: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. **Stellv. Kreisvertreterin:** Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. **Schatzmeister:** Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. **Geschäftsstelle:** Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365

Studentin bittet um Mithilfe

Josephina Strößner bittet um Unterstützung für ihre Examensarbeit. Sie studiert Musik und Französisch für das gymnasiale Lehramt in Rostock. Mit ihrer Arbeit möchte sie sich Musik und Brauchtum Ostpreußens zuwenden. Ihr Interesse an der Themenwahl rührt aus der Flucht der Großmutter und deren Familie im Jahr 1945 aus dem Kreis Mohrungen nach Oberfranken.

Die Forschung für die Arbeit basiert insbesondere auf Dokumenten von Vereinen, welche sich ostpreußischer Musik und dem Brauchtum widmen, aber auch privat organisierte Treffen oder ähnliches zum Erhalt dieses Kulturgutes sind von Interesse.

Gesucht werden (alte) Konzert-/Festprogramme oder Unterlagen wie Zeitungsausschnitte, die musikalische Aktivitäten, Tänze oder ähnliches im Ablauf stehen haben. Danke für Ihre Hilfe!

Kontakt: Josephina Strößner, E-Mail: josephina.stroessner@hmt-rostock.de

Das diesjährige Heimatkreistreffen der Kreisgemeinschaft Mohrungen e.V. findet am 19. und 20.9.2020 in Bad Nenndorf, Hotel Esplanade L'ORANGERIE, Bahnhofstraße 8, statt.

Am 19. September findet die öffentliche Sitzung des 9. Kreistages statt. Ab 13.00 Uhr ist Einlass in die Veranstaltungsräume.

Die Feierstunde mit einem interessanten Programmablauf und die Mitgliederversammlung finden am 20. September statt.


Neidenburg

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de. **Stellvertreter:** Frank Jork, Oberbörry 18, 31860 Emmerthal-Börry, Telefon (0171) 7086334

(Weiter auf Seite 17)



Heimatliche Landeskunde In ihrer Examensarbeit widmet sich die Studentin Josephina Strößner dem ostpreußischen Brauchtum und bittet dafür um Mithilfe (siehe Meldung links). Das obige Bild zeigt eine Zeichnung des Ostpreußischen Schulvereins mit Frauen in Trachten (um 1900 bis 1915).

Foto: Bildarchiv Ostpreußen

Ostpreußisches Landesmuseum


Abends ins Museum: Kulturgenuss mit Abstand
Nach der Arbeit direkt ins Museum und den Alltag mit Kulturgenuss hinter sich lassen: Das Ostpreußische Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung heißt Besucherinnen und Besucher ab dem 17.06.2020 jeden Mittwoch mit verlängerten Öffnungszeiten bis 21 Uhr zu der Aktion „Chill Out im Museum/Art“ willkommen. Genug von Online-Angeboten und dem Erleben von Kultur auf Distanz – wir laden Sie dazu ein, das Museum mit einem bereit gestellten Getränk in entspannter Atmosphäre zu entdecken und bieten Kulturerleben dort, wo noch Alternativen in Form von Abendunterhaltung fehlen. Verbringen Sie die Abendstunden mit alleinigem Kulturgenuss oder im gemütlichen Austausch mit Freunden.

Abends ins Museum: Kulturgenuss mit Abstand
Nach der Arbeit direkt ins Museum und den Alltag mit Kulturgenuss hinter sich lassen: Das Ostpreußische Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung heißt Besucherinnen und Besucher ab dem 17.06.2020 jeden Mittwoch mit verlängerten Öffnungszeiten bis 21 Uhr zu der Aktion „Chill Out im Museum/Art“ willkommen. Genug von Online-Angeboten und dem Erleben von Kultur auf Distanz – wir laden Sie dazu ein, das Museum mit einem bereit gestellten Getränk in entspannter Atmosphäre zu entdecken und bieten Kulturerleben dort, wo noch Alternativen in Form von Abendunterhaltung fehlen. Verbringen Sie die Abendstunden mit alleinigem Kulturgenuss oder im gemütlichen Austausch mit Freunden.

In ruhiger Atmosphäre haben Kreative und Freunde des Zeichnens außerdem die Möglichkeit, dem Alltagsstress zu entfliehen und sich von den Objekten und Kunstwerken im Museum zu eigenen Kunstwerken inspirieren zu lassen. Wer keine eigenen Zeichenmaterialien in Form von Papier, Blei- oder Buntstiften mitbringen möchte, kann sich diese im Museum an der Kasse leihen. Auch Sitzgelegenheiten werden gestellt. Füllen Sie Ihr Skizzenbuch zwanglos mit Zeichnungen und Beobachtungen. Die Freude am Zeichnen und Entspannung stehen im Vordergrund. Wir freuen uns über Ihren künstlerischen Blick auf unsere Ausstellung. Für Sicherheit und Ihr Wohlbefinden sorgen, auch in Zeiten von Corona, unsere Hygienemaßnahmen. Eine vorherige Anmeldung ist nicht erforderlich.

Kontakt:
Heiligengeiststraße 38
21335 Lüneburg
Tel.: 04131 759950
info@ol-ig.de
www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Hinweis

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb bitte jeden Wohnungswechsel Ihrer Kreisgemeinschaft. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben.

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

FLUCHT AUS ALLENSTEIN

Bewegtes Leben auf vielen Kontinenten

Der Dokumentarfilmer und Journalist Horst Max Cerni berichtet von seinen Abenteuern

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Der ehemalige Dokumentarfilmer und Journalist Horst Max Cerni (Familiennamen ursprünglich Czernewski, geboren 1935) wuchs mit vier Geschwistern in Allenstein auf, wo sein Vater Ernst ein Ladengeschäft für Damenbekleidung führte. Ab Anfang Januar 1945 wurde Allenstein von den Russen bombardiert. Bevor die Familie am Abend des 21. Januar zu Fuß aus der Stadt flüchtete – ohne den Vater, der kurz vorher an die Front abkommandiert worden war –, nahm der neunjährige Horst sein Lieblingsbild von der Wand und steckte es ein. Es zeigt einen Engel, der einen kleinen Jungen davor beschützt, eine Klippe hinabzustürzen. Dieses Bild hängt noch heute im schmucken Wohnhaus von Horst Max Cerni und seiner Ehefrau Isabel nahe Christianstedt auf der Karibikinsel St. Croix.

Als UNICEF-Mitarbeiter führte Cerni ein sehr bewegtes Leben mit zahllosen abenteuerlichen Reisen zu Orten auf beinahe allen Kontinenten. In seiner faszinierenden Autobiografie „Auf der Suche nach einer neuen Heimat“ hat er seinen Lebensweg von Ostpreußen, Cadenberge (bei Cuxhaven) und Hamburg nach Argentinien, New York und Genf bis zu seinem Ruhestand auf der paradisiischen Insel St. Croix nachgezeichnet. Es handelt sich um die deutsche Übersetzung seines zuvor in englischer Sprache veröffentlichten Buches „Journeying to Paradise“.

In den Text sind viele Fotos eingearbeitet, darunter etliche aus seinem Familienalbum, und auch eine Abbildung des US-Navy-Schiffs „General Langfitt“, mit dem er Bremerhaven am 19. April 1956 verließ. Cernis Ausführungen sind detailreich, spannend und bei der immensen Fülle des Erzählstoffs doch immer auf das Wesentliche gerichtet. Sie begin-



Nahende Rettung: Wie viele andere Flüchtlinge kam Cerni mit einem Schiff von Gdingen (Gotenhafen) aus in den Westen

nen mit seiner Kindheit in Allenstein und der Fluchtgeschichte. Am 18. Februar trat er mit seiner Familie in Gotenhafen den Fluchtweg über die Ostsee an. Der Kohlenfrachter „Wischhafen“ war das erste Schiff, das nach dem Untergang der Flüchtlingsschiffe „Wilhelm Gustloff“ und „Steuben“ von Gotenhafen ablegte.

In den USA studierte Horst Cerni Theater- und Filmkunst. Er erhielt eine Anstellung bei einer New Yorker Filmproduktionsfirma. 1963 heirateten er und Isabel Belardo, eine junge Frau von der US-amerikanischen Jungferinsel St. Croix. Sie gründeten eine Familie und gleichzeitig begann im Jahr 1964 Cernis Arbeit für die UN und damit seine langjährige berufliche Reisetätigkeit. Für das UN-Kinderhilfswerk UNICEF drehte er Filme, fotografierte, schrieb Reportagen

und arrangierte weltweit Fundraising-Projekte. Dabei traf er Politiker und Prominente, die UNICEF unterstützten, darunter Julio Iglesias, Liv Ullmann, Roger Moore, John Denver, Audrey Hepburn, Marlon Brando, Katharina Witt, Thor Heyerdahl, den Fußballstar Pelé ... um nur einige zu nennen. In aller Welt schloss er Freundschaften und richtete seinen Blick stets auch auf die lokalen Sehenswürdigkeiten.

Neben seinen beruflichen Reisen unternahm die fünfköpfige Familie jährliche Urlaubsreisen zu weit entfernten Zielen. So besuchten sie regelmäßig Cernis Familienangehörige in Deutschland und hielten Kontakt zur Familie seiner Ehefrau auf St. Croix. 1995 bauten sie nach Cernis Eintritt in den Ruhestand ihren Alterswohnsitz in der Nähe von Christianstedt,

der größten Stadt auf St. Croix. Der von seinem christlichen Glauben geleitete Autor hat auch eine Mission, die er mit den Worten von Martin Luther King jr. bekundet: „Wir befinden uns in einem unausweichlichen Netzwerk der Gegenseitigkeit, das in einem einzigen Schicksalsgewand verbunden ist. Was einen betrifft, betrifft alle indirekt.“



Horst Max Cerni: „Auf der Suche nach einer neuen Heimat. Die Geschichte einer abenteuerlichen Lebensreise“, Printed in Polen 2019, Amazon, broschiert, 344 Seiten, ca. 12 Euro

● FAMILIENPORTRÄT
zum Anhören

Nach der Flucht aus Tilsit, wo er glückliche Kindertage verlebte, muss der Neunjährige Hans Appelhagen sich im Westen als Flüchtlingskind durchboxen. Das Motto seines Onkels „Mach eine Faust und sag: Ich will!“ hilft ihm durch die schwere Zeit. In einem Kinde-Buch, das vertont als Hörbuch auf CD erhältlich ist, erzählt er die Geschichte seiner Familie, die sich im 18. Jahrhundert in Pommern ansiedelte, später nach Danzig und ins Memelland zog. Aufgelockert durch Dialoge und Kurzgeschichten, ist ein lebendiges Zeitzeugnis entstanden.

www.edition-kalliope.de

● JOSTENBÄNDER

Eine Handarbeitsgruppe möchte die Herstellung von Jostenbändern weitergeben. Zu diesem Zweck sucht sie Bücher und Materialien. Ein besonderes Buch fehlt, und zwar „Bunte Bänder handgewebt“ von Elfriede Rottenbach. Dieses Buch ist vergriffen und auch nicht mehr zu bestellen. Frage an die Ostpreußen: Wer hat noch privat ein Exemplar in seinem Besitz, das er verschenken könnte, eventuell auch Arbeitsmaterialien dazu und weitere Informationen. Hinweis: Das Buch von Irene Borchert „Ostpreußische Jostenbänder“ ist im Husum Verlag immer noch erhältlich.

Informationen unter
Telefon (0461) 49359759 erbeten.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Anknüpfung an die deutsche Sommerfrische

Einst wurde die Strecke stillgelegt – Nun soll es bald wieder per Bahn ins Isergebirge gehen

„Wir leben vom Kurort und dem Tourismus. Alle unsere Projekte sind auf unsere Kurgäste und die Touristen ausgerichtet. Wir retten unsere historischen Gebäude wie beispielsweise den Bahnhof, um es hier einerseits schön zu haben, aber auch, um damit Geld zu verdienen“, so der 45-jährige Bürgermeister des niederschlesischen Kurorts Bad Flinsberg [Swieradow Zdroj] im Isergebirge, Roland Marciniak.

Nun darf sich der Bürgermeister in der dritten Legislaturperiode auf eine gute Nachricht vom polnischen Ministerium für Infrastruktur freuen. Dieses gab dieser Tage grünes Licht dafür, dass die einst staatliche Bahngesellschaft PKP dem Marschallamt der Woiwodschaft Niederschlesien die Bahnlinie Greiffenberg [Gryfów Śląski]–Friedeberg [Mirsk]–Bad Flinsberg [Swieradow Zdroj] zu deren Reaktivierung zur Verfügung stellt. Am 15. Dezember 1995 war hier der Güterverkehr eingestellt worden, Personenzüge verkehrten noch bis zum 12. Februar 1996. Die formale Stilllegung erfolgte im Jahr 2000.

Die Isergebirgsbahn war am 1. Februar 1908 als Friedeberg-Flinsberger Kleinbahn AG gegründet worden und nannte



Bald sollen hier wieder Sommerfrischer ankommen können: Der renovierte Bahnhof von Bad Flinsberg

Foto: Wagner

sich 1911 in Isergebirgsbahn AG um. Anteilseigner waren der preußische Staat, der Landkreis Löwenberg, die Kommunen Friedeberg am Queis und Bad Flinsberg sowie drei private Eigentümer.

Die Reaktivierung ist umso beachtlicher, als Polen kein traditionelles Eisenbahnland ist und die Trasse zudem in weiten Teilen bereits demontiert ist. „Für die Gäste unseres Kurortes bedeutet dies eine

komfortable An- und Abreise. Für uns ist jeder Gast ohne Auto eine Entlastung der Umwelt. So wird der Kurort sauberer und leiser“, so Bürgermeister Marciniak. Es heißt zwar nicht, dass das Projekt gleich

nächstes Jahr umgesetzt würde, aber zuversichtlich ist Marciniak trotzdem. Schließlich ist die Endstation bereits fertig. 2018 wurde nämlich das einstige Bahnhofsgebäude von Bad Flinsberg grundsanitiert und zu einem Kulturzentrum umgewandelt. Im Bahnhof liegen sogar noch die Gleise. Und der Tradition des Hauses entsprechend ist die Kultur im Gebäude auch eine ganz besondere.

Trasse war weitgehend demontiert

Eine nicht nur Männerherzen höher schlagende Modelleisenbahnanlage wurde in einer Weise errichtet, die auch Geschichtsfreunde begeistert. Denn die 23 Quadratmeter große Anlage zeigt originalgetreue Abschnitte und Unterwegstationen der Verbindung Greiffenberg–Friedeberg–Bad Flinsberg. Ein treibender Schöpfer dabei ist der in Görlitz lebende Piotr Heda, der auch dafür gesorgt hat, dass die Beschriftung hier wirklich zweisprachig ist. An den Wänden finden sich zudem historische Aufnahmen, die den Bahnbetrieb der Isergebirgsbahn zeigen. Im alten Güterschuppen ist nun Raum für Vorträge oder Ausstellungen zu Themen, die nicht mit der Bahn zu tun haben müssen.

Chris W. Wagner

GRÖSSTE KIRCHE POMMERNS

Die Glocken der Marienkirche Stargard

In München und Nördlingen kann man sich am Glockenklang aus Stargard erfreuen

Die Marienkirche zu Stargard ist nicht nur die größte Kirche der Stadt, sondern von ganz Pommern. Es liegt auf der Hand, dass dieses reich ausgestattete Kirchengebäude mit einem entsprechenden Geläute versehen wurde. Meist bestand dieses aus 4 Glocken, aber sonderbarerweise haben diese nicht immer im Hauptturm, dem Nordturm, gehangen, sondern lange Zeit im Südturm, welcher in unseren Tagen innen leer, nicht ausgebaut war.

Der fest datierbare erste Bauabschnitt der riesigen Kirche steht mit dem Jahre 1292 fest. Wann die erste Marktkirche, die erste unscheinbare Vorgängerin der Marienkirche begonnen oder geweiht worden ist, steht nicht fest. Die ersten 4 Glockengeschwister wurden in den Südturm gehängt. Die Marienglocke, allgemein die Schlangenglocke genannt, wurde im Jahr 1499 gegossen und trug folgende lateinische Inschrift, hier ins Deutsche übersetzt:

Ehre sei Gott in der Höhe!

Freue dich, Gottesmutter, unbefleckte Jungfrau, Amen.

O König des Ruhmes, komm mit deinem Frieden.

Im Jahre des Herrn 1499 ist dieses Werk durch den Meister Martin Meyer vollendet worden um das Fest von Mariae Empfängnis.

Der volkstümliche Name „Schlangenglocke“ erklärt sich aus einer Sage. Bei der öffentlichen Sammlung von Metall zum Guss dieser Glocke soll eine „weise Frau“ eine lebendige Schlange in den glühenden Erzfluss geworfen haben unter der Beschwörung: „So weit diese Glocke klingt, soll keine Schlange sein!“ Eigenartigerweise gab es in und um Stargard trotz vieler Niederungen keine Schlangen. Die weiteren Glocken der Marienkirche heißen Apostelglocke, Messglocke und Weckerglocke.

Im Dreißigjährigem Krieg fing die Marienkirche beim großen Stadtbrand 1635 im Gegensatz zu der unversehrt gebliebenen Johanniskirche auch Feuer. Es zerstörte Dächer und Innenausbau der Türme, so dass die Glocken abstürzten und dabei zerbarsten. Aber schon 1636, also im nachfolgendem Jahr, wurde aus den Scherben der Schlangenglocke eine neue Große Glocke gegossen, und zwar auf dem Großen Rondell beim Johannistor. Drei weitere Glocken entstanden erst 1665.

Mit dem damit vorhandenem Geläut hatten die Stargarder jedoch immer wieder Pech. Zuerst war bei der Großen Glocke, dann aber auch bei der Apostelglocke und die Weckerglocke der Mantel zweimal bis zur Mitte gesprungen. Zusammen mit den Scherben aus der Johanniskirche sollten aus den drei gesprungenen Glo-



Die Marienkirche vor 1945. Das Aussehen der Kirche ist nahezu unverändert

Zeichnung von Jürgen Willbarth

cken vier neue für St. Marien gegossen werden. Diese Arbeit führte der Glockengießer Gruhl in Klein Welcke bei Bautzen aus.

Die Große Glocke, auch Marienglocke genannt, hieß im Volksmund noch immer die Schlangenglocke. Sie wiegt 3,5 Tonnen, ist 180 cm weit und zwei Meter hoch und klingt auf den Ton as. Auf Kosten des Fabrikbesitzers Wichert, der im Kirchenvorstand saß, bekam sie einen Fries um den ganzen Mantel mit Darstellungen der zwölf Apostel in gotischen Bögen und dazu zwei Sprüche:

Rufe getrost, schöne nicht, erhebe deine Stimme.

Der Herr unser Gott sei uns freundlich und fördere das Werk unserer Hände, ja das Werk unserer Hände wolle er fördern.

In den Nordturm der Kirche am Markt kam ein neuer Glockenstuhl, in dem unten die beiden großen Glocken hingen, und zwar die Große Glocke südlich, die

Inschriptionglocke (neuer Name) nördlich und darüber über der Großen Glocke die Weckerglocke und über der Inschriftenglocke die Abendmahlsglocke (neuer Name). Beim Läuten schwangen sie von Osten nach Westen. Am 22. August 1862 wurden alle vier neuen Glocken feierlich vom Bahnhof eingeholt. Sie kosteten alle zusammen, da das Glockengut geliefert worden war, nur 2237 Taler, 12 Silbergroschen, 11 Pfennig.

Das prachtvolle, klare und weithin vernehmbare Geläut der Marienkirche war der Stolz der ganzen Stadt. Im Ersten Weltkrieg blieben diese vier Glocken von der Abgabe verschont. Aber Ende 1943 kam dann doch die Anordnung, dass alle Glocken abzuliefern seien. In den beiden großen Kirchen wurde je eine Glocke belassen, in St. Johann wegen des hohen historischen Wertes die größte, in St. Marien dagegen die kleinste.

Man kann zu dieser Ablieferung verschiedene Standpunkte einnehmen. Si-

cher ist jedoch, dass alle vier Marienglocken vernichtet worden wären, wenn sie hätten im Turm bleiben können. Nur die Tatsache, dass sie vor dem großen Brand Stargards vom Frühjahr 1945 aus der Stadt gebracht worden waren, hat uns wenigstens die beiden größten Glocken des Geläutes erhalten.

Im Februar 1944 kam der Tag der Ablieferung. Wegen des tiefen Schnees waren zwei Spezialschlitten an der Marienkirche vorgefahren. Zum Abschied wurde noch ein letztes Mal das elektrische Geläute angestellt. Nacheinander läuteten alle Glocken allein, erst die kleinste, dann die mittlere, dann die Inschriftenglocke und zuletzt die Große Glocke. Dann trat eine kurze Pause ein, und danach erklang das volle Geläute für wohl zehn Minuten, und den Abschluss bildete nochmals die Große Glocke allein, wieder für etwa zehn Minuten. Hierauf begann man mit dem Abbau der Mechanik, und die Glocken wurden abgeseilt.

Die drei Glocken-Geschwister wurden zur Glockensammelstelle nach Hamburg verladen. In Hamburg blieben sie aber stehen und kamen nicht in die Rüstungs-Schmelze. Hier war dann später der Ausgangspunkt für die Nachkriegsverwendung durch die Kirchenbehörden.

Die Stadt Stargard sank Ende Februar, Anfang März 1945 im feindlichen Bombenregen in Schutt und Asche. Genau wie im Dreißigjährigem Krieg blieb die Johanniskirche wieder vom Feuer verschont und somit die wertvolle Große Glocke erhalten. Der Marienturm mit dem Glockenstuhl brannte dagegen aus, und die letzte Glocke, die hatte zu Hause bleiben dürfen, stürzte ab mit dem brennenden Gebäck bis in das Kirchenschiff und zerbarst auf dem Estrich.

Die beiden großen Marienglocken aber wurden wieder lebendig. Zwar wurden sie unverständlicherweise auseinandergerissen, aber sie tun in evangelischen Kirchen ihren Dienst. Die Inschriftenglocke hängt im Turm der Lucas-Kirche in München und die Große Glocke im Daniel, dem Glockenturm der St. Georgs-Kirche in Nördlingen. Dort kann sie jedermann besuchen, sehen und hören.

Joachim Stampa, Heimatkreis Stargard in Pommern, www.Heimatkreis-stargard.de

● **Info** Die Stadt Stargard war ein wichtiger Handelsplatz und trat bereits 1363 der Hanse bei. Sie liegt am Fluss Ihna. Durch die Stadt verläuft der 15. Meridian der geographischen Länge, der auch Hauptmeridian der mitteleuropäischen Zeitzone ist. Im Sommer „stimmt“ hier die Zeit mit der Sonne, hier ist die Zeit am genauesten.

● GILT IMMER NOCH?

Bauernregeln für den Monat Juni

Wenn nass und kühl der Juni war, verdirbt er meist das ganze Jahr. — Medardiregen (8. 6.) gibt der Ernte keinen Segen. — Schient de Sünn up'n natten Stein, kümmt 'bald weder ein (Bullkater). — Ist der Juni trocken mehr als nass, füllt er mit gutem Wein das Fass. — Wie's Wetter zu St. Merdadustag, so bleibt's sechs Wochen lang danach. — Wenn lang nach Johanni der Kuckuck noch schreit, so gibt's ein Fehljahr und teure Zeit. — Vor Johanni (24. 6.) bäd um Ragen, nachher kümmt hei ungelägen. — Johannis Regen bringt keinen Segen. — Der Kuckuck kündet teure Zeit, wenn er noch nach Johanni schreit. — Regnet es am Siebenschläfertag (27. 6.), regnet es noch sieben Wochen. — Giff' in'n Juni Dunnerwetter, warden Rogg' un Gasten fetter. — Bläst der Herr ins Donnerhorn, so bläst er ins Land das liebe Korn. — Wie am Medarditag (8. 6.) — noch 30 Tag — eine alte Sag' — Regnet's am St. Vitustag (15. 6.), fruchtbar' Jahr man hoffen mag. —

(Aus „Pommersches Heimatbuch“)

● SCHÖNES POMMERN

Die Schwanenfamilie hat ihr Zuhause auf dem kleinen See bei Groß Runow an der E28. Es gibt dort ein kleines Restaurant. (Foto Brigitte Stamm)



Bienen in Pommern – zum Weltbienentag am 20. Mai

Happy World Bee Day – so hieß es am 20. Mai des Jahres!

Eine Welt ohne Bienen ist undenkbar. Rund 50.000 Kinder und Erwachsene haben sich an den Bienenretter-Aktionen zum UN-Weltbienentag beteiligt. Ein neuer Rekord für die Arbeit des ehrenamtlichen Bienenretter-Projektes. Aufgrund der aktuellen Pandemie mussten auch die kleinen und großen Bienenretter ins „Homeoffice“. Das hat sie aber nicht davon abgehalten, unsere pelzigen Freunde zu unterstützen!

Die Bedeutung von Bienen als Bestäuber für Biodiversität und Ernährungssicher-

heit ist elementar für die Menschheit. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat den 20. Mai als Weltbienentag ausgerufen. Damit unterstreicht die Weltgemeinschaft auch die Erkenntnis über den Rückgang der weltweiten Bienenpopulation und den dringenden Schutz der Bienen. 75 Prozent der globalen Nahrungsmittelpflanzen sind von der Bestäubung insbesondere durch Bienen abhängig. Allein für medizinische Zwecke verwenden wir heute über 50.000 bienenbestäubte Pflanzenarten.

Den Pommern und auch den Durchreisenden fallen die vielen Honigver-

kaufsstellen an der Durchfahrtsstraße auf. Die Erzeugnisse fleißiger Pommernbienen gelangen so in viele Orte Deutschlands. Von alters her war Pommern als honigreiches Land berühmt. Die Bienenweide stellte eine besondere ökonomische Bewirtschaftungsform dar. Der Erlös war ca. 30fach im Vergleich zur Holznutzung. Honig, Wachs und Met waren akzeptierte Welthandelswaren und brachten den damaligen Grundbesitzern hohe Einkünfte. So entstand mit dem Aufblühen des Mittelalters ein enormer Wirtschaftszweig, mit eigener Rechtssprechung und vielen Privilegien, z.B: Waffenrecht, An-

recht auf Hölzer im Wald, Tragen von Adelsfarben an der Zunftkleidung. Die Zeidlerei war in vielen Teilen Deutschlands vertreten, hatte aber einzelne Standorte, abhängig von Waldgebiet, Herrschaftsgebieten und vorhandenen Trachtangeboten (Nahrungsangebot Pollen und Nektar), wo sie konzentriert vorkam. Im Norden sind da besonders Pommern und die Mark Brandenburg aufgeführt. 1926 wurde die Versuchs- und Lehranstalt für Bienenzucht der Landwirtschaftskammer für die Provinz Pommern in Finkenwalde bei Stettin gegründet. Der 1. Leiter war Dr. Joachim Evenius.

Derzeit gewinnt die Bienenhaltung der Zeidlerei immer mehr Freunde. Sie orientiert sich am natürlichen Wesen der Biene und ihrer wilden Lebensweise im Wald. Durch das Anlegen der Baum- oder Klotzbeuten wird vom Zeidler lediglich eine natürlich entstandene Baumhöhlung nachgestellt, die dem Bienenvolk als Behausung dient.

Im Slowinzischen Freilichtmuseum in Schwolow fanden Honigfeste der Region Stolp statt. Neben dem Honig gab es ein reichhaltiges Angebot an verschiedenen Erzeugnissen rund um den Honig. 2020 coronabedingt nicht. BS

„Diese Denkmalswippe ist eine Fehlentscheidung“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Ausgezeichnet, Herr Heckel! Ihr Wochenrückblick sollte als Flugblatt in allen Haushalten landen. Vielleicht wachen die Bürger dann endlich auf“

Chris Benthe, Dresden
zum Thema: Grenzenlos begrenzt
(Nr. 22)



Maskentheater: Kulturstaatssekretärin Monika Grütters präsentiert beim Spatenstich der Einheitswippe den Denkmalsentwurf

TRÜGERISCHE SICHERHEIT ZU: GRENZENLOS BEGRENZT (NR. 22)

Die Bundesrepublik Deutschland hat das größte Hilfspaket in ihrer Geschichte auf den Weg gebracht. Mit dem Corona-Schutzschild stabilisiert die Bundesregierung die Wirtschaft, mobilisiert unsere Finanzmittel für Beschäftigte, Selbstständige sowie Unternehmen und stärkt das Gesundheitssystem.

Das ist auch alles in Ordnung. Aber: Wird denn auch in dieser hektischen Zeit über die Finanzierung und Rückzahlung nachgedacht? Die bislang beschlossenen Rettungsmaßnahmen dürften aber erst der Anfang sein. Wegen der Ausfälle bei der Gewerbesteuer fehlen in den Kommunen Milliardenbeträge.

Der Staat hat wegen der Virusepidemie aber nicht nur ein Ausgaben-, sondern auch ein Einnahmeproblem. Denn wegen des wirtschaftlichen Einbruchs muss der Fiskus gigantische Steuerausfälle verkraften. Doch damit ist das Ende der Fahnenstange nicht erreicht.

Die Bundesregierung hat bereits ein umfangreiches Konjunkturpaket nach dem Lockdown angekündigt, um die Wirtschaft wieder zum Laufen zu bringen. Für die wirtschaftliche Erholung benötigt die EU zunächst 750 Milliarden Euro. Diesbezüglich wird Deutschland natürlich den Löwenanteil finanzieren und haften.

Der Staat, so etwa der Finanzminister, habe in den letzten Jahren solide gewirtschaftet und könne es sich deshalb leisten, neue Schulden aufzunehmen – dies lasse auch die Schuldenbremse des Grundgesetzes zu. Mit dieser Beruhigungsspielle wird dem deutschen Steuerzahler suggeriert, dass er trotz der enormen Belastungen weitgehend ungeschoren davonkommen werde.

Doch das dürfte sich als ein grober Irrtum erweisen, zumal der Staat in den nächsten Jahren noch mit ganz anderen finanziellen Herausforderungen konfrontiert sein wird. Man denke nur an den demografischen Wandel und den unkontrollierten Zuzug von Wirtschaftsmigranten, von denen die meisten dem Sozialstaat zur Last fallen.

Klar ist: Wir werden am Ende alle für die Kosten der Krise bluten müssen, auch wenn die Politik und Medien einen gegen-

teiligen Eindruck erwecken, um die Bürger in Sicherheit zu wiegen.

Doch diese Sicherheit ist trügerisch.
Johann Eggers, Jützbüttel

EINE „ABGETAKELTE GALEERE“ ZU: BAUBEGINN DER EINHEITS- WIPPE (NR. 22)

Dieses monumentale Bauwerk „Bürger in Bewegung“ von 50 mal 18 Metern, konstruiert als begehbares kinetisches Objekt, könnte genauso gut als Wippe im Vorkassenbereich eines Vergnügungsparks stehen. Das Freiheits- und Einheitsdenkmal aber auf dem Schlossplatz vor der barocken Schlossfassade (sogenanntes Berliner Schloss mit Humboldt-Forum) zu errichten, ist ein krasser Bruch in der historischen Mitte Berlins. Nach 30 Jahren Einheit sollte es keinen politischen und gesellschaftlichen Anspruch mehr geben, ob die Wippe (Volksmund: „Abgetakelte Galeere“) im Osten oder im Westen zu stehen hat.

Warum hätte das Denkmal nicht auf der stark frequentierten Wiese vor dem Reichstag errichtet werden können? Durch die vielen täglichen Reichstagsbesucher wäre es volksnah und ein wichtiger Erinnerungspunkt für die Bundestagsabgeordneten. Der Sinn dieses Denkmals hätte auch globaler gefasst werden und die freiheitlichen Bestrebungen der Jahre 1848, 1918 und 1953 mit umfassen sollen.

Ein Denkmal muss selbsterklärend sein und sollte von den Gegensätzen Architektur und Kunst leben. Leider ist das alles hier nicht erkennbar, und nur „big“ ist nicht gleichbedeutend mit „great“. So gesehen, ist das Freiheits- und Einheitsdenkmal eine Fehlentscheidung der Jury. Heute, neun Jahre nach dem Jury-Entscheid aus dem Jahr 2011, würde es wahrscheinlich einen anderen Siegerentwurf geben.
Dr. Hans-Dieter Seul, Berlin

DIE CORONA-AUSREDE ZU: WIE BEIM „KRIEG GEGEN DEN TERROR“ (NR. 20)

Corona hat nicht an allem Schuld. Da ist von der Aussetzung der Versammlungsfreiheit/Demonstrationsverbot die Rede. Meine persönliche Meinung hierzu ist, dass „Veranstaltungen“ dieser Art außer-

halb geschlossener Räume stattfinden können. Nicht hier findet die Ansteckung statt. Aber warum wird sich erst jetzt so gewaltig über das Verbot aufgeregt? Es sind jetzt genau diese Menschen, die sich im Zusammenhang mit dem Migrantentproblem das Versammlungs-/Demonstrationsverbot nicht moniert haben.

Dabei stellen die Politik, die Gutmenschen und die Gruppe „Wir lieben Islam“ noch heute pauschal fest, jede kritische Äußerung zum Thema Migration habe mit Fremdenfeindlichkeit zu tun und stellen es somit in irgendeine radikale Ecke.

Aber etwas völlig anderes war und ist es noch immer, wenn sich radikale islamische Verbände oder auch entsprechende private Demonstrationen massiv gegen den deutschen Staat stellen. Selbst bei übelsten Beschimpfungen gehen die Sicherheitsorgane in der Regel auf Tauchstation. Die Verschärfung der Straßenverkehrsordnung bringt nichts, wenn bestehende Regelungen schon nichts bringen beziehungsweise nicht konsequent angewendet werden. Hier wurde etwas in Angriff genommen, was überfällig war und nichts mit Corona zu tun hat.

Die Menschen, die jetzt die Straßenverkehrsordnung regelmäßig übertreten, haben das vor Corona auch schon gemacht. Es sind jene, die der Auffassung sind, dass die Straßenverkehrsordnung ohnehin nur für alle anderen gilt. Für Kritiker der Regierung gibt es im Zusammenhang mit Corona keinerlei Möglichkeiten zur Meinungsäußerung.

Warum die Aufregung jetzt? Ich verweise nochmals auf das Thema Migration. Da hielt und hält sich die Aufregung zur Abschaffung der freien Meinungsäußerung sehr in Grenzen.

Die Polemik gegen das Bargeld hat sich lediglich in dieser Zeit verstärkt. Es gibt aber seit Jahren Gruppierungen in der Gesellschaft, die das Bargeld abschaffen wollen. Aber nicht weil es „unhygienisch“ ist, sondern weil man mit der Abschaffung die Kontrolle über die Bürger weiter steigern kann. Also nicht überall, wo etwas mit dem „Coronamantel“ zugeeckt wird, ist auch Corona drunter. Ein wachsames Auge aller ist ratsam.

Die Menschen, die unter jedem Stein eine Verschwörung zu finden glauben, tragen nicht zur Wahrung unserer Demokratie bei. Auch so etwas kann gefährlich werden.
Heinz-Peter Kröske, Hameln

„LOCKDOWN“-ALTERNATIVEN ZU: BILDUNG IN ZEITEN VON CORONA (NR. 16)

Als Abonnent Ihrer Zeitung gefällt es mir, dass die Redaktion grundsätzlich sehr bemüht ist, unnötige Anglizismen zu vermeiden.

Wenn man dennoch nicht eingebürgerte benutzt, sollten sie in Anführungsstriche oder kursiv gesetzt werden. Noch besser ist es, nicht dem Sprachgebrauch der regierungsnahen „Qualitätsmedien“ nachzulaufen. Sicherlich suchen auch Ihre Redakteure manchmal nach einem passenden Begriff. Hier ein paar Vorschläge:

„Homeoffice“ heißt bereits in zahlreichen Tarifverträgen „Telearbeit“, davon ableiten lässt sich telearbeiten, Telearbeitsplatz. Das ist griffiger, folgt den deutschen Schreib- und Ausspracheregeln und ist deklinier- und konjugierbar im Gegensatz zu Homeoffice.

„Homeschooling“ ist auch so ein Ungetüm: „Telelernen“, „Teleunterricht“, „Fernunterricht“, „digitaler Schulunterricht“, „Schule daheim“ bieten sich als Alternativen an, alles Wörter, deren Schreibweise der klaren deutschen Übereinstimmung zwischen Schriftbild und Aussprache folgen, im Gegensatz zu „Homeschooling“.

Ja, und ein „Lockdown“, auch wenn er sich doch irgendwie modern anhört, ist nichts anderes als eine nicht so harmlose Ausgangssperre, die man bitte in aller Deutlichkeit auch so belassen sollte, anstatt Sand in die Augen zu streuen. Wenn wirklich mildere Maßnahmen gemeint sind, dann bitte: „Kontaktverbote“, „Kontakteinschränkungen“, „Abstandsgebote“, womit auch gleich das „social distancing“ griffig ersetzt und übersetzt wird.

„Shutdown“ ist schon schwieriger zu übersetzen: Ich würde hier von „Corona-Drosselung“ in Wirtschaft und Gesellschaft sprechen, oder „Corona-Notbetrieb“ oder „Corona-Sparbetrieb“, „Corona-Not-Modus“.

Man beachte: Unvermittelt auftauchende Anglizismen in deutschen Texten sind Lesehindernisse, weil man im Gehirn umschalten muss auf eine andere Logik zwischen Schreibweise und Aussprache.

Englische Wörter wie Homeschooling und Homeoffice verweigern sich der deutschen Deklination und Pluralbildung, wie es ja auch von Wörtern wie Pumps, Kids und Shrimps keinen wirklichen Singular im Deutschen gibt.

Doch das Wichtigste: Uneingebürgerte Fremdwörter kann man nicht so einfach aussprechen und sich nicht gut merken. Das wissen die Redaktionen in Spanien und Frankreich derzeit gut zu beherrzigen, die kommen ohne all diese Wörter aus. Oder sollen wir in Deutschland so auf die nächste Globalisierungsrunde eingestimmt werden?

Ulrich Ochs, Gelsenkirchen

SCHON MAL DAGEWESEN ZU: SCHUTZ FÜR ILLEGALE AKTION (NR. 3) UND: LINKE HABEN EIN NEUES FEINDBILD (NR. 3)

Berlin ist vor lauter Links-Drall und Rot-Grün-Rosarot-Atmosphäre längst unregierbar geworden. Leider mit Unterstützung der Regierung und der Vasallenparteien „Die Linke“ und „Bündnis 90“. Das alles auch noch unter einer sogenannten christlich-demokratischen Kanzlerin. So etwas hatten wir in Berlin auch schon einmal vor 100 Jahren. Auch damals stinkend vor Verbrechen und den „kleinen Mann“ verhöhrend.

Manfred Hemmersbach, Köln

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

FAHRRADREISEN

Rauf aufs Rad!

Endlich wieder Urlaub in Österreich – Eine E-Bike-Tour in der Oststeiermark und im Südburgenland

VON HARALD TEWS

Der Tacho zeigt 43 Stundenkilometer an. Bergab auf gerader Strecke kann man an Weinhängen vorbei ungebremst herunterrollen und dennoch entspannt den Fahrtwind genießen, der die Kleidung wie eine Windfahne flattern lässt. Die breite Radstrecke ist frei, noch ist hier in der Oststeiermark nicht viel los.

Aber das wird sich bald ändern. Am 15. Juni will Österreich die Grenzen öffnen. Nach dem Lockdown können dann endlich wieder auch deutsche Touristen ins Land der Berge. Und das bedeutet: endlich heraus aus den eigenen vier Wänden, endlich einen Tapetenwechsel, endlich Urlaub. Endlich!

An den vergangenen Wochenenden haben viele Lockdown-Geplagte ihre Liebe zum Fahrrad entdeckt. Man war an der frischen Luft, wo die Ansteckungsgefahr gleich null ist, und man war trotzdem mobil unterwegs. Vor allem die E-Bike-Händler reiben sich als große Gewinner der Krise gerade die Hände. Mit einem Elektrofahrrad machen wir uns nun zu einem verlängerten Wochenende nach Österreich auf, und zwar von Hartberg in der Oststeiermark bis ins Südburgenland.

E-Bikes sind für das bergige Österreich wie geschaffen. Bergauf schafft man damit selbst steilste Passagen ohne viel Kraftanstrengung. Man stellt die Leistung auf die höchste Stufe 5 und tritt in die Pedale. Den Rest erledigt der Akkumotor.

In der Oststeiermark muss man aber selten so hochschalten. Die Alpen laufen hier in sanften Hügeln aus, die kaum höher als 300 Meter sind. Deshalb ist es ideales Radfahrterrain. Die gut ausgeschilderte EuroVelo-Route 9, die von Danzig aus über Breslau, Brünn und Wien bis zur Adria führt, verläuft hier entlang. Entsprechend gibt es entlang dieser Strecke viele Radverleiher und Bike-Hotels.

Burgenland wird 100 Jahre

In Hartberg sind wir im Gasthof Pack „Zur Lebing Au“ untergebracht, das allein schon wegen seiner außergewöhnlich guten Küche zu empfehlen ist. Mit den Leihrädern – der erste Tag kostet 25 Euro, jeden weiteren Tag wird es etwas günstiger – erkunden wir zunächst die Stadt, deren auffälligstes Bauwerk das Fußballstadion ist, auf dessen Tribüne fast alle Einwohner der Stadt Platz finden. In Hartberg leben 6700 Menschen, aber ihr Fußballclub spielt in Österreichs erster Liga. Für Kulturfreunde eher interessant sind das spätromanische Beinhaus neben der Pfarrkirche mit seinen Freskenwänden oder das prächtige Schloss der Stadt.

Wer in dieser Kultur- und Weingegend mit dem Rad ehrgeizig nur Kilometer abreißt, verpasst einiges. So auch die Thermalvielfalt. Entlang den Radstrecken gibt es sechs Thermalorte, in deren Warmwasserbecken sich die gestressten Waden wunderbar entspannen können. Der außergewöhnlichste Ort ist dabei die Hundertwasser-Therme Bad Blumau, nur etwa 30 Kilometer südlich von Hartberg gelegen. Ein bunter, in die Landschaft integrierter Hotelkomplex nach Plänen des Künstlers Friedensreich Hundertwasser ist hier entstanden (siehe PAZ vom 3. Januar). Für Radtouristen besser geeignet ist die nicht weit entfernte Heiltherme Bad Waltersdorf, in der man in mehreren Außen-, Innen- und Sprudelbecken im vulkanisch erhitzten, bis zu 36 Grad warmen Wasser genussvoll entspannen kann.

Nach einer Nacht im oberhalb von Bad Waltersdorf gelegenen und herrlich ruhigen Hotel Teuschler-Mogg geht es an Streuobstwiesen vorbei Richtung Güssing



Breite Wege und – scheinbar – flaches Land: Der Südosten Österreichs ist ideales Radfahrterrain

Fotos (3): tws

ins Burgenland. Österreichs östlichstes Bundesland gibt es eigentlich erst seit genau 100 Jahren. Im Vertrag von Trianon musste 1920 der Weltkriegsverlierer Ungarn seine westlichste Provinz Deutsch-Westungarn an Österreich abtreten. Den neuen Namen Burgenland erhielt das Gebiet nicht etwa, weil es dort viele Burgen gibt, sondern weil viele der Städte des historischen – zum Teil außerhalb Österreichs liegenden – Gebiets auf „burg“ enden: Pressburg, Ödenburg, Eisenburg.

Eine richtige Burg kommt dann doch in Sicht. Auf einem steilen Vulkankegel thront Burg Güssing. Selbst mit dem E-Bike wird es schwierig, hier hochzukommen. Dafür gibt es einen Schrägauf-



Liebevoll: Kellerstöckl im Südburgenland

zug, der einen in die Burg der ungarischen Adelsfamilie Batthyány bringt. Wer will, kann sich im Museum mittelalterliche Familienschätze ansehen oder die herrliche Aussicht auf die pannonische Tiefebene nach Ungarn hinein genießen.

Denn von nun an bewegen wir uns immer dicht am früheren Eisernen Vorhang entlang. Nach dem Lockdown gab es hier wieder strenge Grenzkontrollen, doch vom 15. Juni an sollen diese wieder entfallen. Das Kellerviertel Heiligenbrunn, das wir wegen des Uhdler-Weins, der nur im Burgenland angebaut werden darf, anfahren, befindet sich bereits im äußersten südöstlichsten Zipfel des Landes.

In dem etwa zwei Kilometer langen Kellerviertel befinden sich rund 150 Weinkeller, viele von ihnen sind denkmalgeschützte Häuser mit weißgekalkten Wänden und strohbedeckten Dächern. Hier darf man den Winzern bei der traditionellen Weinherstellung noch über die Schul-

ter schauen und nebenbei den, na, sagen wir: gewöhnungsbedürftigen Uhdler probieren.

Leicht beschwingt geht es wieder rauf aufs Rad. Hier finden sich bestens asphaltierte Radwege, die alles andere als Buckelpisten sind. Ein Mittelstreifen trennt den Gegenverkehr und Pfeilmarkierungen sorgen für Orientierung. Das Ziel ist ein Kellerstöckl bei Moschendorf. Viele früher als Weinlager genutzte Kellerstöckl werden heute als liebevoll eingerichtete Ferienwohnungen vermietet. Es gibt rund 100 davon. Und diese sind durchaus günstig. Ab 50 Euro pro Tag und Nacht kann man sich dort direkt am Weinberg einrichten. Wer eine Woche bleibt, bekommt Rabatt, und wer sie als vierköpfige Familie bezieht, macht dabei ein echtes Schnäppchen. Und das Schöne: Man ist fernab großer Straßen mitten in der Natur.

Vom Kellerstöckl aus erkunden wir die weitere Umgebung. Wer das erste Mal E-Bike fährt, gewöhnt sich schnell daran. Heraufschalten bei Steigungen, auf Null stellen, wenn es wieder heruntergeht. Dabei gilt: Auch das E-Bike fährt nicht von allein. Getreten werden muss immer, auch bei Akku-Unterstützung. Auf gerader Strecke reicht diese immer nur bis 25 Stundenkilometer. Wer schneller sein will, muss kräftig treten, oder sich bei einem Abhang herabrollen lassen.

Doch zunächst geht es über den Csaterberg hinauf nach Badersdorf zu Aloisia Mehlspeiskuchl. Diese urige Konditorei ist eine Institution über das Südburgenland hinaus. Mit 48 Jahren fing die Hausfrau Aloisia Bischof an, das Bäckerhandwerk zu erlernen, um die Tradition der Hochzeitsmehlspeisen zu bewahren. Obwohl sie inzwischen das Rentenalter längst erreicht hat, steht das Energiebündel immer noch in der eigenen Backstube und bedient die Kunden persönlich am Verkaufstresen. Ihre Hochzeitstorten und Kekse verkauft sie sogar österreichweit. Neben dem Café hat sie außerdem ein Hochzeitsmuseum eingerichtet.

Wir strampeln unsere neu erworbenen Kalorien am Eisenberg ab, machen oben einen Zwischenstopp an der Weinresidenz am Eisenberg, einem exquisiten Vier-Sterne-Garni-Hotel, ehe wir unser Sündenkonto in dieser an kulinarischen Höhepunkten überreichen Gegend endgültig in ein sattes Plus bringen.

Irgendwo hier bei dem Ort Deutsch-Schützen an einem Weinberg mit Blick

auf Ungarn gibt es eine Hauben-Küche. Ein Haubekoch ist in Österreich so etwas wie ein Sternekoch in Deutschland. Der Küchenkünstler Stefan Csar vom Restaurant Ratschen hat nicht nur eine, sondern zwei der vom Restaurantführer Gault-Millau vergebenen (Koch-)Hauben. Ein Vier-Gänge-Menü kostet 58 Euro, wer acht Gänge haben möchte, zahlt 98 Euro.

Es war in Vor-Corona-Zeiten schon voll hier, nach dem Lockdown wird es noch schwieriger sein, bei Ratschen einen Platz zu bekommen, weil nur die Hälfte der Plätze vergeben werden darf. Aber wer nicht Csars gedämpften Wels oder den moussierten Bauerntopfen probiert hat, der hat etwas verpasst.

Zu einer Radtour gehört aber nun einmal eine anständige Belohnung. Wir haben uns das verdient. Am nächsten Tag, einem Sonntag, war übrigens deutlich mehr los auf den Radwegen. Die Einheimischen sind dann unterwegs. „In der Woche arbeiten viele von ihnen in Wien, dann gehört das Südburgenland fast allein dem Gast“, erklärt Harald Popofits vom Tourismusverband Südburgenland. Die anstehende Grenzöffnung sowie die idealen Rad- und Wanderstrecken in der Region führen nach seinen Angaben schon jetzt zu vielen Anfragen aus Deutschland.

Dann also nichts wie hin und rauf aufs Rad. Gesund ist es außerdem.



Eine wieder offene Grenze nach Ungarn: Am ehemaligen Eisernen Vorhang

● **Oststeiermark** Bike-Hotels: www.hartbergerland.at, www.steiermark.com; E-Bike-Verleih: www.bike-total.at. **Südburgenland** Kellerstöckl: www.suedburgenland.info; E-Bike-Verleih: www.ebikeparadies.at oder www.ebikesuedburgenland.at

RADREISEANGEBOTE

Gebeco setzt aufs Rad

Kiel – Nach den Lockdown-Zeiten setzt der Kieler Studien- und Erlebnisreisepreisgeber Gebeco verstärkt aufs Rad. So kann man dort ab sofort vier geführte Gruppen-Radreisen buchen, die zumeist mit dem E-Bike absolviert werden. Zum aktuellen Reiseangebot gehören Touren durch die Pfalz, entlang des Bodens- und Tegernsees oder durch Thüringen. Alle Unterkünfte, Fahrräder, Gepäcktransporte, das Besichtigungsprogramm und die Reiseleitung sind dabei im Reisepreis inbegriffen. Frühester Reiseterrmin ist der 1. Juli. Außerdem bietet der Reiseveranstalter die neue, zehntägige Radreise „Baltikum – mit Rückenwind entlang der Bernsteinküste“ an. Die Reise vom 19. bis 28. Juli oder vom 24. August bis 2. September kostet inklusive Flug ab 1895 Euro. Informationen: Gebeco Service Center, Telefon (0431) 54460, E-Mail: kontakt@gebeco.de tws

Radeln auf der Seiser Alm

Bozen – Seit dem 3. Juni können deutsche Touristen durch Österreich bis Südtirol durchreisen. Auf der Seiser Alm kann man dann aufs Rad umsteigen. Diese Alm bildet gemeinsam mit Gröden ein Mountainbike-Eldorado mit rund 1000 Kilometer Radtouren in zwei Höhenlagen und in einer einzigartigen Landschaft. Rund 200 bis 500 Höhenmeter „bewältigen“ die sanften Rad-Ausflüge. Wer die Herausforderung sucht, kann bis zu 2500 Höhenmeter im Sattel überwinden. Es wird in die Pedale getreten auf der Seiser Alm – ob auf knackigen Pfaden, rasanten Abfahrten und anspruchsvollen Anstiegen oder gemütlichen, familienfreundlichen Routen. Natürlich darf auch ein bisschen „nachgeholfen“ werden: Die meisten Sommer-Bergbahnen bieten – teilweise sogar kostenlos – den Bike-Transport an, damit die Radfahrer schneller an aussichtsreicher Höhe gewinnen. Die ortsansässigen Radverleiher haben neben klassischen Mountainbikes von Top-Marken auch exklusive E-Bikes im Programm. Bei geführten Radtouren kann die vielfältige Bike-Natur zusammen mit einem Profi erkundet werden. Als Unterkunft ideal geeignet ist das Hotel Steger-Dellai in Kastelruth das direkt am Radwege-Netz liegt, einen Fahrradkeller und eine E-Station für E-Bikes besitzt: Saltriastraße 6, 39040 Kastelruth, Telefon 0039 0471 727964. Internet: www.hotelsteger-dellai.com tws

Mit dem Rad in die Schlinge

Haibach/Donau – Am Naturwunder Schlögener Schlinge befindet sich das größte zusammenhängende Mountainbikegebiet Europas. Die Donaufähre verbindet das Obere Donautal südlich der Donau mit dem Mühlviertler „Granitland“ nördlich der Donau zu einem 700 Kilometer-Wege-Netz in unterschiedlichen Schwierigkeitsgraden. Das Hotel Riverresort Donauschlinge lädt dabei vom 20. bis 24. Juni, vom 22. bis 26. August und vom 26. bis 30. September zu Mountainbike-Tagen ein. Für Wanderer finden außerdem Vollmond-Wanderungen statt: www.donauschlinge.at tws

● FÜR SIE GELESEN

Tiraden gegen Aufmüpfige

In der heutigen Bundesrepublik herrsche eine weit verbreitete Politikverdrossenheit und das Gefühl, nichts am unerfreulichen Zustand der Demokratie ändern zu können. Daran seien aber keineswegs „die da oben“ Schuld, sondern die Menschen „da unten“. So lautet die klare Botschaft des SPD-Bürgermeisters der mittelsächsischen 4500-Seelen-Kleinstadt Augustusburg, Dirk Neubauer, welche er nun in seinem Buch „Das Problem sind wir“ verbreitet.

Wir, die Bürger, müssten uns endlich dazu aufraffen, unsere „Komfortzone von Reihenhaus, Konsum und Urlaub“ zu verlassen, und politisches Engagement zeigen – aber nicht als „Wutbürger“ oder gar in der AfD. Denn die habe doch „außer den üblichen Deutschtümeleien und teilweise rechtsradikalen Positionen ... nichts zu bieten.“

Und so geht er dann weiter, der Spagat zwischen dem Versuch, Bürgernähe zu demonstrieren oder für die Mitwirkung aller zu werben, und diversen Tiraden gegen diejenigen, welche aus guten Gründen gegen die Aufnahme von „Geflüchteten“ in der eigenen Kommune opponieren, sich lieber im Internet als den Mainstream-Medien informieren sowie keine Illusionen hegen, wie es um die Mitbestimmung beziehungsweise die wahren Machtverhältnisse in Deutschland bestellt ist, wenn es um die Durchsetzung von bestimmten Agenden geht.

Wolfgang Kaufmann

Dirk Neubauer: „Das Problem sind wir. Ein Bürgermeister in Sachsen kämpft für die Demokratie“, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2019, gebunden, 234 Seiten, 18 Euro



Scharfzüngige Aphorismen

Heinrich Heines scharfzüngige und schonungslose Werke haben von ihrer Aktualität wenig verloren. Mit eloquenten Formulierungen verspottete er Kirche und Staat. Seine schlechten Erfahrungen mit beiden spiegeln sich in Aphorismen wie „Es sind in Deutschland die Theologen, die dem lieben Gott ein Ende machen“ oder, womit er recht behalten sollte – „... dort wo man Bücher verbrennt, verbrennt man am Ende auch Menschen.“ Auch über die Verlogenheit und Dummheit seiner Mitmenschen hat er sich ausgelassen: „Wie vernünftige Menschen oft dumm sind, so sind die Dummen manchmal sehr geschick.“ In einem bibliophilen Buch mit Zeichnungen der vielseitigen, auf Buchillustrationen spezialisierten Künstlerin Jutta Mirtschin hat der Stefan Verlag eine Sammlung mit Heine-Zitaten herausgebracht. MRK

Heinrich Heine: „Ein Kühnes Beginnen ist halbes Gewinnen. Aphorismen“, Steffen Verlag, Berlin 2020, gebunden, 60 Seiten, 9,95 Euro



GESCHICHTE BERLINS



Berlin auf dem Weg zur Weltstadt: Ansicht von 1652

Foto: Matthäus Merian

Vom Kiez zur Weltstadt Von „Groß-Berlin“ spricht heute niemand mehr. Und das, obwohl die Berliner noch immer in den Grenzen dieser 1920 durch Gesetz entstandenen Metropole leben. Wie aus dem kleinen Berlin eine Weltstadt wurde, zeigt der Stadthistoriker Felix Escher in seinem Buch „Berlin wird Metropole“.

Sein Anliegen sei es, in dem Werk ein Profil der Berliner Siedlungsgeschichte zu zeigen und als Historiker deren wesentliche Schichten zu erklären. So beginnt er mit einer Reliefkarte des Naturraumes, in dem die Siedlung Berlin einst entstand. Wie sich die Region von der Eiszeit an und im Laufe der Jahrhunderte entwickelte, illustriert Escher, der Mittelalterliche Geschichte an der Technischen Universität Berlin lehrte, anhand reich bebildeter Abschnitte. Er berichtet von den ersten Siedlern in der Gegend, den Kaufmannsiedlungen Berlin und Cölln beiderseits der Spree, der Entstehung von Kiezen, einer slawischen Bezeichnung für „Hütte“, mal mit und mal ohne „T“ geschrieben, sowie von mittelalterlichen Dorfsiedlungen, deren Anger als einstige Dorfmittelpunkte heute teilweise noch immer erkennbar sind.

Im zweiten Abschnitt beschreibt Escher „Die Entstehung der Berliner Zentrallandschaft zwischen 1540 und

1800“. Die Städte Berlin und Cölln wurden 1710 mit den Neu- und Vorstädten unter dem Namen „Berlin“ zusammengeschlossen. Das Areal wuchs über die mittelalterliche Stadtmauer und den Festungsring hinaus. Auch das Zeitalter der Industriellen Revolution hinterließ Spuren. Nach der Gründung des Deutschen Reiches war die Hauptstadt Preußens „ohne Diskussion die Hauptstadt zu der des Deutschen Reiches geworden“. Durch Zuwanderung und Geburtenüberschuss wuchs die Bevölkerung unaufhörlich und erreichte 1876 die Millionengrenze, was zunehmend katastrophale Wohnverhältnisse in Mietskasernen, Kellerwohnungen und dunklen Hinterhöfen nach sich zog.

In den Anfängen der Weimarer Republik kam es zu einer umfangreichen Gebietsreform. Ein Gebiet mit einem Radius von 15 bis 20 Kilometern wurde eingemeindet und führte zu einem Stadtgebiet mit 878,1 Quadratkilometern Fläche, das in 20 Bezirke aufgeteilt wurde. Die Einwohnerzahl stieg auf 3,864 Millionen. Der Ausbau der Massenverkehrsmittel, zum Beispiel der S-Bahn, sorgte für Mobilität für alle.

Das Kapitel „Berlin unter nationalsozialistischer Herrschaft“ mit Beschreibungen der großen Pläne zum Um-

bau zur „Hauptstadt Germania“ schließt sich an und führt zwangsläufig zum Zweiten Weltkrieg und den Folgen als Viersektorenstadt Berlin, was in die vollständige Teilung der Stadt am 13. August 1961 mündete. Abschließend stellt Escher die Frage nach der Weiterentwicklung des nach 28 Jahren der Teilung nun wieder in steter Entwicklung befindlichen Stadtraumes. Wird es einen Ausbau nach Brandenburg geben oder eine Bebauung der Erholungsflächen?

Die Passage über die wiedervereinigte Bundeshauptstadt beschließt das Werk, das zwar als Hauptthema die Eingemeindung des Berliner Umlands vor 100 Jahren im Titel suggeriert, jedoch zusätzlich auch als informative Beschreibung der Berliner Geschichte insgesamt anzusehen ist.

Silvia Friedrich



Felix Escher: „Berlin wird Metropole. Eine Geschichte der Region“, Elsengold Verlag Berlin 2020, gebunden, 176 Seiten, 29,95 Euro

KRIEGSENDE

Offensiven der Roten Armee

Der Historiker Peter Liebe schildert in lobenswerter Weise die dramatischen Ereignisse in Berlin vor der bedingungslosen Kapitulation

VON DIRK KLOSE

Mit der Kapitulation Berlins am 2. Mai 1945 war der Zweite Weltkrieg fast zu Ende. Wenige Tage später folgte die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht in Reims (7. Mai) und Berlin-Karlshorst (8. Mai). Es war ein Ende mit Schrecken, wie es Deutschland und fast ganz Europa allenfalls am Ende des Dreißigjährigen Krieges erlebt hatten.

Die dramatischen Ereignisse bei der Eroberung Berlins durch die Rote Armee hat der Historiker Peter Lieb vom Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr in Potsdam (ZMSBw) in einer Weise vergegenwärtigt, der man nur großes Lob zollen kann. In sehr konzentrierter, aber alle wichtigen Aspekte des militärischen, politischen und sozialen Geschehens einschließenden Darstellung schildert der Autor die Ereignisse ab den Offensiven der Roten Armee an Weichsel und Oder und deren Vorrücken auf Berlin, die verbissene Gegenwehr der Wehrmacht, die ohnmächtige, geradezu irrwitzige Raserei Hitlers und seiner letzten Getreuen im Führerbunker bis zu dessen Selbstmord am 30. April, um in einem Resümee „Verbrechen und Elend“ auf beiden Kriegsseiten zu nennen.

Das Buch wendet sich vor allem an interessierte Laien. Entsprechend strukturiert nach neueren didaktischen Überlegungen wurde es denn auch: Der laufende Text wird durch gesonderte, farbig unterlegte Einschübe zu speziellen Themen aufgelockert, ferner gibt es auf jeder zweiten Seite genau ausgewählte Bilder aus deutschen und internationalen Archiven, und mehrfach informieren detaillierte Karten über den Verlauf der Fronten und die Positionen der Kriegsparteien. Ein Literaturverzeichnis und eine Zeittafel ergänzen diesen positiven Eindruck.

Der Band aus einer Einrichtung der Bundeswehr ist allenfalls insofern „militärisch“, als er sehr genau Armierung, Kampfkraft und Mannschaftsstärken beider Seiten beschreibt, was ein deutlicher Gewinn ist. Er ist in der Reihe „Kriege der Moderne“ erschienen und stellt der historischen Forschung in der Bundeswehr ein ausgezeichnetes Zeugnis aus.



Peter Lieb: „Die Schlacht um Berlin und das Ende des Dritten Reichs 1945“, Reclam Verlag, Ditzingen 2020, broschiert, 160 Seiten, 14,95 Euro

SAUDI-ARABIEN

Ein Land im Umbruch

Die Auslands-Reporterin Susanne Koelbl war zwölf Wochen in einem Land unterwegs, das vor dem tiefgreifendsten Wandel seiner Geschichte steht

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Die Auslands-Reporterin Susanne Koelbl arbeitet seit Jahren für den „Spiegel“ und berichtete vom Balkan, aus Zentralasien und dem Nahen Osten, darunter Syrien, Iran und dem Irak.

Für ihr neues Buch „Zwölf Wochen in Riad“ hat sie sich allein nach Saudi-Arabien aufgemacht, um aus dem Land zwischen uralter Tradition und dem Aufbruch in eine ungewisse Moderne zu berichten. Ein mutiges Unterfangen für eine Frau in einem Land, in dem immer noch archaisch anmutende Regeln für den weiblichen Teil der Bevölkerung gelten, und Frauen sich nur in Begleitung eines männlichen Beschützers in der Öffentlichkeit bewegen dürfen.

Umso beachtenswerter ist das Ergebnis von Koelbls Recherchen. In einem Prolog erläutert die Autorin kurz die politische Situation Saudi-Arabiens seit dem Aufstieg des 33-jährigen Kronprinzen Mohammed bin Salman an die Macht, der zwar versprochen hat, radikale Kräfte zurückzudrängen und das Land zu öffnen, der aber aufgrund seiner unbeherrschten Impulsivität teils unverständliche und brutale Entscheidungen trifft, mit denen er die westlichen Verbündeten in den USA schockiert. In den zumeist konservativen

islamischen, zur Herrscherfamilie gehörenden Clans hat er zudem zahlreiche Gegner. Sinkende Ölpreise und das Chaos verfallender Länder der Region wie Irak, Syrien, Libyen und Jemen verunsichern die Menschen im Land. Der Reichtum Saudi-Arabiens versiegt allmählich – schlechte Voraussetzungen für Reformen.

Wie die Menschen mit der Situation umgehen und dennoch von einer besseren Zukunft träumen, konnte Koelbl in zahlreichen Gesprächen und Treffen mit den unterschiedlichsten Personen erfahren. Unter ihren Gesprächspartnern waren neben verschleierte Frauen, die in ihrer eigenen Parallelwelt agieren, Prinzen, Regimekritiker, Beduinen, Aufsteiger und Verlierer, die von ihren Leben in einer für uns märchenhaft fremden Welt erzählen. Es ist ein überaus lesenswertes Buch entstanden. Koelbl beschreibt in unterhaltsamem Stil und erzählt vorurteilsfrei vom Leben der Menschen in einem Land im Umbruch.



Susanne Koelbl: „Zwölf Wochen in Riad. Saudi-Arabien zwischen Diktatur und Aufbruch“, DVA/Spiegel Buchverlag, München 2019, gebunden, 320 Seiten, 22 Euro

Ein Geschenk der Freude – Buch mit CD (9. Sinfonie) Musikalische Lebensweisheiten
32 Seiten/Gebunden mit CD
Nr. P A1512 16,95 €

Ludwig van Beethoven gilt als einer der wichtigsten deutschen Komponisten. Das ganze Jahr 2020 wird im Zeichen des 250. Geburtstags des großen Musikers stehen. Zunächst als Klaviervirtuose tätig, komponierte er trotz zunehmender Taubheit unvergessliche Orchesterwerke und Solostücke. Mit diesem Buch können Sie seine Lebensreise nachverfolgen: Es ist großzügig mit stimmungsvollen Fotos seiner Lebensstationen von Bonn über Prag bis Wien gestaltet. Einblicke in seine Gedankenwelt ermöglichen die zahlreichen Zitate des Komponisten, ergänzt um Zeugnisse seiner Zeitgenossen und der Nachwelt. Auf der beiliegenden CD hören Sie legendäre Aufnahmen von Beethovens „9. Symphony“, dirigiert vom bekannten Gewandhauskapellmeister Kurt Masur. (CD: Slimcase mit Booklet, Laufzeit: 65:15 Minuten)

CD
Wolfgang Amadeus Mozart
Von beschwingt bis heiter
Musik, die Freude schenkt
Nr. P A1510 CD 12,95 €

Wolfgang Amadeus Mozart
Von beschwingt bis heiter
„Man sagt, wenn die Engel für Gott spielen, so spielen sie Bach, füreinander aber spielen sie Mozart.“ Vergessen Sie einfach mal Alltag und Sorgen bei beliebten Musikstücken wie - Eine kleine Nachtmusik - Jupitersinfonie - Figaro-Overtüre - Salzburg-Symphony - Die Zauberflöte - Overtüre u. v. m.

Beethoven und die Liebe
Jürgen Zils
128 Seiten/Gebunden im Miniaturoformat
Nr. P A1506 5,00 €

Jürgen Zils
Beethoven und die Liebe
128 Seiten/Gebunden im Miniaturoformat
Nr. P A1506 5,00 €

Ostpreußen und seine Maler 2020
wenige Exemplare
Sonderpreis 8,50 €
Kalender
Ostpreußen und seine Maler 2020
Ostpreußen hatte bis 1945 eine bedeutende Künstlerschaft und Kunstzentren mit der Königsberger Kunstakademie und der Künstlerkolonie in Nidden. Die hier gezeigten Bilder ostpreußischer Maler beschäftigen sich mit dem Thema „Jagdmalerei in Ostpreußen“.
Format 50 x 35 cm
Spiralgebundene
Nr. P A1415 8,50 €

Die schönsten Dorfgeschichten
50 Lebenserinnerungen aus alter Zeit
Sonderpreis 6,95 €
Ingrid Hantke
Die schönsten Dorfgeschichten
50 Lebenserinnerungen aus alter Zeit
384 Seiten
Nr. P A1310 Geb. 6,95 €

Wenn Menschen vom Land aus ihrer Jugend und von ihrem Leben erzählen, haben sie oft viel zu berichten, von dem die Städter meist gar nichts mehr wissen. So dienen diese authentischen Erinnerungen aus ganz Deutschland als Gedächtnisstütze für die einen („Ja, so war es.“) und als lebendiges Geschichtsbuch für die anderen („Das habt ihr alles erlebt?“). Aus über 1.000 Zeitzeugenberichten wurden für diesen Band die 50 schönsten und interessantesten Berichte aus 50 Jahren (1920–1970) ausgewählt. Erzählt wird vom Leben auf dem Land, von harter Arbeit auf Feld und Hof, der Kirmes mit Tanz und Frohsinn, die einmal im Jahr mit Sehnsucht erwartet wurde, von den Kindern, den Tieren, der Ernte und vielem mehr.

HEINZ BUCHHOLZ
Iwan, das Panjepferd
EINE KINDHEIT ZWISCHEN KRIEG UND FRIEDEN
Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
256 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A0091 8,95 €

Als Frauen, Kinder und Greise im Jahr 1944 vor der heranstürmenden Roten Armee fliehen, die mordend und plündernd in Ostpreußen einfällt, befindet sich in einem der Flüchtlingstrecks ein dreizehn Jahre alter Junge, Heinz Buchholz. Zusammen mit seinem Panjepferd Iwan meistert er die chaotischen Ereignisse. Dabei erweist sich der Vierbeiner nicht nur als Lebensretter in tödlichen Gefahren, sondern ist zugleich ein treuer Gefährte, dem das verstörte Kind seine Erinnerungen an eine heile Welt – eine Kindheit in Ostpreußen, als noch Frieden herrschte – anvertrauen kann. Die große Flucht aus Ostpreußen – eine geschichtliche Katastrophe.

Porzellanrelief Königin Luise von Preußen
Hochwertiges Bisquitporzellanrelief von Königin Luise in Miniaturausführung. Der Rahmen aus Vogelaugenahorn hat eine Größe von 9,5 cm x 10,5 cm. Das Relief hat eine Größe von 3,5 cm x 5 cm.
Nr. P A1238 Porzellanrelief 49,00 €

Porzellanrelief Königin Luise von Preußen
Hochwertiges Bisquitporzellanrelief von Königin Luise in Miniaturausführung. Der Rahmen aus Vogelaugenahorn hat eine Größe von 9,5 cm x 10,5 cm. Das Relief hat eine Größe von 3,5 cm x 5 cm.

Kühlschrankschmuck und Flaschenöffner mit Elchschäufelmotiv der Landsmannschaft Ostpreußen
Größe: 7 cm Breite und 4,5 cm Höhe
Nr. P A1274 Kühlschrankschmuck mit Flaschenöffner 4,95 €

Kühlschrankschmuck und Flaschenöffner mit Elchschäufelmotiv der Landsmannschaft Ostpreußen
Größe: 7 cm Breite und 4,5 cm Höhe
Nr. P A1274 Kühlschrankschmuck mit Flaschenöffner 4,95 €

Trakehner Stutenfamilien
Claus Schridde & Erhard Schulte
Nr. P A1523 Gebunden 29,90 €

Claus Schridde und Erhard Schulte
Trakehner Stutenfamilien
Vor Ihnen liegt die zweite Auflage des Buchs „Trakehner Familien“, die sorgfältig überarbeitet und sinnvoll erweitert wurde. Die im Jahr 2000 im Verlag Sandra Asmussen erschienene erste Auflage ist inzwischen vergriffen, so dass es nunmehr geraten erschien, dieses nicht nur bei Trakehner Züchtern nachgefragte Werk neu aufzulegen und neue Informationen einfließen zu lassen. Neu eingearbeitet sind alle nach Erscheinen der ersten Auflage gekörnten Hengste. Der Sportperdeteil, der sämtliche S-Sportpferde der einzelnen Familien, deren Daten uns zur Verfügung standen, enthält, ist stark erweitert worden. Auch alle verfügbaren Informationen aus dem Ausland wurden ergänzt. Claus Schridde und Erhard Schulte, Hippo-Journalisten, Buchautoren sowie Moderatoren der vielfältigsten Veranstaltungen rund ums Pferd, haben aus umfangreichen Recherchen Material zusammengetragen, das diese Ausgabe ergänzt. 152 Seiten
Nr. P A1523 Gebunden 29,90 €

Der letzte Pfarrer von Königsberg
Henriette Piper
Hugo Linck zwischen Ostpreußen und Hamburg
Nr. P A1407 Gebunden 24,00 €

Henriette Piper
Der letzte Pfarrer von Königsberg
Hugo Linck zwischen Ostpreußen und Hamburg
Als Mitglied der Bekennenden Kirche stand der Königsberger Pfarrer Hugo Linck (1890–1976) im Widerspruch zum NS-Regime. Trotz drohender Eroberung Ostpreußens durch die Rote Armee entschied er sich im Januar 1945 gegen die Flucht und blieb bei seiner Gemeinde, bis er zusammen mit seiner Frau und den letzten Überlebenden der „Kalinigrader Hölle“ im Frühjahr 1948 abtransportiert wurde. Als Pastor in Hamburg und Seelsorger seiner versprengten ostpreußischen Gemeinde begann er im Nordwesten Deutschlands ein zweites Leben. Auf der Grundlage von Hunderten von Briefen aus dem Nachlass ihrer Großeltern rekonstruiert Henriette Piper die Lebensgeschichte ihres Großvaters – eines Mannes, der sein Gewissen und seine Verantwortung gegenüber den Mitmenschen stets über sein eigenes Wohlergehen stellte. Mit zahlreichen Abbildungen und Karten. 352 Seiten
Nr. P A1407 Gebunden 24,00 €

Porzellanrelief König Friedrich II. von Preußen
Hochwertiges Bisquitporzellanrelief des berühmten Preußischen Königs. Der Rahmen aus Vogelaugenahorn hat eine Größe von 9,5 x 10,5 cm. Das Medaillon aus echtem Thüringer Porzellan hat eine Größe von 3,5 x 5 cm.
Nr. P A1239 Porzellanrelief 49,00 €

Porzellanrelief König Friedrich II. von Preußen
Hochwertiges Bisquitporzellanrelief des berühmten Preußischen Königs. Der Rahmen aus Vogelaugenahorn hat eine Größe von 9,5 x 10,5 cm. Das Medaillon aus echtem Thüringer Porzellan hat eine Größe von 3,5 x 5 cm.

Kühlschrankschmuck und Flaschenöffner mit Ostpreußenwappen
Größe: 7 cm Breite und 4,5 cm Höhe
Nr. P A1276 Kühlschrankschmuck mit Flaschenöffner 4,95 €

Kühlschrankschmuck und Flaschenöffner mit Ostpreußenwappen
Größe: 7 cm Breite und 4,5 cm Höhe
Nr. P A1276 Kühlschrankschmuck mit Flaschenöffner 4,95 €

GEORG WILHELM FRIEDRICH HEGEL
Phänomenologie des Geistes
Sonderpreis 9,95 €
Georg Wilhelm Friedrich Hegel
Phänomenologie des Geistes
544 Seiten
Nr. P A1507 Geb. 9,95 €

„Der Mut der Wahrheit, der Glaube an die Macht des Geistes ist die erste Bedingung der Philosophie. Der Mensch, da er Geist ist, darf und soll sich selbst des Höchsten würdig achten, von der Größe und Macht seines Geistes kann er nicht groß genug denken.“ (Georg Wilhelm Friedrich Hegel). Zum 250. Mal jährt sich der Geburtstag von Hegel, der am 27. August 1770 geboren wurde. Der deutsche Philosoph gilt als der wichtigste Vertreter des deutschen Idealismus. Seine Philosophie erfasst die gesamte Wirklichkeit in der Vielfalt ihrer Erscheinungsformen. Sein bedeutendstes Werk „Phänomenologie des Geistes“ ist hier in Originalfassung zum Sonderpreis von 9,95 € erhältlich.

RUSSISCHE GESCHICHTE
Manfred Alexander und Günther Stökl
Russische Geschichte
944 Seiten
Nr. P A1368 Kart. 9,95 €

Diese verlässliche und äußerst anschaulich geschriebene Darstellung rekapituliert die ereignisreiche russische Geschichte, die seit dem Zerfall der Sowjetunion und den Entwicklungen im Russland der letzten Jahre sehr an Aktualität gewonnen hat. Für die nun vorliegende 7. Auflage hat Manfred Alexander den gesamten Text gründlich überarbeitet, auf den neuesten Stand der Forschung gebracht und bis in die Ära Putin hinein fortgeschrieben. Zahlreiche Zeittafeln wurden in den Text integriert, die den Leser jeweils schon einleitend über die Ereignisse und ihre Protagonisten orientieren und auch die Anzahl der Karten wurde erhöht, um die Verortung der Geschichte zu erleichtern. Ein ausführlicher Apparat mit Stammtafeln, einer umfassenden Zeittafel, einem Literaturverzeichnis, Register und Glossar komplettieren dieses Standardwerk.

Vererbungsstudien im königlichen Hauptgestüt Trakehnen
Dr. Bruno Schmidt
Nr. P A1522 Gebunden 19,90 €

Dr. Bruno Schmidt
Vererbungsstudien im königlichen Hauptgestüt Trakehnen
Mit 22 Kunstdrucktafeln
Dieses Reprint einer wertvollen Rarität ist für jeden Trakehnerliebhaber und Pferdenarren eine höchst interessante und aufschlussreiche Lektüre. Die Geschichte der legendären Trakehner im Zusammenhang mit ihren durch geschickte Kreuzung entstandenen Eigenschaften, zweigt wie wichtig zielgerichtete Züchtungen sind. 385 Seiten
Nr. P A1522 Gebunden 19,90 €

THOMAS R. P. MIELKE
GILGAMESCH
König von Uruk
Nr. P A1403 Gebunden 9,95 €

Thomas R. P. Mielke
Gilgamesch König von Uruk
Rund drei Jahrtausende vor unserer Zeitrechnung lebte Gilgamesch, der berühmteste König der sumerischen Frühzeit, tyrannischer Herrscher von Uruk im Zweistromland von Euphrat und Tigris. Fünf Epen, die erst 1000 Jahre nach Gilgameschs Tod aufgeschrieben wurden, berichten vom Werdegang und den Abenteuer des »alten Helden«, der halb Mensch und halb Gott und von jungfräulicher Geburt war. Das erste Großepos der Weltliteratur erzählt von Gilgameschs Widerstand gegen die Götter, von den Jahren als siegreicher König, vom Kampf gegen Stürme, Seuchen und Eroberer, von den Prüfungen, die Gilgamesch mit seinem Freund, dem Wildmann Enkidu bestehen muss, und dem Frevel an den Bäumen des Heiligen Waldes im Libanon, von der Erfindung der Schrift und der Fünf-Tage-Woche, von Gilgameschs Weigerung, die Heilige Hochzeit mit Inanna, der Stadtgöttin von Uruk, zu vollziehen, seinem Kampf gegen den Himmelsstier als furchtbare Waffe der Götter und von seiner Suche nach Unsterblichkeit in der Untertwelt und im fernen Himalaja. Und von der Sintflut, die später mit Noahs Arche im Alten Testament nacherzählt wird. 640 Seiten
Nr. P A1403 Gebunden 9,95 €

Die baltische Tragödie
Siegfried von Vegesack
520 Seiten/Gebunden mit Schutzumschlag
Nr. P 9627 19,90 €

Siegfried von Vegesack hat in seiner großartigen Romantrilogie vom Schicksal der Baltendeutschen ein faszinierendes Panorama einer versunkenen Kultur- und Gesellschaftsschicht gezeichnet. Am Beginn entfaltet sich in berührenden Bildern das Leben auf einem großen Gutshof, poetisch, unverkitscht und mit wachem Auge für die soziale Wirklichkeit geschildert. Später treten die politischen und sozialen Spannungen zwischen Deutschen und Russen einerseits, der Herrschaft und den weitgehend rechtlosen Esten und Letten andererseits immer stärker ins Blickfeld, bis Vegesack schließlich den Untergang der deutschen Kultur im Baltikum in den Wirren des Ersten Weltkriegs, der bolschewistischen Aufstände und der Freikorpskämpfe schildert.

LEOPOLD VON RANKE
RÖMISCHE GESCHICHTE
VOM BEGINN BIS ZUM UNTERGANG
720 Seiten
Nr. P A1503 Geb. 9,95 €

Die Größe des Römischen Reiches war immens. Von Schottland bis zum Zweistromland, vom Saum der Sahara bis zur Donau erstreckte sich Roms Herrschaft. Dieses gewaltige Gebiet zu regieren, war die Herausforderung gewesen, an der die Republik letztlich gescheitert war. Leopold von Ranke beschreibt in seinem monumentalen Werk auf 720 Seiten den Aufstieg des Römischen Reiches bis zum Niedergang. Seine Darstellung der Römischen Geschichte verbindet strenge Objektivität bei der Wiedergabe der Fakten mit einer sprachlich ausgefeilten Erzählform. Diese Ausgabe beinhaltet eine Auswahl der zentralen Passagen Rankes aus seinem vierbändigen Werk „Weltgeschichte“.

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg
Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

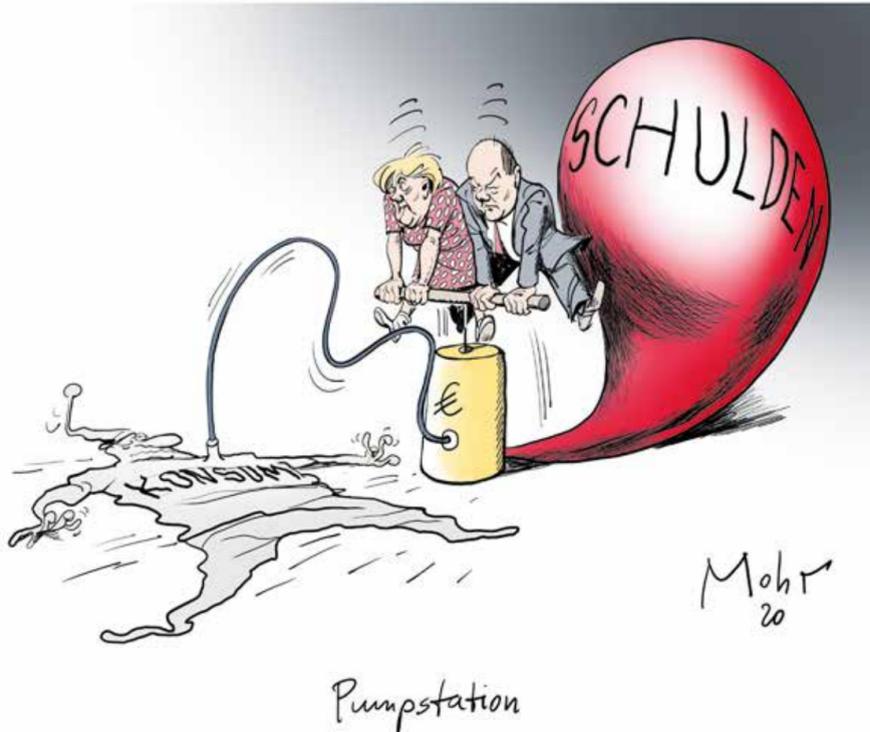
PLZ/Ort

Datum Unterschrift

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

● AUFGESCHNAPPT

Wenn bislang ein Türke einen Deutschen rassistisch beleidigt und der Deutsche mit einem rassistischen Spruch antwortete, war die Lage so klar wie absurd: Sobald der Vorgang behördlich bekannt wurde, zählte man den Ausspruch des Deutschen als rassistische Straftat, den des Türken jedoch nicht. Das ändert sich offenbar: In der Kriminalstatistik für 2019 wurden erstmals 132 deutschfeindliche Straftaten gelistet, also Taten, die sich gegen die deutsche Nationalität des Opfers richten. Manch linken Medien ist die Erfassung solcher Taten ein Dorn im Auge. Das Jugendportal von „Spiegel online“, „bento“, schimpft, mit Deutschfeindlich werde ein „rechtsextremer Kampfbegriff salonfähig“ gemacht. Wer ihn benutzt, ignoriert angeblich „die Machtverhältnisse zwischen Mehrheitsbevölkerung und den Minderheiten“. Nun, diese „Machtverhältnisse“ sind in den Brennpunktvierteln der Großstädte und auf immer mehr Schulhöfen tatsächlich eindeutig geklärt, nur eben ganz anders, als es „bento“ zu wissen vorgibt. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Das Portal „freiwelt.net“ zitiert den Journalisten Tucker Carlson, der am 3. Juni auf dem US-Sender „Fox News“ die tonangebende Sicht auf die Unruhen in den USA scharf kritisiert hat. Nicht Rassismus wühle das Land auf, sondern:

„Eine Konstante Amerikas der letzten 50 Jahre ist das Verschwinden der Mittelklasse. Wir waren einmal ein Land der Mittelklasse, das sind wir aber nicht mehr. Der Großteil der Gesellschaft wurde ärmer, während ein kleiner Prozentsatz der Bevölkerung den Reichtum konzentriert sammelt ... Die Nutznießer sind jene, die uns über ‚weiße Privilegien‘ und ‚systeminternen Rassismus‘ belehren wollen. Das ist kein Zufall. City Bank veröffentlicht gerne ‚Black Lives Matter‘-Bilder auf ihren Webseiten, damit niemand nachfragt, welche Zinsen sie Afroamerikanern abnehmen ... Was man hier sieht ist ein Klassenkampf der als Rassenkampf maskiert ist ... Man muss die Mitglieder der Bevölkerung gegeneinander aufhetzen, böse, misstrauisch, tribalistisch – dann werden sie nicht merken, was wir ihnen stehlen.“

In der Sprengung der Kühltürme des AKW Philippsburg sieht Josef Hueber einen Akt mit großer, negativer Symbolwirkung. Auf dem Blog der PAZ-Autorin Vera Lengsfeld (2. Juni) mahnt er:

„Die bewusste Entmachtung fortschrittlicher Technik in nahezu allen naturwissenschaftlichen und technischen Bereichen in Deutschland ist einzigartig im weltweiten Vergleich. Dies ist unter rationalen Gesichtspunkten nicht nachvollziehbar. Der Exodus der Eliten in den Bereichen Physik, Chemie, Biologie/Genetik hat sich herumgesprochen. Wer etwa will in Deutschland noch Strahlen- und Kernergietechnik studieren?“

Gunnar Schupelius warnt in der Berliner „B.Z.“ (2. Juni) vor den Schäden, welche die Corona-Restriktionen verursachen und plädiert für mehr Eigenverantwortung statt staatlicher Zwangsmaßnahmen:

„Ich habe das Gefühl, dass da was aus dem Ruder gelaufen ist, das Augenmaß ging verloren. Wir dürfen nicht aus den Augen verlieren, wie groß der Schaden sein wird, wenn wir nicht demnächst zur Normalität zurückkehren. Alte Menschen sind vereinsamt und verängstigt. Restaurants und Hotels gehen reihenweise pleite, der Einzelhandel kommt nicht auf die Beine. Der Staat regelt jede Einzelheit in unserem Leben und wir starren auf die Corona-Regeln wie das Kaninchen auf die Schlange, hoffen, dass sie gelockert werden. Aber der Staat kann das nicht alles regeln, er richtet Schaden an.“

DER WOCHENRÜCKBLICK

Bazooka mit Rohrkrepiierer

Warum der Blockwart für Abstand sorgt, der aber längst nicht für alle gilt

VON KLAUS J. GROTH

Auf die Antifa ist Verlass. Die kann mobilisieren. Weltweit. Gegen Polizeigewalt und Rassismus. Darunter leiden bekanntlich alle. Es nutzte am vergangenen Wochenende der Polizei in Hamburg nichts zu säuseln: „Wir sind an Eurer Seite. Wenn wir einschreiten, dann tun wir dies unabhängig von Hautfarbe, Religion und sozialem Status einer Person.“ Man könnte meinen, das sei selbstverständlich. Der erprobte Antifa aber ist überzeugt: Polizeigewalt haut unabhängig von Hautfarbe, Religion und sozialem Status – „immer kräftig drauf“. So wird klar, warum sich Demonstranten in Hamburg, Berlin, München und sonst wo dicht zusammendrängen: reiner Selbstschutz. Polizeigewalt und Rassismus sind schlimmer als Corona.

Und wer war schuld an den weltweiten Aufmärschen? Donald Trump (der schon wieder). Der trat die Demonstrationswut los, als er twitterte, die Vereinigten Staaten von Amerika würden die Antifa zur terroristischen Organisation erklären. Diese Ungeheuerlichkeit löste demonstrativen Protest aus. Die 58-jährige SPD-Bundesvorsitzende Saskia Esken twitterte unverzüglich ihr Glaubensbekenntnis: „58 und Antifa. Selbstverständlich“. Der restliche SPD-Vorstand rockte nach: Zusammen „157 (Jahre) und Antifa. Selbstverständlich“. So etwas Schönes hat die Antifa lange nicht erlebt. Da blühte Solidarität auf. Rund um den Globus rückte sie zusammen in menschlicher Nähe.

Das war am Wochenende wohl nicht die Stunde der Blockwarte der Pandemie. Angesichts gedrängter Aufmärsche sahen jene Damen und Herren, denen über Nacht eine verantwortungsvolle Aufgabe zugewachsen ist, ziemlich blass aus. Ohne Antifa aber durften selbsternannte oder ehrenamtlich eingesetzte Corona-Blockwarte ihre Mitmenschen überwachen, vorgeschriebenen Abstand kontrollieren, Mund- und Nasenschutz überprüfen. Alles für die Volksgesundheit. Richtig aufgeblüht sind einige Blockwarte in ihrer neuen Rolle. Mit ihrer Unterstützung wurden abertausende Delikte aufgedeckt, die es bislang gar nicht gab: Verstöße gegen Kontaktauflagen. Konsequenz geahndet wurden Bußgelder für Millionen Euro eingetrieben. Für Corona-Ignoranten und „Corona-Leugner“ ist dies eine ungemütliche Zeit.

In Göttingen aber haben die Blockwarte wohl nicht richtig aufgepasst. Ein ganzes Hochhaus haben sie glattweg übersehen. Möglicherweise, weil alle sich über Jahre angewöhnt hatten, bei diesem Hochhaus mit dem Namen Iduna-Zentrum nicht so genau hinzusehen. Wie viele Menschen in dem Haus leben, kann niemand genau sagen. Vermutlich mehr als gemeldet sind. Solche Hochhäuser, bei denen Ämter lieber wegschauen, gibt es in jeder größeren Stadt. Sonst hätte es auffallen können, dass zum Ende des Fastenmonats Ramadan in etlichen Wohnungen Kontaktverbote und Abstandsregeln munter ignoriert wurden.

Ja, was soll man auch machen. Eine Großfamilie ist nun mal groß, sonst wäre sie ja keine Großfamilie. Für die ist beim Zuckerfest allemal Platz in der kleinsten Wohnung. Und alle, alle kamen. Nicht nur die lieben Verwandten aus dem Haus oder aus der Nachbarschaft. Sie kamen auch von weither, das Zuckerfest feierte man nun mal zusammen. Prompt passierte, wovon uns unsere Virologen mit freundlicher Strenge immer wieder gewarnt haben. Diesmal feierte das Virus das Ende des Fastenmonats auf seine Art: endlich wieder freier Auslauf.

Nach wenigen Tagen registrierte das Gesundheitsamt über 100 Infizierte, mit mehr wird gerechnet. Als das rauskam, machte die Universitätsstadt in Südniedersachsen erstmal die Schotten dicht. Behutsame Lockerungen hob die Stadt umgehend auf, die Schulen und Kitas blieben vorerst geschlossen, Sportvereine ebenso, mehreren hundert Schülern droht für zwei Wochen die Quarantäne. Solch Notbremsungen hieveten das Zuckerfest von Göttingen in die Medien über die Ortsgrenzen hinaus.

Und die Berichte vermerkten gelegentlich, die Infizierten stammten „mehrheitlich aus dem früheren Jugoslawien“. Moment mal, aus dem früheren Jugoslawien? Wann wurde das denn geschlossen? Muss schon eine Weile her sein. Folglich müssen diese Mitbürger sich schon vor ein paar Tagen hier eingerichtet haben.

Der Verdacht, der beim Stichwort Jugoslawien aufkommt, ist nicht so falsch. Obwohl wir uns hüten sollten, in diesem Zusammenhang von einem Verdacht zu sprechen, das wäre diskriminierend. Sagen wir besser: die Vermutung. Also, die Vermutung bestätigt sich bei genauerer Nachfrage. Die Großfamilien bilden Roma aus dem Kosovo,

Klar, warum sich Antifa-Demonstranten in Hamburg, Berlin, München und sonst wo dicht zusammendrängen: reiner Selbstschutz. Polizeigewalt und Rassismus sind schlimmer als Corona



Alle Folgen des Wochenrückblicks finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

die 1999 nach Deutschland flüchteten. In vielen Fällen ist der Aufenthaltsstatus immer noch nicht geklärt. Wer würde da nicht verstehen, dass diese Menschen von deutschen Behörden gar nichts halten.

Amtsschreiben sind sinnlos, weil viele nicht lesen können. So wird einsichtsvoll vermutet, die Auflagen zu Corona seien wohl mangels Deutschkenntnis nicht verstanden worden. Weil sie keiner kapiert hat, der Opa nicht (der sowieso nicht), die Tante nicht (und wenn doch, dann hätte keiner auf sie gehört), die Enkelin nicht (obwohl sie in der Schule im Wahlfach „Deutsch als zweite Fremdsprache“ gelobt wurde).

Wie soll unter solchen Voraussetzungen verstanden werden, dass Großfamilien nur im Außenbereich feiern dürfen (erst demnächst wieder), dass nur ein Sänger für Stimmung sorgen darf (erst demnächst wieder), dass unter Einhaltung des Abstandes geschommen werden darf (erst demnächst wieder)? Das kapiert ja nicht einmal alle Deutschen, „die schon länger hier sind“.

Dabei sind durch Corona noch ganz andere Schäden zu befürchten. In ersten zarten Ansätzen sind sie schemenhaft zu erkennen: Die Zahl der Arbeitslosen schießt in die Höhe, die Lufthansa fliegt aus dem deutschen Aktienindex DAX, die Insolvenzanwälte stocken die Zahl ihrer Mitarbeiter kräftig auf.

Doch keine Bange, vorausschauende Politiker bauen eine Brandmauer. Milliarden und Billionen verballern sie wie chinesisches Feuerwerk. Alles aus Sorge um uns. So richtig mit Wumms! Bundesfinanzminister Olaf Scholz kramte für den mächtigen Wumms eine Bazooka raus. „Nach Kleinwaffen schauen wir später“, fügte er leutselig hinzu. Was meinte er mit Kleinwaffen? Luftpistole oder Katapult? Das kann eine tolle Abwehrschlacht geben. Denn die in Stellung gebrachte fürchterliche Bazooka ist auch nur eine Kleinwaffe. Sie sieht aus wie ein Ofenrohr. Auf die Schulter eines Infanteristen gelegt, kann man damit vielleicht einen Panzer knacken. Schon 1942 hat man das versucht. Aber woher soll Bazooka-Boy Scholz das wissen.

Bei der Bundeswehr war er nicht, den Dienst mit der Waffe hat er verweigert. Kein Wunder, wenn in der Wirtschaft befürchtet wird, die kurzfristige Senkung der Mehrwertsteuer könne in der Bazooka zum Rohrkrepiierer werden. Wumms!

● WORT DER WOCHE

„Die EZB-Geldpolitik, die die Staatsschulden finanziert, erinnert verdächtig an die Deutsche Reichsbank.“

Thorsten Polleit, Chefvolkswirt der Degussa, warnt im Magazin „Eigentümlich frei“ (5. Juni) vor einer Inflationswelle wie Anfang der 1920er Jahre